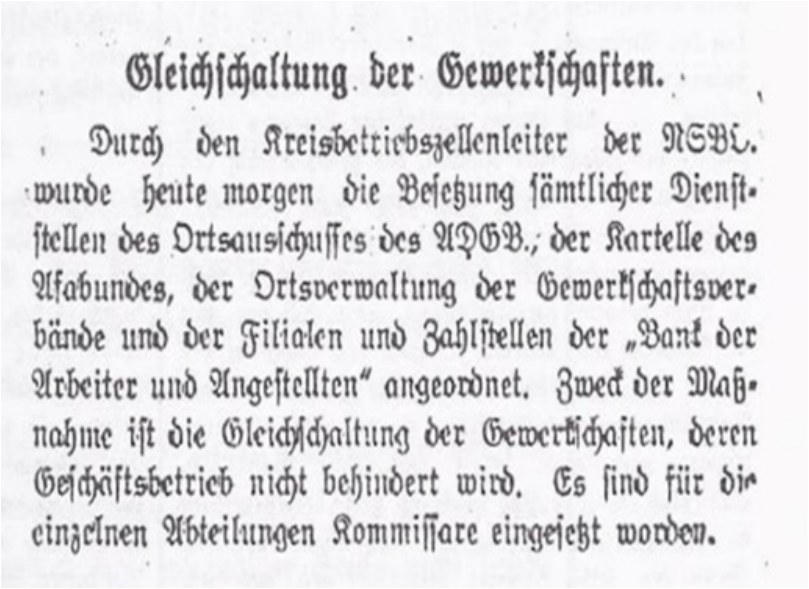
„Dort war immer was los, und wir wussten auch als erste, wenn irgendwo der Lohn gekürzt werden sollte oder wenn Entlassungen bevor standen. Natürlich waren wir alle Nazi-Gegner.“

Die Zerschlagung der Lüneburger Gewerkschaftsbewegung 1933 – einige Anmerkungen



Gleichschaltung der Gewerkschaften.

Durch den Kreisbetriebszellenleiter der NSBL. wurde heute morgen die Besetzung sämtlicher Dienststellen des Ortsausschusses des ADGB., der Kartelle des Afabundes, der Ortsverwaltung der Gewerkschaftsverbände und der Filialen und Zahlstellen der „Bank der Arbeiter und Angestellten“ angeordnet. Zweck der Maßnahme ist die Gleichschaltung der Gewerkschaften, deren Geschäftsbetrieb nicht behindert wird. Es sind für die einzelnen Abteilungen Kommissare eingesetzt worden.

Inhalt | Seite

Vorwort/Einleitung	2
Die Gewerkschaften schaffen sich ein eigenes Zentrum	4
Das Volkshaus als Mittelpunkt des politisch-kulturelles Lebens der Arbeiterbewegung	10
Die Arbeiter-Turnerschaft Lüneburg (ATL)	13
Das Freigewerkschaftliche Jugendkartell	15
Gegner der Lüneburger Gewerkschaftsbewegung	17
Innergewerkschaftlicher Klassenkampf	24
Angriffe auf das Volkshaus im März/April 1933	28
Dr. Karl Lauschke (Ver.di): Kampflose Kapitulation	34
Vorbereitung auf den 1. Mai: Propaganda und Direktiven	36
1.Mai 1933: „Tag der nationalen Arbeit“	39
2.Mai 1933: Besetzung des Volkshauses	43
Verhaftungen und Entlassungen von Gewerkschaftskollegen/-innen	46
Die NSDAP, SA, NSBO und DAF usurpieren das Volkshaus	49

In eigener Sache:

Die Erfahrung mit den unangenehmen Folgen des Versäumnisses, PC-Dokumente und Beiträge auch extern zu sichern, mussten wir leider bei der Herstellung dieser Schrift machen: Drei Wochen vor Drucklegung gingen unsere wichtigen Vorarbeiten durch einen technischen Fehler verloren. Wir mussten deshalb nochmals und in aller Eile diese Schrift erstellen und bedanken uns bei der Leitung der hiesigen Volkshochschule (und den Kursleitungen) für die unbürokratische Hilfe bei der kurzfristigen Bereitstellung des technischen Equipments. Dennoch weist diese Broschüre einige qualitative Mängel im Layout auf und es fehlt der Anmerkungsapparat. Wir bitten dies zu entschuldigen.

Herausgeber:
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-
Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten
Kreisvereinigung Lüneburg
Gewerkschaftshaus
Heiligengeiststraße 28
21335 Lüneburg
www.vvn-bda-lg.de, vvn-bda-lg@web.de

Druck: Campus-Copy
Auflage: 250
Lüneburg, im Mai 2013

Wir bedanken uns für die finanzielle Unterstützung bei der Herausgabe dieser Broschüre bei der VVN-BdA, Landesvereinigung Niedersachsen.

Vorwort

Vor nunmehr 80 Jahren, am 2. Mai 1933, zerschlugen die Nationalsozialisten die deutsche Gewerkschaftsbewegung. SA-Schergen stürmten die Gewerkschaftshäuser, misshandelten und verhafteten Gewerkschaftler und beschlagnahmten das Gewerkschaftseigentum – so auch in Lüneburg. Viele Gewerkschaftler wurden verschleppt, gefoltert und ermordet. Die nationalsozialistische Terrorherrschaft vernichtete die vielfältigen politischen und kulturellen Errungenschaften der Arbeiterbewegung. Auch in Lüneburg ging mit der Räumung des so genannten Volkshauses im Mai 1933 eine Ära zu Ende.

Für alle nachfolgenden Generationen an Gewerkschaftlern sind diese Geschehnisse Verpflichtung und Verantwortung zugleich. Es ist unsere Pflicht eine kontinuierliche Erinnerungsarbeit zu leisten, eine Spaltung und Lähmung der Arbeiterbewegung durch ihre Einheit zu verhindern und den Schulterschluss mit anderen Antifaschistinnen und Antifaschisten zu suchen. Denn wir tragen die Verantwortung für die Gestaltung einer demokratischen, freien, sozialen und gerechten Gesellschaft. Dies erfordert auch den vielfältigen, flächendeckenden und kontinuierlichen Kampf gegen Faschismus und Rassenhass, damit es nie wieder „zu spät“ ist.

Unser Dank für die hier vorliegende interessante und aufschlussreiche Dokumentation Lüneburger Arbeitergeschichte zur Zeit des Nationalsozialismus gilt daher Peter Asmussen und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Kreisvereinigung Lüneburg.

Lüneburg im Mai 2013

Dr. Matthias Richter-Steinke,

Deutscher Gewerkschaftsbund Region Nord-Ost-Niedersachsen

Geschäftsführer

Einleitung:

Eine organisierte Arbeiterbewegung scheint es in Lüneburg während der Weimarer Republik nicht gegeben zu haben: Zwar füllt die vorhandene Lokalliteratur viele Regalmeter, es scheint jeder Backstein Lüneburger Bürgerhäuser umfassend kartographiert zu sein und jede imaginäre oder belegte Lüneburger „Heldengeschichte“ hundertfach rezipiert und der Nachwelt in den verschiedensten Formen dargestellt (die Geschichte der Johanna Stegen nun auch als Theaterstück), aber die Erfahrungen und die Kämpfe der Arbeiterschaft sind anscheinend nicht „verwertbar“ und somit nicht überlieferungswürdig. In der 32-bändigen Ausgabe der „Lüneburger Blätter“ des Museumsvereins etwa findet sich kein Beitrag über den örtlichen ADGB, in den vielen Foto-Bildbänden (und selbst im Stadtarchiv) nicht eine zeitgenössische Abbildung des Volkshauses. Die dominierende Sicht auf die Zeitgeschichte der Stadt ist immer noch die Sicht des örtlichen konservativen Bürgertums – und das nicht ohne Grund, wie auch am Thema dieser Broschüre nachvollziehbar: Die Zerschlagung der Lüneburger Gewerkschaftsbewegung 1933

nämlich wäre (wie auch anderenorts) nicht möglich geworden ohne die Radikalisierung des Bürgertums und deren massive Unterstützung der Rechtskonservativen und der NSDAP. Als die kapitalistische Krise Anfang der 1930-er Jahre politisch an die Grenze ihrer „marktkonformen Demokratie“ stieß, wandte sich das Bürgertum einem faschistischem Lösungsmuster zu – die Zerschlagung der Gewerkschaften inklusive. Dass und inwieweit die Geschehnisse des 2. Mai 1933 auf einen breiten zustimmenden Grundkonsens im Lüneburger Bürgertum stießen, versuchen wir in einem ausführlichen Kapitel über die „Gegner der Lüneburger Gewerkschaftsbewegung“ zu verdeutlichen.
Andererseits soll aber auch nicht verschwiegen werden, dass der antifaschistische Abwehrkampf des ADGB nach der Tolerierung der Politik mehrerer Kabinette zuvor (immer unter dem Gesichtspunkt einer „Politik des kleineren Übels“) in den Monaten ab Februar 1933 völlig fehl ging: „Die Gewerkschaften verboten jegliche Widerstandshandlungen gegen das Präsidialkabinett Hitler-Papen-Hugenberg, verlegten sich statt dessen auf Eingaben gegen Übergriffe und suchte ein Arrangement mit den neuen Machtverhältnissen – aus Opposition wurde Anpassung, aus Anpassung der Wille akademischer Gewerkschaftsspitzen zur Mitgestaltung am „nationalen Aufbruch”.“(Dr. Jochen Rath). Da wir hierzu kaum örtliche Überlieferungen haben finden können, lassen wir in dieser Broschüre den Ver.di-Kollegen Dr. Karl Lauschke zu Worte kommen mit einem Auszug aus seinem Aufsatz „Lautlose Kapitulation“ (s. http://geschichte.ver.di/jahrestage_gedenktage/2._mai_1933_zerschlagung_der_gewerkschaften)

Wie der Titel der Broschüre bereits ausdrückt, formulieren wir hier lediglich „einige Anmerkungen“ zum Thema. Mit diesem Titel-Zusatz möchten wir zum Ausdruck bringen, dass wir unsere Beschreibung als eine erste Annäherung an das Thema betrachten. Wir hoffen auf das Interesse anderer Organisationen/Institutionen (und die Bereitstellung entsprechender Mittel), sich der Lüneburger Gewerkschaftsbewegung zuzuwenden und diese umfassend aufzuarbeiten.

Dem Thema entsprechend versuchen wir in dieser Broschüre einen kurzen Einblick in das Leben im Volkshaus, das Ende des örtlichen ADGB und die Verfolgung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer zu geben. Insofern wird die Darstellung der kommunistischen Arbeiterbewegung Lüneburgs hier ebenso ausgeklammert wie der Nazi-Widerstand verschiedener Gruppen der Arbeiterbewegung. Zum Nachlesen empfehlen wir hierzu unsere Broschüre: VVN-BdA Lüneburg, Lüneburg 1933 – Widerstand und Verfolgung, Lüneburg 2004.

Lüneburg, Mai 2013

Die Gewerkschaften schaffen sich ein eigenes Zentrum

Der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) wurde im Juli 1919 als organisatorischer Dachverband gegründet, ein Zusammenschluss von 52 Einzelgewerkschaften. Seine erste große politische Bewährungsprobe musste der ADGB bereits ein Jahr später bestehen, als er gemeinsam mit den Linksparteien mit einem Generalstreik einen Rechtsputsch von Teilen der Reichswehr und der Deutschnationalen-Volkspartei (DNVP) abwehrte.

Hintere Reihe: Goertz, Schwarz, Bierwisch, Vogeley; Mittlere Reihe: Gravert (zweiter von Links), Lopau (rechts); vordere Reihe: Sander (rechts)

In Lüneburg rekrutierte sich der ADGB aus den Mitgliedern der zuvor im Dachverband der „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ organisierten örtlichen Arbeitnehmerschaft. Mehrere Mitglieder des vormaligen Lüneburger Arbeiter- und Soldatenrates (siehe Foto rechts), der sich zum 31.3.1919 auflöste, engagierten sich nunmehr an führender Stelle in den Gewerkschaften. Eine Geschäftsstelle mit Büro- und Versammlungsräumen besaß der Lüneburger ADGB in den ersten Jahren ab1919 noch nicht. Zwar war es den Gewerkschaftlern möglich, für ihre Versammlungen die Räumlichkeiten der ehemaligen Schlosskaserne Am Markt 7 zu benutzen (diese hatten die Arbeiter/-innen während der Revolution 1918 usurpiert), aber diese im Adressbuch von 1922 als „Gewerkschaftsheim“ bezeichnete Stätte bot keine Alternative für den vom ADGB angestrebten gemeinsamen Ort der gewerkschaftlich Organisierten „unter einem Dach“. Bislang bearbeitete der Gewerkschaftsführer Reinhard Hackbarth die ADGB-Büroangelegenheiten in den engen Räumlichkeiten in der Koltmannstraße 9b, indem er als auch weitere Gewerkschaftsmitglieder wohnten. Auch die Einzelgewerkschaften besaßen zu diesem Zeitpunkt noch keine Geschäftsstellen. Sie waren lediglich über die Privatwohnungen der Vorsitzenden zu erreichen. Lediglich die Arbeiterturnerschaft verfügte über eine Geschäftsstelle.

Koltmannstraße mit Blick auf die Nikolaikirche

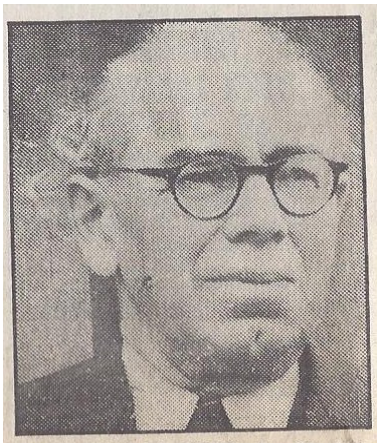
Koltmannstraße 9b (heutige Ansicht)

Lüneburger Adressbuch 1921:

ADGB, Ortsstelle Lüneburg, Vorsitzender: Hackbarth, Koltmannstraße 9 b

„Afa“, Arbeitsgemeinschaft der Angestelltenverbände, Vorsitzender:WLamps, Vor dem Neuentore23b
Arbeiter-Bildungsausschuss, Vorsitzender: L Joel, Gellerstraße 41
Betriebsrätezentrale, Vorsitzender: Aug. Reuter, Am Iflock 9
Volkschor Lüneburg, Vorsitzender: Joh. Vogeley, Heiligengeiststr. 28
Gewerkschaftsheim: Schlosskaserne, Am Markt 7
Arbeiter-Sportkartell, Vorsitzender: Karl E. Meyer, Untere Schrangenstraße 7
Arbeiter-Turnerschaft, Vorsitzender:Karl E. Meyer, Untere Schrangenstraße 7, Geschäftsstelle: Rosenstraße 1

Der Initiative vornehmlich von Ernst Braune, Reinhard Hackbarth und Johannes Lopau war es zu verdanken, dass sich dieses 1921/1922 ändern sollte. Der politischen Bedeutung der im Kaiserreich unterdrückten Gewerkschaften angemessen sollte nun in der demokratischen Republik in Lüneburg ein gemeinsames Haus der Arbeiterbewegung, ein Volkshaus, gefunden werden. Zunächst favorisierte der ADGB die „käufliche Überlassung des Schießgrabengebäudes zu Büro- und Versammlungszwecken für die Gewerkschaften am Orte...“ (Schreiben der Volkshaus GmbH an den Magistrat vom 1.8.1922), konnte sich aber mit dieser Forderung nicht durchsetzen, weil ebenfalls der Lüneburger Landbund (seinerzeit mit Sitz Am Sande 12) dieses Gebäude erwerben wollte und den Vorzug bekommen sollte. Auf einer Sitzung der Grundstückskommission der Stadt am 8.8.1922bedauerten zwar alle Anwesenden die „bedrängte Lage der Gewerkschaften“, konnten sich aber zum Verkauf des genannten „Schießgrabengebäudes“ (es handelte sich um das ehemalige Schützenhaus) nicht entschließen, so sehr Lopau als Gewerkschaftler auch „auf Vergünstigungen hin(wies), die anderen Kreisen der Stadt gegeben wurden.“ Immerhin erreichte er mit einem Schlussantrag vor dieser Kommission eine Option für den Erwerb einer anderen städtischen Immobilie, nämlich „das Theatergrundstück an die Gewerkschaften zum Selbstkostenpreis zu überlassen.“ Nach Prüfung dieser Selbstkosten sollte den Gewerkschaften ein Angebot gemacht werden. Es handelte sich hierbei um das traditionsreiche Kaulitzschen Gesellschaftshaus Ecke Schröderstraße/Apothekenstraße, welches bis dahin mit seiner Gaststätte im Erdgeschoss und mit Saal und Versammlungsräumen im Obergeschoss als beliebter Treffpunkt und auch als Theater fungierte, bis am 17. Mai 1921 ein Großfeuer ausbrach, die Innenräume völlig ausbrannten, die dann teilweise renoviert wurden.
Bereits einen Monat später, am 8. September 1922 beschlossen darauf hin die politischen Gremien der Stadt:
„Die städtischen Kollegien beschließen, das ehemalige Kaulitz´sche Gesellschaftshaus an das Lüneburger Volkshaus GmbH ... zu verkaufen unter der Bedingung, dass das Grundstück nur zu den Zwecken benutzt werden darf, für die es von der Genossenschaft erworben wird … Ferner ist vertraglich zu vereinbaren, dass die verschiedenen Säle auch anderen Kreisen der Bevölkerung, die nicht Mitglied der Genossenschaft sind, zur Verfügung gestellt werden müssen, und dass das Theater sowohl jetzt als auch bei einem etwaigen Ausbau … Vereinen und Privatunternehmern … gegen angemessenes Entgelt überlassen werden muss und auch gegen Erstattung der Selbstkosten für städtische Zwecke benutzbar bleibt.“

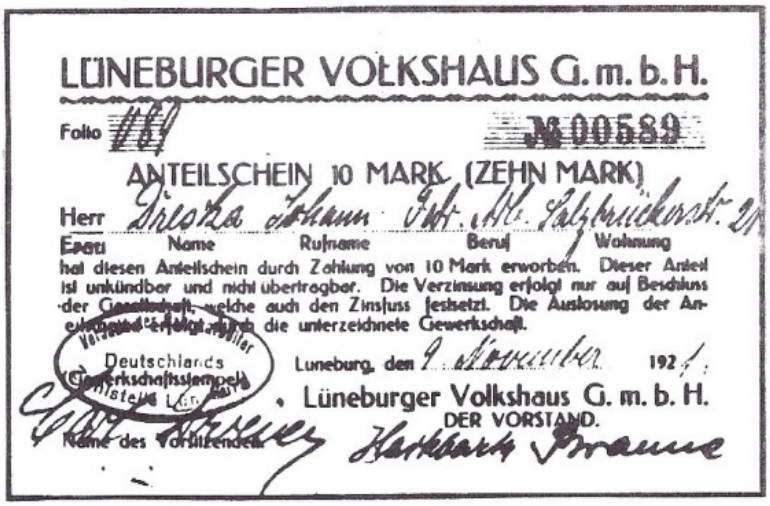


SENATOR bis 1933: der Sozialdemokrat Ernst Braune
Foto: johns

„Der aus einer Handwerkerfamilie stammende Braune begann nach einem Besuch der Volksschule eine Lehre als Maurer. Bereits seit 1899 war Braune gewerkschaftlich im Bauarbeiterverband organisiert und als Vorsitzender für Lüneburg aktiv. Bis zum Jahr 1902 war er in verschiedenen Städten des Inlandes und Auslands als Maurer später als Polier beschäftigt. Während einer solchen Beschäftigung kam er nach Lüneburg. Seit 1902 war er Mitglied der SPD. Braune wurde 1919 zum Bürgervorsteher in Lüneburg und war zwischen 1924 und 1933 unbesoldeter Senator der Stadt. Von 1924 bis 1933 war er Mitglied im Hannoverschen Provinziallandtag“. □
wikipaedia

In einem Vertrag wurde nun geregelt:„Der Magistrat der Stadt Lüneburg verkauft mit Zustimmung des Bürgervorsteher-Kollegiums der Lüneburger Volkshausgesellschaft m.b.H. das im Grundbuch von Lüneburg, Band 4 Blatt 14 eingetragene Grundstück Schröderstraße 16 einschließlich des dazugehörigen Inventars... zum Kaufpreis von 350 000 M … Von dem Kaufpreis entfallen 250 000 M auf das Grundstück und 100 000 M auf das Inventar... “ Die Auflassung fand am 25. Oktober 1922 statt.

Zwar mussten jetzt u. a. bei der Sparkasse und der Bill-Bierbrauerei (ein Vorläufer der Holsten-Brauerei) einige Kredite aufgenommen werden, aber nun war das Ziel erreicht, worauf die Lüneburger Gewerkschaftler/-innen bereits Jahre zuvor mit großer Beharrlichkeit zusteuerten: Unter der Federführung von Ernst Braune und mit Unterstützung des Gewerkschaftsführers Hackbarth wurde nämlich bereits Jahre zuvor für diesen Zweck, zum Erwerb und zum späteren Betreiben eines solchen Hauses, die Lüneburger Volkshaus G.m.b.H gegründet, welche Mittels Herausgabe und Verkauf von Anteilscheinen den Kauf eines gemeinsamen Gewerkschaftshauses finanzierte. Mit den vielen kleinen Einlagen in Form dieses anteiligen Besitzes in Höhe von je 10,00 Mark erwarb sich die Lüneburger Arbeiterschaft somit ihr eigenes Haus im doppelten Sinne: als repräsentatives Haus ihres gestiegenen Selbstbewusstseins und als breit gestreutes Eigentum der vielen engagierten Kämpfer/-innen.


LÜNEBURGER VOLKSHAUS G. m. b. H.

Folio 089 № 00589

ANTEILSCHEIN 10 MARK (ZEHN MARK)

Herr Dreska Johann Fabr. Alt. Salzbrückerstr. 21

Frau Name Rufname Beruf Wohnung

hat diesen Anteilschein durch Zahlung von 10 Mark erworben. Dieser Anteil ist unkündbar und nicht übertragbar. Die Verzinsung erfolgt nur auf Beschluss der Gesellschaft, welche auch den Zinsfuss festsetzt. Die Auslosung der Anteilscheine erfolgt durch die unterzeichnete Gewerkschaft.

Deutschlands Gewerkschaftsstempel

Lüneburg, den 9. November 1921

Lüneburger Volkshaus G. m. b. H.

DER VORSTAND.

Name des Vorsitzenden Hackbarth Braune

Der damalige SPD-Geschäftsführer Karl Markwardt berichtete in seinen Lebenserinnerungen über den Erwerb des Volkshauses:

„Im Herbst 1921 kam Genosse Braune zu mir mit dem Vorschlag, ein Haus fürdie Gewerkschaften zu kaufen. Er war jetzt Angestellter der Stadt und hattedie Aufsicht über die Häuser, von denen die Stadt eine große Anzahl besondersin dem Senkungsgebiet besaß. Nur war ich der Meinung, daß die Gewerkschaftenam Ort kaum eine solche Belastung tragen könnten, Angestellte hatten nur dieFabrik- und Landarbeiter. Allerdings sei auch ich daran interessiert, ein anständiges Büro zu haben. Nun, meinte Braune, er wolle sich einmal umsehen,ob etwas Passendes zu finden sei. Übrigens müßte ja die Gastwirtschaft mitSaal und Clubräumen die Hauptbelastungen tragen. Nachkurzer Zeit berichtete er über seine Bemühungen. ..Gut und günstig sei das Kaulitzsche Gesellschaftshaus in der Schröderstraße. Es könne so übernommen werden undzunächst sei nur die abgebrannte Bühne mit einer Wand abzuschließen. AnRäumen habe es neben der Gastwirtschaft einen großen und einen kleinen Saal, drei Klubzimmer und zusätzlich noch den Saal des Theaters. Ein Plus sei auch,daß die Stadt Hauptgläubiger oder sogar Eigentümer sei.Das Kaulitzsche Gesellschaftshaus wurde 1822

Karl Markwardt im SPD-Büro im Volkshaus

gebaut, wie alte Einladungenbesagen, wahrscheinlich gleich mit einem Theatersaal. Die Bühne brannte 1920oder 1921 ab. Dem eisernen Vorhang oder der Feuerwehr war es zu verdanken,daß nur die Bühne abbrannte, sonst wäre bei dem alten trockenen Holz und demvielen alten Plüsch der ganze Häuserblock in Flammen aufgegangen. Übrigenshabe ich mit Mutter einige Vorstellungen besucht. In Erinnerung ist mir noch„Faust", den wir zum ersten und vielleicht auch letzten Mal gesehen haben.Braune gründete die Lüneburger „Volkshaus GmbH“. Die Gewerkschaftenernannten die Gesellschafter, wozu auch ich gehörte, und gaben sogenannteAnteilscheine heraus. ..

Die Gastwirtschaft wurde an den Genossen Heitsch verpachtet, der schon im„Rosenkrug" eine Pachtung hatte. Heitsch war kein Fachmann, sondern vonBeruf Maler. Es erfolgte die Abdichtung der Bühne und zusätzlich der Neubauvon zwei erdgeschossigen Büroräumen für den Fabrikarbeiterverband und fürdie Gewerkschaftsbibliothek.

Nicht abgebrannt waren die Ankleideräume der Schauspieler, ein Bau mit Erd-und Dachgeschoß, der nun frei dastand, weil die Bühne als Verbindung fehlte.Unten war ein großes Zimmer mit anschließendem kleinen fensterlosen Raum,der früher wohl ein Durchgang zur Bühne war. Oben lagen zwei Zimmer, daskleine bekam der Landarbeiterverband, das große die Arbeiter-Wohlfahrt. Im Erdgeschoß zog ich im Herbst 1922 ein. Das Büro war groß genug, um auchkleine Sitzungen abzuhalten. Die Fenster lagen nach Westen, so daß ich auchnachmittags Sonne hatte. Sogar Freikonzert gab es, da im Sommer eine Musikkapelle im Garten des Cafe Kuhl spielte. Das Cafe war in der Apothekenstraße.
Den unschönen kahlen Hof verwandelte ich in einen kleinen Garten mit Rasen,Rosen und Ziersträuchern. Damit gab es einen netten Ausblick für die Büros...“

Geschäfts-Uebernahme.

Der werten Einwohnerschaft von Lüneburg und Umgegend zur Kenntnis, dass ich das

Restaurant

„Volkshaus“

Schröderstrasse 16

übernommen habe.

Indem ich für das bislang entgegengebrachte Vertrauen danke, bitte ich auch mein neues Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Es wird mein Bestreben sein, meine werten Gäste in jeder Beziehung zufrieden zu stellen.

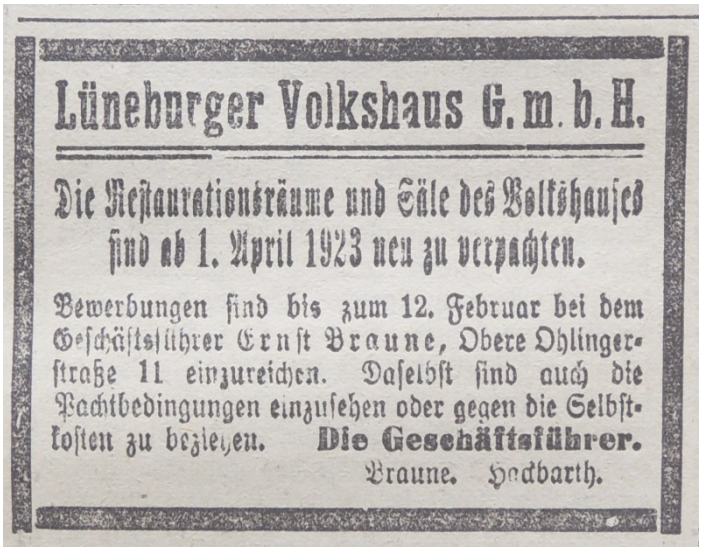
Hochachtungsvoll

KARL HEITSCH

Restaurant „Volkshaus“

NB. Bei Abhaltung von Festlichkeiten empfehle ich den Saal.

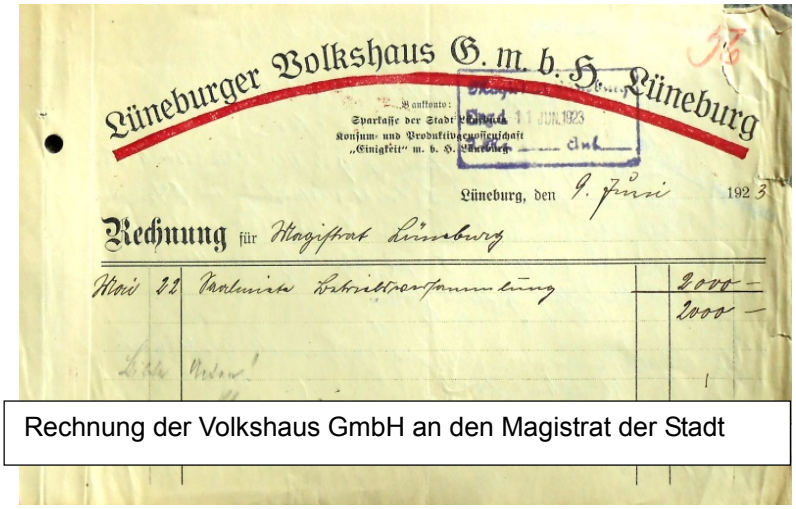
Am Ostertage Unterhaltungsmusik.


Lüneburger Volkshaus G. m. b. H.

Die Restaurationsräume und Säle des Volkshauses sind ab 1. April 1923 neu zu verpachten.

Bewerbungen sind bis zum 12. Februar bei dem Geschäftsführer Ernst Braune, Obere Ohlingerstraße 11 einzureichen. Daselbst sind auch die Pachtbedingungen einzusehen oder gegen die Selbstkosten zu beziehen. **Die Geschäftsführer.**

Braune. Hedbarth.


Lüneburger Volkshaus G. m. b. H. Lüneburg

Bankkonto: Sparkasse der Stadt Lüneburg
Konsum- und Produktivgenossenschaft „Einigkeit“ m. b. H. Lüneburg

Lüneburg, den 9. Juni 1923

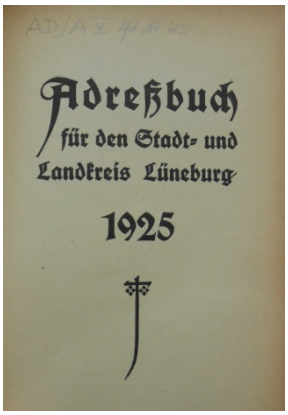
Rechnung für Magistrat Lüneburg

Mai 22	Parteiliche Betriebsversammlung		2000 —
			2000 —

Rechnung der Volkshaus GmbH an den Magistrat der Stadt

Die Adressbücher der Jahre 1925 bis 1932 geben Auskunft über die Bedeutung dieses Volkshauses als Mittelpunkt gewerkschaftlichen Lebens der Stadt Lüneburg in dieser Zeit.

Volkshaus G.m.b.H., Schröderstraße 16
Gastwirtschatsbetrieb, Restaurant, Gesellschafts- und Versammlungssäle, Verkehrslokal der freien Gewerkschaften:
Gustav Lange, Oekonom (Paterre); Schindler, Konrad, Konditorei und Cafe; Gastwirtschaftsbetrieb: Heitsch, Karl, Pächter



Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Lüneburg, Schröderstraße 16 (Volkshaus), geöffnet von 6 – 7 Uhr abends, 1. Vorsitzender Heinr. Schmachel, Meinekenhop 68

Verband der Fabrikarbeiter, Zahlstelle Lüneburg, Geschäftsstelle: Schröderstr. 16 (Volkshaus), Geschäftsführer: Karl Dreier, Sprechstunden: 9 – 10 und 5 – 6 Uhr, Sonntags geschlossen.

Deutscher Landarbeiter-Verband, Schröderstraße 16 (Volkshaus), Sekretär: Eppe Albers, Meinekenhop 33

Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Lüneburg

Berufskrankenkasse der Angestellten zu Berlin, Ersatzkasse, Verwaltungsstelle Lüneburg

Arbeiter-Bildungsausschuß, Gewerkschaftlicher, Schröderstraße 16 (Volkshaus), Vorsitzender: Heinrich Schmachel, Meinekenhop 68
Gewerkschaftsbibliothek, Geöffnet Mittwochs von 6 ½ bis 7 ½ und Sonntags von 10 bis 11 ½ Uhr

Arbeiter-Wohlfahrt, Ortsausschuß Lüneburg, Geschäftsstelle: Schröderstraße 16, Sprechstunden Mittwochs von 5 – 6 Uhr im Volkshaus
1. Vorsitzende: Frau Diederich, Bleckeder Landstraße 48, Kassierer: Erich Büsch, Schildsteinweg 27, Abteilung Familien-Fürsorge: Frau Schütte, Meinekenhop 22, Abteilung Tuberkulose-Fürsorge: Frau Alexander, Schildsteinweg 27, Abteilung Jugendgerichts-Hilfe: Frau Vogeley, Baumstraße 8, Abteilung Kinder-Wohlfahrt: Wilhelm Hilmer, Auf dem Meere 41

Arbeiter-Samariterbund, Vorsitzender: Fritz Frie, Goseburgstraße 18

Sozialdemokratische Partei, Unterbezirk Lüneburg

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Ortsgruppe Lüneburg

Arbeiter-Sport- und Kulturkartell, Volkshaus, Schröderstraße 16, 1. Vorsitzender: Heinrich Krüger, Meinekenhop 61

Angeschlossene Vereine (Vereinslokal Volkshaus):

Arbeiter-Turnerschaft von 1894, Verein für Turnen, Leichtathletik, Handball, Faustball, Schlagball, Wandern, Schwimmen. Vereinshaus: Volkshaus, Geschäftsstelle: Rotenbleicherweg 8. Turnhalle: Am Kalkberg, Spielplatz: Sülzwiese. 1. Vorsitzender: Karl Heitsch, Vor dem Rotentore 27, 1. Kassierer: Theodor Frahm, Rotenblei.weg 8, Vereinsturnwart: E. Weber, Ob. Ohlingerstr. 33
Arbeiter-Rad und Kraftfahrerbund „Solidarität“, Vorsitzender: Wilhelm Gienke, Auf der Höhe 7, Übungslokal der Saalmannschaften: Turnhalle Volksschule III
Freie Sportvereinigung, Vorsitzender: Adolf Röber, Gellersstraße 24
Kraft-Sport, Vorsitzender: Arthur Brock, Springintgut 33
Volkschor (Gesangverein), Vorsitzender: Gustav Schumacher, Büttnerstraße 12
Volksbühne, Vorsitzender: Wilhelm Schad, An der Münze 8b; Vereinslokal: Volkshaus, Schröderstraße 16
Arbeiter-Schießklub von 1925, Vorsitzender: Heinrich Bergstaedt, Rotenbleicherweg 10
Arbeiter-Anglerbund, Vorsitzender: Alwin Stellmann, Bardowickerwasserweg 20
Enge Beziehungen zu den Volkshaus-Vereinen existierten zudem zum

HagernerSportverein, (Vorsitzender Heinr. Witte, Gellersstraße 47), dem Goseburger Sportverein (Vorsitzender: Ludwig Gallas, In der Weide) und zum Bandonion-Klub (Vorsitzender: Willi Kosel, Auf der Höhe 45; Vereinslokal: Schwank, Reichenbachstraße)

Im Volkshaus war Platz für Versammlungen, Kundgebungen und Feiern auch der linken Parteien am Ort, wie diese Ankündigen in den Lüneburgschen Anzeigen aus dem Jahr 1923 zeigen.

Nach der Vereinigung von SPD und USPD im September 1922 nannte sich diese Partei für einige Zeit „Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ (VSPD).

V. S. P. D. Ortsverein Lüneburg.
Sonnabend, den 28. Juli, abends 8 Uhr
— im „Volkshaus“ (Theatersaal): —
Oeffentliche
Volksversammlung
Tagesordnung: „Die politische und wirtschaftliche Lage.“
Referenten: Reichstagsabgeordneter Hohm-Schwab-Berlin.
Hierzu lädt freundlichst ein Der Vorstand.

Verfassungsfeier
der V.S.P.D. Lüneburg
am SONNABEND, dem 11. August, abends 8 Uhr,
im Theatersaal des Volkshauses.
Gesang und Rezitationen. — Musikeinlagen.
Festrede: Herr Regierungspräsident Krüger.
Eintritt: 10.000 Mk.
Republikaner herzl. willkommen! Der Festausschuss.

Oeffl. Volks-Versammlung
Sonnabend, den 21. Juli, abends 7½ Uhr.
Lokal: Volkshaus. (Theater-Saal.)
Thema: Untergang in die Barbarei.
oder Aufstieg zum Sozialismus.
Alle Parteien sind eingeladen. Eintritt 1000 M.
K.P.D. (Ortsgruppe Lüneburg).

Auch der Lüneburger KPD wurde es zunächst gestattet, Versammlungen im Volkshaus abzuhalten, wie eine Anzeige in den LA zeigt. Mit dieser „Öffentlichen Volksversammlung“ am 21. Juli 1923 umging die KPD ein Verbot von öffentlichen Kundgebungen für den 29. Juli durch den Lüneburger Regierungspräsidenten Hans Krüger.:

„Wie bekannt, hat die Leitung der kommunistischen Partei für den kommenden Sonntag …“antifaszistische (Schreibweise im Original) Kundgebungen“, das heißt linksradikale Demonstrationen, die ihre Spitze gegen rechtsradikale Bestrebungen richten, angekündigt. Die durchsichtige Absicht ist, dass es dabei zu Zusammenstößen kommen möge.... Zum Zwecke der Aufrechterhaltung der gefährdeten öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung werden hiermit alle Arten von Umzügen und Versammlungen unter freiem Himmel … verboten.“

Alle Veranstaltungen der KPD, selbst jene im Volkshaus standen unter scharfer Beobachtung der Polizei, selbst die Bildungs- und Kulturveranstaltungen, wie ein Geheimschreiben des Lüneburger Regierungspräsidenten an den Oberpräsidenten Gustav Noske in Hannover vom 19. September 1929 zeigt:

„Geheim!
Betrifft: Kommunistische Propaganda
Ohne Anlass
Berichterstatter: Regierungsvizepräsident Dr. Baermann

Am gestrigen Tage veranstaltete der Geigenspieler Soermus nebst seiner Frau ein Violinkonzert im hiesigen Volkshaus. Der Künstler sprach vor jedem Stück einleitende Worte, die scheinbar nur zur Einführung des jeweiligen Stückes dienen sollten, in Wirklichkeit aber eine raffinierte kommunistische Propaganda enthielten. Dank der an sich sympathischen Erscheinung des Künstlers und seiner Frau und der sehr einschmeichelnden Stimme war die Wirkung der Worte eine ganz außerordentlich große. Da das hiesige Volksblatt vor dem Besuch gewarnt hatte, war der Saal nur mäßig gefüllt. Da das Künstlerpaar bereits eine Reihe von Konzerten … veranstaltet hat und voraussichtlich noch weitere veranstalten wird, habe ich diesen Bericht für nötig gehalten.“

Das Volkshaus als Mittelpunkt politisch-kulturellen Lebens

Das Lüneburger Volkshaus war von nun an Mittelpunkt der Arbeiterbewegung am Ort. Diese Bewegung verstand sich als Klassenbewegung und damit nicht nur als wirtschaftliche Gegenmacht zu den Arbeitgeberverbänden, sondern auch als politische und kulturelle Bewegung.
Als Stätte der Arbeiterpolitik und -kultur war es Treffpunkt für politische und kulturelle Aktivitäten, stellte Öffentlichkeit her, integrierte die verschiedenen Arbeiterkulturgruppen. Hier wurden gemeinsame Kulturprojekte angeregt und es war ein Ort der politischen Diskussion und Demonstration.

Gewerkschafts-Bibliothek Dieselbe wurde im Herbst 1906 gegründet und zählt an 400 Bände, sowohl agitatorischen und wissenschaftlichen wie auch unterhaltenden Inhalts. Wichtige Informationsquelle in allen gewerkschaftlichen und politischen Fragen. Die Bibliothek ist in den Räumen des Gewerkschaftshauses untergebracht.

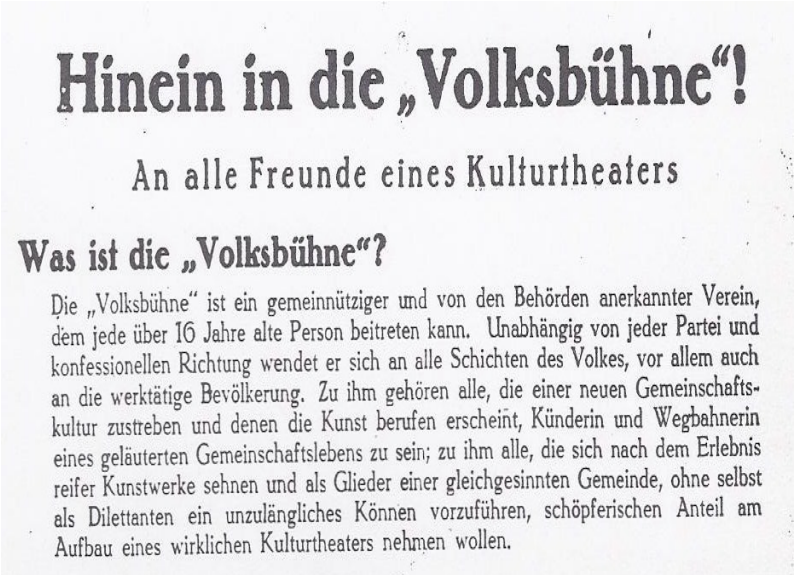
Bibliothek-Ordnung.

§ 1. Jedes Mitglied der dem Gewerkschaftskartell angeschlossenen Organisationen, sowie des Sozialdemokratischen Vereins, welches für mindestens vier Wochen Beitrag entrichtet hat, kann gegen Vorzeigung der vorgeschriebenen Legitimation ein Buch entleihen. Die Legitimationskarten werden vom Vorstande der betreffenden Organisation ausgestellt und sind jedes Vierteljahr zu erneuern oder abzustempeln.

§ 2. Die Bibliothek befindet sich im Gewerkschaftshause und erfolgt die Ausgabe der Bücher Mittwochs von 8½ bis 9½ Uhr abends und Sonntags von 11 bis 12 Uhr mittags.

§ 3. Die Leihzeit der Bücher beträgt vierzehn Tage, kann aber auf mündliches oder schriftliches Nachsuchen vom Bibliothekar auf sechs Wochen verlängert werden. Ueberschreitung der Leihzeit kostet eine Gebühr von 10 Pfg. für jede angefangene Woche. Wer sich weigert, die Gebühr zu entrichten, oder wenn ein Buch abgeholt werden muß, kann auf Beschluß der Bibliotheks-Kommission von der Benutzung der Bibliothek ausgeschlossen werden.

Im Volkshaus versuchten die verschiedenen Arbeiterorganisationen und -gruppen, eine Gegenkultur in den verschiedenen Bereichen aufzubauen. Es entwickelten sich im Gegensatz zur bürgerlichen Kultur alternative Ansätze im Bildungsbereich, im Sport, in der Musik, im Theater, etc.



Hinein in die „Volksbühne"!

An alle Freunde eines Kulturtheaters

Was ist die „Volksbühne"?

Die „Volksbühne" ist ein gemeinnütziger und von den Behörden anerkannter Verein, dem jede über 16 Jahre alte Person beitreten kann. Unabhängig von jeder Partei und konfessionellen Richtung wendet er sich an alle Schichten des Volkes, vor allem auch an die werktätige Bevölkerung. Zu ihm gehören alle, die einer neuen Gemeinschaftskultur zustreben und denen die Kunst berufen erscheint, Künderin und Wegbahnerin eines geläuterten Gemeinschaftslebens zu sein; zu ihm alle, die sich nach dem Erlebnis reifer Kunstwerke sehnen und als Glieder einer gleichgesinnten Gemeinde, ohne selbst als Dilettanten ein unzulängliches Können vorzuführen, schöpferischen Anteil am Aufbau eines wirklichen Kulturtheaters nehmen wollen.

Im Jahr 1924 erhielt die Volkshaus GmbH die Genehmigung zum Wiederaufbau eines Saales mit Bühne, sodass dort nicht nur Feste und Großveranstaltungen stattfinden konnten, sondern auch auswärtige Theatergruppen auftreten und dort zeitgenössische und zeitkritische Stücke aufführen konnten. Mit der 1928 gegründeten „Lüneburger Volksbühne" wurde eine Institution geschaffen, die mit ihren billigen Eintrittspreisen dafür sorgte, dass es auch der Arbeiterschaft möglich wurde, Theater zu erleben.

Die verschiedenen Abteilungen der gewerkschaftlich organisierten/orientierten Arbeitervereinigungen konnten nun ihre Sitzungen und Versammlungen im Volkshaus durchführen.

Konsum- und Produktivgenossenschaft „Einigkeit"
m. b. H. zu Lüneburg

Am Freitag, dem 1. Juni, abends 8 Uhr:

General-Versammlung

im Volkshause (roter Saal).

Tages-Ordnung.

1. Geschäftsbericht.
2. Erhöhung des Geschäftsanteils.
3. Aenderung des Statuts § 33 Abs. 1 u. 2.

Der Vorstand.

Gew. Arbeiter-Bildungsausschuss Lüneburg.

Am 24. Mai, abends 7 Uhr in St. Johannis:

Niels Gade-Abend.

MITWIRKENDE:

Frau Frieda Hell-Achilles (Sopran), Frl. Prömper, Frau Erna Grünewald (Mezzo-Sopran), Herr Martin Ehrich (Baß) aus Hamburg, der Volkschor Lüneburg, das Städtische- und das Beamten-Orchester. — Leitung und Orgelpart: Herr Musikdirektor Carl Hoffmann.

I. Drei Tonstücke für Orgel von Niels W. Gade.
II. „Comala": Tondichtung für Soli, Chor und Orchester, nach einem dramatischen Gedicht von Ossian, komponiert von Niels W. Gade.

Preise: Mittelschiff 1200 M, alle übrigen Plätze 800 M einschl. Steuer. — **General-Probe** (nur für Jugendliche) am 23. Mai abd. 6 Uhr 150 M

Frau Gienke, geb. Lopau (die Schwester von Käthe Krüger) berichtete im Jahre 1982 über ihr Leben im Volkshaus:

„Ich war damals in der Weimarer Zeit beschäftigt im Büro der Firma Vogelsang (in der Goseburg, d. V.). Mein Vater Johannes Lopau war in Lüneburg führender Gewerkschafter und Sozialdemokrat.

Das Volkshaus war unser ein und alles.
Wir berufstätigen Menschen – aber auch die Arbeitslosen – konnten uns dort treffen und unsere Probleme besprechen. Dort waren die Büros der Gewerkschaften, aber auch ein großer Veranstaltungssaal war dort, wo wir auch mal als junge Leute feiern konnten. Selbst ein Cafe war dort. Woanders zum Ball zu gehen war ja für uns viel zu teuer, und man wollte uns dort auch nicht so recht haben.
Als Arbeiter und Arbeiterinnen fühlten wir uns im Volkshaus wie in einer großen Familie, wir kannten uns alle. Meinen ersten Mann habe ich auch dort kennen gelernt. Auch eine Bibliothek besaßen wir dort – es wurde wirklich viel gelesen – und die Arbeitersportvereine und die Arbeiterkulturvereine waren dort beheimatet. Dort war immer was los, und wir wussten auch als erste, wenn irgendwo der Lohn gekürzt werden sollte oder wenn Entlassungen bevor standen. Natürlich waren wir alle Nazi-Gegner.“

„Volkshaus“
Am Sonntag, d. 8. April:
Grosser Ball.
Es ladet freundlichst ein
K. Heitsch.

Volkshaus
Heute abend und morgen vormittag
— 11–1 Uhr: —
Künstler-Konzert.
KARL HEITSCH.

„Freie Volksbühne“ Lüneburg.
Sonntag, den 7. Oktober 1923, abends 8 Uhr, im Theatersaal des „Volkshauses“: Zum 2. Male
„Der Strom.“
Drama in 3 Akten von Max Halbe.
Vorverkauf an der Theaterkasse Freitag von 5—7 Uhr, Sonnabend von 4—7 Uhr und Sonntag an der Abendkasse.

Volkshaus
Sonntag, d. 24. Juni:
Gr. Ball.
Es ladet freundlichst ein.
KARL HEITSCH.

Volkshaus
Am Sonntag, d. 19. Aug.
Gr. Ball.
Es ladet freundlichst ein.
KARL HEITSCH.

Skizze: Neubau der Bühne des Volkshaus-Theaters v. 15.10.1932. Die Räumlichkeiten der Gewerkschafts-Bibliothek befanden sich im Anbau auf dem Hof des Volkshauses

Lageplan des Volkshaus-Gebäudekomplexes Ecke Schröderstraße/Apothekenstraße (Februar 1934)

Die Arbeiter-Turnerschaft Lüneburg (ATL)

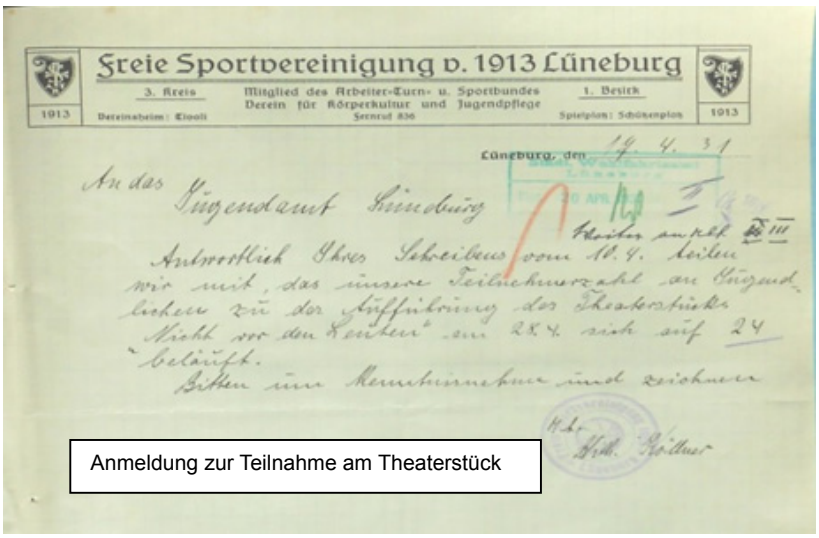
Fußball- Herrenmannschaft der FSV

Eine besondere Rolle im kulturellen Leben der „Volkshaus-Gemeinschaft“ spielte der Arbeitersport, hier insbesondere die „Arbeiter-Turnerschaft Lüneburg“ (ATL), die bereits im 15.5.1894 gegründet wurde. Nach der Zeit der Repressionen im Wilhelminischen Reich mit dem Verbot einer Kinder- und Jugendabteilung, der Verweigerung, städtische Turnhallen benutzen zu dürfen und der Überwachung der Turnstunden und Versammlungen und des Verbots von geschlossenen Aufmärschen und Turnfahrten, entwickelte sich diese Abteilung der Arbeiterkultur nach der Revolution rasend schnell. Der Spielmannszug (1896 gegründet), die Damenriege (1909) und die Fußballabteilung (1915) konnten nun eine freie Entwicklung nehmen, andere Abteilungen (siehe Liste „Volkshaus-Bewohner“) kamen hinzu.
Zu den bürgerlichen Sportvereinen der Stadt, die von den örtlichen Honoratioren geführt wurden und eine traditionell (rechts-)konservative politische Grundstruktur aufwiesen, grenzte sich die Mitgliedschaft der ATL scharf ab: Nicht nur im sportlichen Bereich durch die unterschiedliche Vereinszugehörigkeit, sondern vor allem im ideologischen Grundkonsens der ATL-Mitglieder, die sich

„Heraus mit der arbeitenden Jugend aus den bürgerlichen Jugend- und Sportvereinen. Die Jugend gehört zu uns, denn die Zukunft, die wird unser sein. Freundschaft!“ Hans Beeken im Lüneburger Volksblatt

als Teil der Arbeiterbewegung mit seiner sozialistischen Perspektive verstanden. So wurden bei der ATL nicht die deutschtümelndenBurschenschaftslieder gesungen, sondern die Arbeiterlieder: „Brüder, zur Sonne...“. Selbst in der Zeit nach dem 30. Januar 1933 bis zum Verbot, so berichtete der damalige Turnwart Ernst Lüdemann später, „sangen wir die „Internationale“ - und zwar aus Wut sehr laut.“ Die ATL war nicht lediglich ein Sportverein herkömmlicher Art mit seinen Trainingsstunden und Wettkämpfen, sondern ein Zusammenschluss gleichgesinnter Menschen aufgrund ihres gleichen sozialen Hintergrunds als Arbeiter/-innen, der sich hier selbständig einen Lebensraum und Entwicklungsmöglichkeiten schuf und für den das gesellige Leben genauso wichtig war wie die Trainingseinheiten, z. B. bei ihren Zusammenkünften und Festen im Volkshaus oder ihren Ausflügen (teilweise auch mehrtägig) nach Neetze, Harburg, Ramelsloh oder Harburg. Hier wurden Freundschaften unter Gleichgesinnten geschlossen – und auch Ehen angebahnt wie beispielsweise bei Anni Edlich, die hier bei der ATL ihren späteren Ehemann kennen lernte.

Die Unterschiede zu den bürgerlichen Sportvereinen konnten kaum größer sein: Während der LSK, MTV u. a. mit ihren Spielmannszügen offiziell bei Veranstaltungen der Nazis auftraten, bei den Märzwahlen 1933 dazu aufriefen, die NSDAP und ihre Helfer zu wählen, wurde die ATL aufgelöst und verboten. Frau Edlich berichtete: „Während einer Turnstunde im Mai 1933 kamen zwei uniformierte SA-Männer in die Halle und brüllten: „Alles anziehen, raus aus der Halle, hier wird geschlossen.“ (lünepost v. 13.9.1984) Der Turnwart des MTV, Frehse, führte die Auflösung der ATL durch und die Überführung der Turn-Gerätschaften in den Besitz der HJ.
Der Vorstand der Sportvereinigung Eintracht von 1903 e. V. hatte zu dieser Zeit nichts Eiligeres zu tun, als seinem Sportplatz in der Hasenburg den Namen „Hermann-Göring-Sportplatz" zu geben, der MTV entledigte sich seiner jüdischen Vorstandsmitglieder und der 1. Vorsitzenden des LSK, OStd. Meyer, berichtete auf einer Montagstagung seines Vereins im Mai 1933: „Wenn von Gegnern unseres Vereins...an maßgeblicher Stelle von dem LSK gesagt worden sei, er stünde nicht auf dem Boden der Weimarer Verfassung, so hatten diese Leute recht.“



Freie Sportvereinigung v. 1913 Lüneburg

3. Kreis — Mitglied des Arbeiter-Turn- u. Sportbundes Verein für Körperkultur und Jugendpflege — 1. Bezirk

Vereinsheim: Tivoli — Fernruf 836 — Spielplatz: Schützenplatz

Lüneburg, den 19. 4. 31

An das Jugendamt Lüneburg

Weiter an Abt. III

Antwortlich Ihres Schreibens vom 10.4. teilen wir mit, das unsere Teilnehmerzahl an Jugendlichen zu der Aufführung des Theaterstücks „Nicht vor den Leuten" am 28.4. sich auf 24 beläuft.

Bitten um Kenntnisnahme und zeichnen

Hochachtungsvoll

Anmeldung zur Teilnahme am Theaterstück

Arbeiter-Turnerschaft Lüneburg von 1894.

Am Sonntag, 23. Dez., nachmittags 3 Uhr:

Weihnachts-Feier — für Kinder. —

Am 1. Weihnachtstage, abends 8 Uhr:

Familien-Feier mit Darbietungen — aller Art. —

Am 31. Dezember 1923

Grosser Sylvesterball.

Anfang 7 Uhr.

Sämtliche Veranstaltungen finden im Volkshause statt. D. V.

Dass den Verantwortlichen des Lüneburger Arbeitersports nicht lediglich an der Ausübung ihres Sportes gelegen war, sondern sie das soziale Umfeld ihrer Mitglieder als ebenso wichtig betrachteten, wird deutlich daran, dass sie auch den Freizeitbereich mit in ihre Tätigkeit einbezogen, Fahrten und Feiern veranstalteten: Sportlerbälle, Weihnachts-, Familien- und Silvesterfeiern im Volkshaus - und dass sie auch an weiteren Aktivitäten teilnahmen:
Als das Jugendamt der Stadt für den 28. April 1931 eine Theateraufführung mit dem Titel „Nicht vor den Leuten" plante, die eine kritische Sicht auf jugendspezifische Themen wie das Erwachsen-werden und die Sexualität junger Menschen zum Inhalt hatte, fragte das Amt bei den Lüneburger Jugendgruppen nach deren Interesse an einem Besuch dieses Stück. Die FSV meldete sich mit 24 Jugendlichen zur Vorstellung an und stellte somit das größte Anmeldungs-Kontingent.
Im Gegensatz zu dieser offenen Haltung sahen die Lüneburger Pastoren für ihre kirchlichen Jugendgruppen große Probleme, dieses Theaterstück zu besuchen. Die Lüneburger Gymnasien sahen sich „aus pädagogischen Gründen" nicht in der Lage, ihren Schülern/-innen eine Teilnahme zu ermöglichen.

Das Foto aus der „guten alten Zeit" zeigt Paul von Hindenburg als Pensionär 1922 zu Besuch bei der Musterturnschule des MTV in Lüneburg. Auf dem Schoß von MTV-Turnleiter Heinrich Frehse (l. neben Hindenburg) sitzt Hindenburgs Enkelin Christa Maria von Pentz, vor Hindenburg kniet Frehses Sohn.

Bei Rittmeister von Pentz, dem Vater der kleinen Christa Maria und Schwiegersohn Hindenburgs, handelt es sich um einen „alten Dragoner", der als Offizier der Reichswehr den kaiserlichen Militarismus am Ort fortsetzte und anschließend für die faschistische Wehrmacht an vorderster Linie tätig wurde. Der abgelichtete MTV-Turnlehrer H. Frehse wird 1933 diejenige Person sein, die die „Abwicklung" des Lüneburger Arbeitersports für die Nazis vornehmen wird: Die Beschlagnahme der vorhandenen Turngeräte des ATL und Überführung in die Hände der HJ.

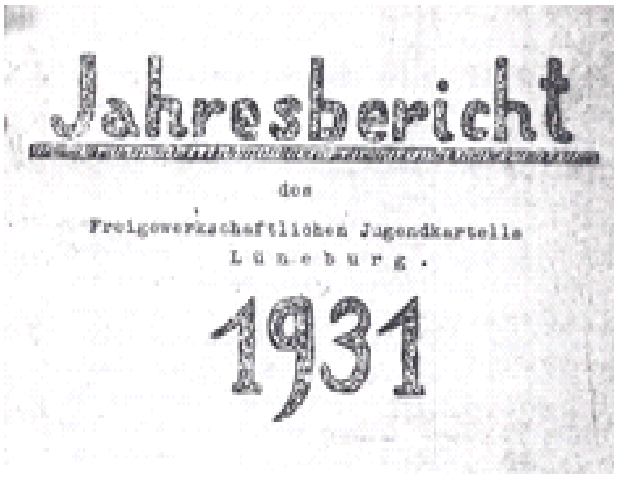
Das Foto soll die Freude Lüneburgs über die besonderen Beziehungen Hindenburgs zur Stadt belegen. Die proletarische Wahrheit ist eine andere, denn die örtliche Arbeiterbewegung blieb den Lüneburger Begrüßungszeremonien für Hindenburg selbst während seiner Zeit als Reichspräsident fern, wie der ADGB-Vorsitzende Hackbarth dem Magistrat mit Schreiben vom 18.5.1925 mitteilte. Eine Prügelei zwischen den Hindenburg-Bewunderern vom MTV und der Feuerwehr (die Hindenburg zu Ehren einen Fackelzug durchführen wollten) und seinen Gegnern auf der Altenbrückertorstraße verrät im Übrigen, dass der Protest des ADGB mit handfesten Argumenten angereichert wurde.
Was als Foto-Erinnerung an die „gute alte Zeit" daherkommt, entpuppt sich als Blick auf die faschistische Zukunft elf Jahre später.

Das Freigewerkschaftliche Jugendkartell des ADGB (FGJ)

Das FGJ unter dem Vorsitzenden Cousin und dem Betreuer Hans Beeken nahm besonders rege am Leben im Volkshaus teil, wie der Jahresbericht für das Jahr 1931 zeigt.

Dieser Bericht listet folgende Abteilungen dieses gewerkschaftlichen Organs auf und benennt die Anzahl Kartellveranstaltungen (35 mit 925 Teilnehmern/-innen) und der jeweiligen Gruppenveranstaltungen (401 mit 3.300 Teilnehmern/-innen), wozu auch Tanzveranstaltungen und Fahrten- und Wandertouren gehörten, Bücherausstellungen und Veranstaltungen für arbeitslose Jugendliche:

Malerjugend
Metallarbeiterjugend
Baugewerksjugend
Buchdruckerjugend
ZdA- Jugend (Zentralverband der Angestellten)
Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterjugend
Holzarbeiterjugend
Zimmererjugend
Bekleidungsarbeiterjugend
Sattlerjugend- und Tapeziererjugend
Lithographen- und Steindruckerjugend
Dachdeckerjugend
Musikgruppe
Laienspielgruppe



Jahresbericht

des

Freigewerkschaftlichen Jugendkartells

Lüneburg.

1931

Gruppenveranstaltungen

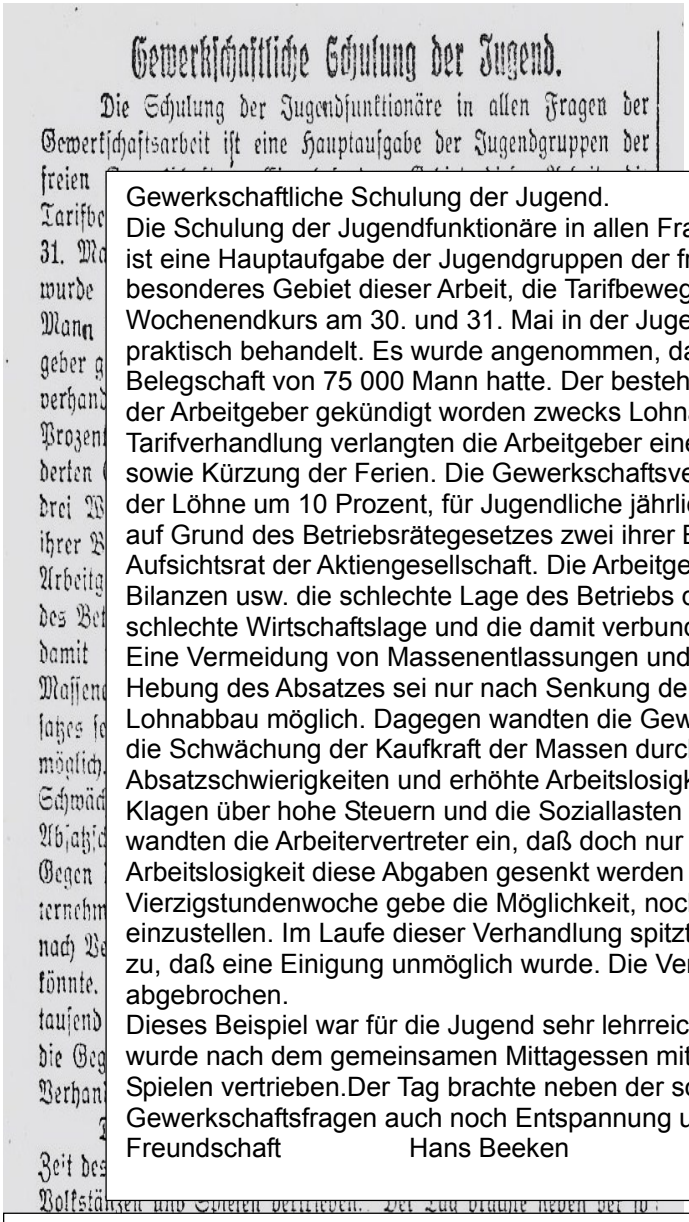
	Abende	Teilnehmer
Vorträge	21	316
Kursusabende	90	874
Versammlungen	52	451
Wanderungen	34	230
Spiele im Freien	27	161
Lese-u.Diskussionsab.	10	70
Unterhaltungsabende	107	969
Sonstige Veranst.	27	161
	368	3102
Musikgruppe	33	198
Gesamtveranstalt.	401	3300

Polier- und Intarsienkursus der Holzarbeiterjugend, Ausstellungsraum Volkshaus, 1930

Faschingsfest der FGJ (Freigewerkschaftliche Jugend) 1932 im Volkshaus

Wochenendkurs der FGJ am 30./341. Mai 1931

Kämpferische Aufrufe und Berichte der Lüneburger FGJ aus dem Jahre 1931, verfasst von Hans Beeken, veröffentlicht im Lüneburger Volksblatt:



Gewerkschaftliche Schulung der Jugend.

Die Schulung der Jugendfunktionäre in allen Fragen der Gewerkschaftsarbeit ist eine Hauptaufgabe der Jugendgruppen der freien

Gewerkschaftliche Schulung der Jugend.
Die Schulung der Jugendfunktionäre in allen Fragen der Gewerkschaftsarbeit ist eine Hauptaufgabe der Jugendgruppen der freien Gewerkschaften. Ein besonderes Gebiet dieser Arbeit, die Tarifbewegung, wurde auf einem Wochenendkurs am 30. und 31. Mai in der Jugendherberge Lopautal praktisch behandelt. Es wurde angenommen, daß eine Firma eine Belegschaft von 75 000 Mann hatte. Der bestehende Tarifvertrag war seitens der Arbeitgeber gekündigt worden zwecks Lohnabbau. In der fingierten Tarifverhandlung verlangten die Arbeitgeber einen Lohnabbau von 15 Prozent sowie Kürzung der Ferien. Die Gewerkschaftsvertreter forderten Erhöhung der Löhne um 10 Prozent, für Jugendliche jährlich drei Wochen Ferien und auf Grund des Betriebsrätegesetzes zwei ihrer Betriebsvertreter in den Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft. Die Arbeitgeber legten an Hand von Bilanzen usw. die schlechte Lage des Betriebs dar, verwiesen auf die schlechte Wirtschaftslage und die damit verbundenen Absatzschwierigkeiten. Eine Vermeidung von Massenentlassungen und Senkung der Preise zur Hebung des Absatzes sei nur nach Senkung der Herstellungskosten durch Lohnabbau möglich. Dagegen wandten die Gewerkschaftsvertreter ein, daß die Schwächung der Kaufkraft der Massen durch Lohnabbau noch mehr Absatzschwierigkeiten und erhöhte Arbeitslosigkeit mit sich bringe. Gegen die Klagen über hohe Steuern und die Soziallasten der Unternehmervertreter wandten die Arbeitervertreter ein, daß doch nur nach Verringerung der Arbeitslosigkeit diese Abgaben gesenkt werden könnte. Die Vierzigstundenwoche gebe die Möglichkeit, noch einige tausend Arbeiter einzustellen. Im Laufe dieser Verhandlung spitzten die Gegensätze sich so zu, daß eine Einigung unmöglich wurde. Die Verhandlung wurde deshalb abgebrochen.
Dieses Beispiel war für die Jugend sehr lehrreich. Die übrige Zeit des Tages wurde nach dem gemeinsamen Mittagessen mit Baden, Volkstänzen und Spielen vertrieben.Der Tag brachte neben der so notwendigen Schulung in Gewerkschaftsfragen auch noch Entspannung und Erholung.
Freundschaft Hans Beeken

„Aufruf an die Jugend“

„Kampf ... gegen das Wirtschaftssystem!
Die Träger dieses Kampfes sind in erster Linie die Gewerkschaften. In ihren Jugendgruppen organisiert sie die arbeitende Jugend. Hier hören die Jugendmitglieder, dass sie nicht allein stehen in ihrem Streben. Sie wissen, dass die Gewerkschaften eine Macht darstellen, die schon manche Verschlechterung in letzter Zeit verhindert hat, und nach Überwindung dieser Krise auch für die Arbeiterklasse wieder Erfolge erringen wird... Die Parole lautet deshalb:

Arbeitende Jugend, hinein in die Freien Gewerkschafts-Jugendgruppen.

Freundschaft!“

Gegner der Lüneburger Gewerkschaftsbewegung

Die Gewerkschaften wurden vom Lüneburger Bürgertum scharf bekämpft. Nicht nur „die Wirtschaft“mit ihren Organisationen und ebenso die politisch dominanten (rechts-)konservativen Parteien, sondern auch viele alteingesessene **Honoratioren und Intellektuelle** der Stadt gehörten zu den härtesten Gegnern der im Volkshaus organisierten Arbeiterbewegung.

Als eine dieser einflussreichen Personen des dominanten bürgerlich-antigewerkschaftlichen Lebens der Stadt soll hier W. Reineke vorgestellt werden:
Wilhelm Reinecke, geb. am 6.11.1866, kam nach seinem Studium im Herbst 1895 nach Lüneburg, um hier, zunächst mit einem Zeitvertrag versehen, die Archivarien zu sortieren. Zum 1.4.1897 wurde er festangestellter Archivar, heiratete die Tochter des Oberförsters Busse, initiierte den Umbau der Ratsküche für das neue Ratsarchiv und erhielt 1914 einen Professorentitel. Etwa zeitgleich wurde er Direktor des Lüneburger Museums und setzte dort 1908/1913 zunächst den Anbau, dann den Bau eines nördlichen Flügels durch. Nach dem Tod von Prof. Wilhelm Görges wurde Wilhelm Reinecke zudem auch Leiter der Ratsbücherei.
Reinecke veröffentlichte eine kaum überschaubare Anzahl Artikel und Aufsätze über Einzelaspekte der Geschichte der Stadt Lüneburg. Selbst im Jahre 2012 noch wird er im konservativen Intellektuellen-Milieu als „hochverdienter Stadtarchivar“ beschrieben von Prof. Klaus Alpers, Altphilologe, em. Prof. der Universität Hamburg, Vorständler (bis 2011) und Mitherausgeber der „Lüneburger Blätter“ des Lüneburger Museumsvereins und Mitglied des städtischen Kultur- und Partnerschaftsausschusses.

Im Jahre 1930 wurde Wilhelm Reinecke unter Fortzahlung seiner Bezüge freigestellt und beauftragt, ein umfassendes Werk über die Geschichte der Stadt Lüneburg anzufertigen, welches er im Jahre 1933 vorlegte.

Über den Wahlkampfauftritt Adolf Hitlers in Lüneburg im Juli 1932 auf dem MTV-Platz, wo Hitler unumwunden seine Absichten propagierte (die Zerschlagung der Arbeiterbewegung u.a), schreibt Reinecke in diesem Buch:
„Hier war ein Gelöbnis ausgesprochen, tief heraus aus einem tatenfrohen, von heißer Liebe zum deutschen Vaterlande erfüllten Herzen.“

Die Lüneburger Gewerkschaftsbewegung und das Volkshaus beschreibt Reinecke mit den Worten:

„Hoch vom Lüneburger „Volkshause“ wehte die rote Fahne mit den drei gen deutschen Boden gerichteten Pfeilen. Abend für Abend und gar bei Sonnenlicht sah man üble Häuflein von Männern, Frauen und Kindern einer „Musik“ folgen, deren schrille Misstöne offenen Hass heraus pfiffen und –trommelten… Täglich las und hörte man von feigen Überfällen aus dem Hinterhalt.“

Diese aggressive antigewerkschaftliche Position Reineckes war im Lüneburger Bürgertum weit verbreitet und galt als Konsens auch in weiten Teilen des Beamtenapparats der Stadt, welcher hier sehr ausgeprägt war durch die zahlreichen Institutionen der staatlichen Ämter: Neben den Gerichten und den Verwaltungen (Stadt- und Kreisverwaltung, Bezirksregierung) war Lüneburg ebenfalls Sitz weiterer Landes- und Reichsbehörden mit ihrem umfangreichen Beamtenkörper.

Eine weitere bedeutsame Gruppe von Gewerkschaftsgegnern hatte ihr Domizil in der Lüner Kaserne, die hier stationierte **Reichswehr**, deren Führung überwiegend aus kaisertreuen und antirepublikanischen Militärs bestand. Die Arbeiterbewegung Lüneburgs wurde aggressiv bekämpft als „Novemberverbrecher“, die mit der Revolution von 1918 und der Einrichtung des Arbeiter- und Soldatenrates dem kriegsführenden Militär in den Rücken gefallen und dadurch „die nationale Schmach“und Niederlage im I. Weltkrieg verursacht habe.
Bereits im Januar 1920 kamen auf einer Mitgliederversammlung der SPD Vorkommnisse in der örtlichen Reichswehr zur Sprache. Der Vertrauensmann bei der Lüneburger Reichswehrschwadron und SPD-Genosse Schröder berichtete, dass mit dem neuen Major Gramberg ein sehr reaktionärer

Geist eingezogen sei. Bezeichnend wäre die Äußerung des Majors, der die Lüneburger Arbeiter als „Schweinebande“ beschimpft hätte.

Als während des Kapp-Putsches die Lüneburger Gewerkschaftler darauf drangen, dass sich die Reichswehr vom Putsch fernhalten solle, erklärte der kommandierende Major Gramberg lediglich, dass die Lüneburger Reichswehrschwadron eine Haltung wie die der übergeordneten Reichswehrbrigade X einnehmen würde. Nur deshalb, weil diese Brigade die Putschisten nicht unterstützte, blieben in Lüneburg die Soldaten in der Kaserne und schlossen sich nicht den Putschisten an.
Die Offiziere der Lüneburger Reichswehr achteten streng darauf, dass es keine Kontakte der einfachen Soldaten zu den Gewerkschaften gab. Den Mannschaften war es verboten, an Arbeiterversammlungen teilzunehmen (z.B. in der Lamberti-Halle) oder Arbeitertreffpunkte wie das Volkshaus zu besuchen oder Arbeiterkneipen aufzusuchen. Beim Versuch von KPD-Mitgliedern, mit Reichswehr-Soldaten ins Gespräch zu kommen und Flugblätter/Broschüren zu überreichen, wurden am 15. Januar 1932 sieben Personen festgenommen und inhaftiert, die später in einem Prozess vor dem Reichsgericht wegen der Vorbereitung eines Hochverrats („Zersetzung der Reichswehr“) zu Gefängnisstrafen zwischen einem und zwei Jahren verurteilt wurden.

Ebenso bedeutungsvoll im politisch-antigewerkschaftlichen Gesellschaftsleben der Stadt waren die diversen **Kriegerverbände** des Kreiskriegerverbandes (Vors.: Rechtsanwalt Müller, erst Stahlhelm, dann NSDAP, nach 1945 Bürgermeister der Stadt) mit seinen 27 Untervereinen in Stadt und Landkreis Lüneburg: vom Verein ehemaliger Gardisten (Vors.: A. Lauenstein, Kaufmann) über den Marineverein (Vors.: Korvettenkapitän a. D. Koch) zum Deutschen Offiziers-Bund (Vors.: General a. D. v. Borries), vom Hannoverschen Kriegerverein (Vors.: Fabrikbesitzer Lauenstein) bis zum Bund der Frontsoldaten (Stahlhelm), deren Führer R. Oemiken bereits am 10.3.1932 auf einer Wahlkundgebung in Bleckede zur Bedeutung Hitlers erklärte, er „…solle seine Sendung erfüllen…gegen die rote Front, gegen den Sozialismus und gegen den Kommunismus…“ und damit präzise die Systemgegnerschaft der Lüneburger Kriegerverbände beschrieb („Sozialismus“ und das „System der Sozialdemokratie“/Weimarer Republik wurden als identische Begriffe benutzt). Als besonders dominant tat sich in dieser Phalanx der monarchistisch orientierten Republikgegner die „Vereinigung ehem. Offiziere des Dragoner Regiments Nr. 16 (Vors.: Oberst a. D. Seip)“ hervor, handelt es sich doch um die Traditionsformation der Lüneburger Reichswehr.

Personell und ideologisch eng verbunden mit dem Militär und den Kriegervereinen und mit der politisch gleichen Gegnerschaft zu den Lüneburger Gewerkschaften ausgestattet in ihrer Führung war **ein Teil des Kleinbürgertums mit ihren Traditionsvereinen, dem Lüneburger Schützenverein und der örtliche Feuerwehr**, was an einer Auseinandersetzung bereits im Jahre 1924, dem sogenannten Flaggenstreit, illustriert werden soll:

Für das Wochenende vom 13./14. September 1924 hatte der Lüneburger Ortsverband des „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ zu verschiedenen Demonstrationen und Veranstaltungen vor dem Volkshaus und auf dem Marktplatz geladen, um die Weimarer Verfassung zu feiern und etwa 3.000 Personen – zum großen Teil auch aus dem Hamburger Raum – wurden erwartet, um nach der Fahnenweihe auf dem Marktplatz einem geplanten Marsch durch die Stadt am Volkshaus vorbei zum Schützenhaus zu folgen. In den Lüneburgschen Anzeigen wurde mit einer Erklärung des örtlichen Reichsbanners auf dieses Wochenende eingestimmt:„ An den Republikanern Lüneburgs wird es liegen, welches Aussehen ihr Städtchen zu dem Ehrentage haben wird. Besonders die Straßen, die vom Umzug berührt werden, sollten in einen Wettbewerb eintreten im Straßen-schmuck. .. Also Republikaner, rüstet zum Republikanischen Tag!“
Parallel fanden an diesem

Der III. Zug der Freiwilligen Feuerwehr 1928am Gerätehaus Katzenstraße.

Wochenende auch die öffentlichen Feiern der städtischen Freiwilligen Feuerwehr zum 60. Stiftungsfest dieser Einrichtung unter ihrem Hauptmann Adolf Westphal statt. Auch für diesen Anlass forderten die „Lüneburgschen Anzeigen“ die Lüneburger Bürger auf, ihre Häuser zu schmücken.
Als nun die etwa 3.000 Republikaner mit ihren Demonstrationen und Aufmärschen begannen, sahen sie sich umgeben von einem Flaggenmeer – allerdings mehrheitlich jener des monarchistischen Deutschland (schwarz-weiß-rot). Diese Symbolik entsprach durchaus dem politischen Selbstverständnis des bürgerlichen Lüneburg und war zugleich natürlich eine Provokation gegenüber den Republikanern, die an diesem Tage gerade die Überwindung der durch diese Flaggen symbolisierten Monarchie feiern wollten.
Darauf hin tobten in der Stadt die Auseinandersetzungen. Zeigte sich die antirepublikanische Haltung des bürgerlichen Lüneburg doch zum einen durch ein einige Tage zuvor verteiltes Flugblatt, welches in deutsch-nationalistischer Diktion Dolchstoßlegende und Antisemitismus beschwor, zum anderen, dass ganz offenen Stahlhelm-Anhänger mit Hakenkreuz-Ansteckknöpfen auftraten. Es kam zu einer Reihe auch von körperlichen Auseinandersetzungen. Die Republikaner ließen sich die monarchistische Symbolik nicht mehr bieten, holten die ausgehängten monarchistischen Fahnentücher von den Häusern, zerrissen die Turner-, Stahlhelm- und Hakenkreuzabzeichen. Verbale Beleidigungen und kleinere Prügeleien mit leichten Verletzungen waren die Folge. Die Lüneburger Polizei war nicht mehr Herr der Lage und holte sich Verstärkung aus Harburg, die am Sonntag um 15.00 Uhr eintraf. Nun erst entspannte sich die Lage, zumal die meisten der auswärtigen Republikaner Lüneburg verlassen und wieder abreisen mussten.
Ein Jahr später standen ca. 20 Angeklagte vor Gericht – ausschließlich Republikaner. Das Strafmaß betrug für 2 Beteiligte je ein Jahr Gefängnis, mehrere Strafen zwischen zwei und acht Monate Gefängnis, Geldstrafen in Höhe von 200 bis 400 Reichsmark wurden verhängt.

In ihren Sozialkämpfen und den betrieblichen Auseinandersetzungen stand den Gewerkschaften neben den Einzelbetrieben der **Block der örtlichen Wirtschaftsverbände** gegenüber wie der Arbeitgeberverband, die Industrie- und Handelskammer und die Handwerkskammer sowie der Verein Lüneburger Kaufleute. Als dominante Persönlichkeit des Lüneburger „Wirtschaftslebens“ der Weimarer Zeit muss Dr. Mackensen angesehen werden, der hier vorgestellt werden soll. Er war zwar kein Industrieller, Handwerker oder Kaufmann, aber als Syndikus und Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes und der IHK fungierte er an einflussreichster Stelle der Lüneburger „Wirtschaft“.

Dr. Georg Mackensen

In den sogenannten „Mackensen-Protokollen“ sind seine politischen Lebenserinnerungen authentisch überliefert, die hier im Wortlaut auszugsweise wiedergegeben werden als Zeugnis des Selbstverständnisses der Lüneburger Wirtschaftskreise:

1919:
Der Arbeitgeberverband für Lüneburg…war der Gegenspieler der Gewerkschaften. Gegen sie nahm er den Kampf auf, … Wären die Arbeitgeberverbände nicht gewesen, so wären die Diktatur des Proletariats und der Untergang der Wirtschaft damals Wirklichkeit geworden.

1920:
Neben dem AGV stand der Verein Lüneburger Kaufleute unter Führung von Herrn Senator Herm. Reichenbach und den Handelskammermitgliedern Wilh. Fressel, Direktor Kahle (Wachsbleiche, Verf.) und L. thoSeeth (Textil-Einzelhandel, d. Verf.)… Auf Veranlassung dieser Organisationen wurden in Lüneburg der Bürgerbund, die Einwohnerwehr und die Technische Nothilfe ins Leben gerufen. Der Bürgerbund stand anfangs unter der Leitung des damaligen Handelskammer-Syndikus Justizrat Egersdorff,…
Der Bürgerbund war eine überparteiliche Organisation, der die Aufgabe gestellt war, das Bürgertum in allen seinen Schichten in den Zeiten der Auflösung und des Zerfalls gegen die zersetzende Sozialdemokratie zum Schutze des Privateigentums … zusammen zu schließen. Aus ihm ging die Einwohner-Wehr hervor, bestimmt, Eigentum, Leib und Leben des Bürgertums zu schützen. … Auf

dem Marktplatz demonstrierten die Arbeiter, forderten Kartoffeln von der Landwirtschaft… Das Vorhandensein der Einwohner-Wehr wirkte mäßigend.
Die Gründung der Technischen Nothilfe führte zu einem kräftigen Presse-Disput zwischen den Vertretern der Gewerkschaften und dem Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes. Man wollte sich die „Streikbrecher-Organisation“ nicht gefallen lassen. Aber allen Widerständen zum Trotz wurde sie doch durchgesetzt. Bei dem Generalstreik anlässlich des Kapp-Putsches in dem Betrieb der Eisenbahn eingesetzt, hatte sie zum ersten Mal Gelegenheit, sich zu bewähren.

1927:
Die IHK Lüneburg stand der Einführung des 8-Stunden-Tages scharf ablehnend gegenüber…vor allem mit Rücksicht auf die damalige wirtschaftliche Lage, die sich durch die Wegnahme wertvoller Provinzen und Kolonien…, die völlige Enteignung des Kapitals und die Vermehrung der Lasten so erheblich verschlechtert hatte, dass man aus der Not, in die man auf diese Weise hineingeraten war, nur durch anstrengende Mehrarbeit, nicht aber durch bequeme Gestaltung der Lebenshaltung herauskommen konnte. In einer am 8. März 1927 stattgehabten Versammlung des Arbeitgeberverbandes Lüneburg, an der Vertreter der IHK, des Handwerksamtes Lüneburg, des Vereins Lüneburger Kaufleute und der Bankenvereinigung Lüneburg teilnahmen, wurde einstimmig schärfster Einspruch gegen die überstürzte Verabschiedung des Arbeitszeit-Not-Gesetzes erhoben…
(Anmerkung d. V.: Der 1919 von den Gewerkschaften durchgesetzte 8-Stunden-Arbeitstag wurde in den nachfolgenden Jahren in der Praxis durch zahlreiche Ausnahmeregelungen unterlaufen, die unbezahlte Überstunden zuließen. Mit der Arbeitszeit-Notverordnung sollten durchgesetzt werden, dass diese Mehrarbeit vergütet wird.)

„Arbeitgeber aus Handel, Handwerk und Industrie der Lüneburger Region beraten in den schwierigen zwanziger Jahren im AGV, in der IHK und im Kaufmannsverein die wirtschaftspolitische Lage der Weimarer Republik“

Foto und Kommentar aus: H. Pless, Am Puls der Wirtschaft 1904 – 1990, Hrsg. AGV Lüneburg, o.J.

Ab „1931 lässt sich innerhalb der Vereins (Verein Lüneburger Kaufleute, d.V.) und der IHK eine stärkere politische Entwicklung nach rechts nachzeichnen, denn namhafte Vertreter von Großhandel, Industrie und Handwerk unterstützten jetzt erstmals auch in der Öffentlichkeit das vom „Stahlhelm“ im April 1931 initiierte sog. Volksbegehren gegen die sozialdemokratische Regierung Braun in Preußen, das vorzeitig Neuwahlen (die erst im April 1932 fällig wären) im größten deutschen Bundesstaat vorsah… Man kann sicherlich nicht alle diejenigen als Sympathisanten der NSDAP bezeichnen, die sich ….hinter die Stahlhelm-Initiative gestellt hatten…Sie alle nahmen aber bewusst die Schwächung bzw. Ablösung der durch Wahlen legitimierten Koalitionsregierung in Preußen und die weitere Stärkung der NSDAP in Kauf… Mit dieser Haltung unterstützten sie auch in Preußen … die Unregierbarkeit oder den Weg zu autoritären Regierungsformen, wie sie der Reichskanzler Brüning, gedeckt durch den Reichspräsidenten Hindenburg und die Reichswehrführung unter General Schleicher, seit 1930 praktizierten.“ (D. Stegmann, in: Heide, Heimat, Hakenkreuz, Lüneburger Arbeitskreis „Machtergreifung“, Hrsg.: Geschichtswerkstatt Lüneburg, Lüneburg 1995, S. 92)

Bei den Unterzeichnern des Aufrufs handelt es sich um:

O. Ackermann, Stahlhelm, Verlags- und Schriftleiter des Lüneburger Tageblatt;E. Bohnhorst, Vorsitzender des Lüneburger Stahlhelm; G. Bostelmann, Bäckermeister; W. Fressel, Groß-handelskaufmann, Inhaber der Firma Kallmeyer, Vorsitzender des Vereins Lüneburger Kaufleute, 1932 ebenfalls Präsident der Handelskammer; R. Größner, Möbelfabrikant; K. Hahn, Mühlen-besitzer (Abtsmühle); O. Hahn, Kaufmann; J. v. Hänisch, Direktor von IBUS; Chr. Herbst, Holzhändler; C. Fr. Hösinghoff, Einzelhändler; G. Kahle, Fabrikdirektor der Wachsbleiche; J. G. Leppien, Haartuchfabrikant; C. H. Meyer, Großhändler; G. Merz, Vorsitzender des Handwerksamtes; Dr. Mackensen, Syndikus der Handelskammer und des Arbeitgeberverbandes; H. Meyer, Einzelhändler; M. Neumann, Fabrikdirektor; H. Reichenbach, Senator, Inhaber der gleichnamigen Fassfabrik; R. Schönfelder, Fabrikdirektor; O. Schulze, Kaufmann; H. Stoffers, Prokurist; Dr. Struck, Geschäftsführer des Kreishandwerker-Bundes; E. Weber, Kaufmann

18. April 1931

Nationalsozialisten!
Nationalsozialistinnen!

Der Stahlhelm hat zur Auflösung des Preußischen Landtages ein Volksbegehren eingebracht.

Es ist die Aufgabe und Pflicht aller Parteigenossen und Anhänger unserer Bewegung, sich ausnahmslos in die Listen einzuzeichnen.

Helft auch auf diesem Wege mit, daß die zentrümlich-marxistische Politik des Terrors und der Vernichtung unseres Volkes gebrochen wird.

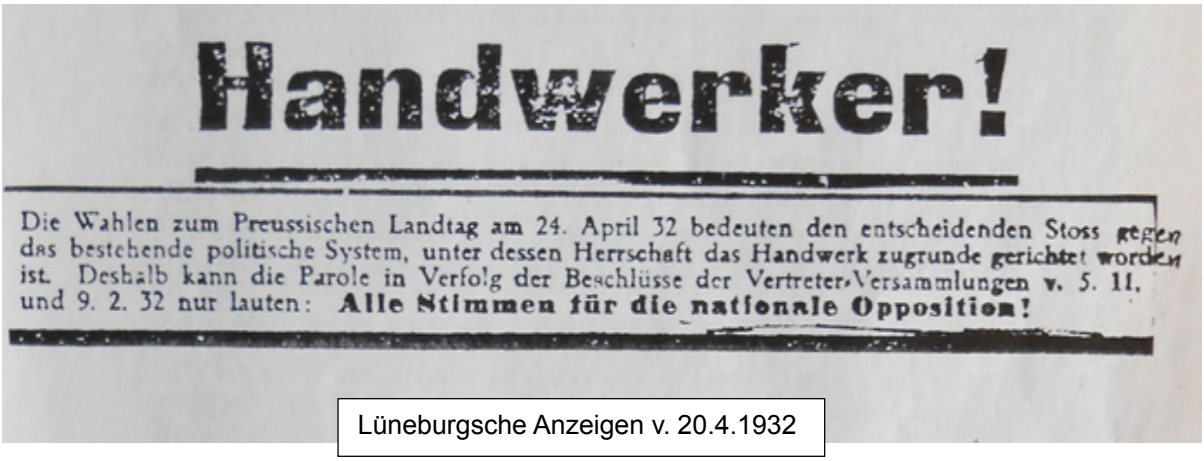
Sorgt dafür, daß Preußen wieder wird, was es jahrhundertelang war: ein stolzes Bollwerk deutscher Kraft, ein Bannerträger der deutschen Freiheit!

München, den 8. April 1931.

Adolf Hitler.

Lüneburgsche Anzeigen v. 20.4.1931

Ein Jahr später, bei der Wahl zum Preußischen Landtag (das Volksbegehren im Jahre 1931 wurde nicht realisiert), hatte sich die Position der Lüneburger Handwerkerschaft noch weiter radikalisiert: Nicht nur lediglich die Abwahl der Regierung in Preußen war ihr Ziel mit der Perspektive der Stärkung der rechtskonservativen Kräfte, sondern „Alle Stimmen für die nationale Opposition!“. Bereits zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Lüneburger Handwerkerschaft von den Weimarer Parteien abgewandt.


Handwerker!

Die Wahlen zum Preussischen Landtag am 24. April 32 bedeuten den entscheidenden Stoss gegen das bestehende politische System, unter dessen Herrschaft das Handwerk zugrunde gerichtet worden ist. Deshalb kann die Parole in Verfolg der Beschlüsse der Vertreter-Versammlungen v. 5. 11. und 9. 2. 32 nur lauten: **Alle Stimmen für die nationale Opposition!**

Lüneburgsche Anzeigen v. 20.4.1932

Das Lüneburger Bürgertum favorisierte zumindest ab Anfang der dreißiger Jahre auch öffentlich eine autoritäre Staatsform und wandte sich von einer demokratischen Politik ab. Ihre Interessen sahen vor allem die wirtschaftlich einflussreichen Gruppierungen im Zuge der verschärften politischen und ökonomischen Krise nicht mehr bei den konservativen Parteien vertreten, sondern bei den Organisationen der Harzburger Front, einem Zusammenschluss antidemokratischer Nationalisten von der NSDAP über den Stahlhelm bis zum Alldeutschen Verband. Zwar konnte diese Front nur kurzzeitig existieren, aber in der Form eines Bündnisses unter dem Namen „Kampffront Schwarz-weiß-rot“ bei Dominanz des Stahlhelms auch in Lüneburg fortbestehen, das zwecks Machteroberung eine enge Zusammenarbeit mit der NSDAP praktizierte. Ihr erstes Ziel war am 30.Januar 1933 erreicht, als Reichspräsident Hindenburg auf Druck maßgeblicher Wirtschaftskreise Adolf Hitler die Kanzlerschaft übertrug. Die Handwerkskammer der Region (die Lüneburger Handwerker-Organisationen waren in der Harburger Kammer vertreten) unterstützte das Hitler-Kabinett, weil sie sich von ihm eine „starke und mittelstandsfreundliche Nationalregierung“ versprach, die endlich mit dem „Trümmerfeld einer 14-jährigen Misswirtschaft des Parlamentarismus“ Schluss mache. Die kapitalistische Krise stieß an die Grenze einer „marktkonformen Demokratie“ und wandte sich einem faschistischen Lösungsmuster zu -die Zerschlagung der Gewerkschaften inklusive.

Nachdem Reichspräsident Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt hatte, begrüßte die Vollversammlung der Handwerkskammer folgerichtig auf ihrer Sitzung am 27. Februar 1933 diese neu gebildete „nationale Regierung“ und rief auch über die Presse zur Unterstützung der Faschisten und ihrer Helfershelfer bei den bevorstehenden Wahlen in einer Entschließung auf:

50. Vollversammlung
der Handwerkskammer zu Harburg.
LA 28.2.'33

„Die … Vollversammlung der Handwerkskammer Harburg begrüßt mit Freude und Genugtuung die Bildung der nationalen Regierung. Das Handwerk weiß, daß es nicht möglich ist, das Trümmerfeld einer 14jährigen Mißwirtschaft des Parlamentarismus plötzlich in eine blühende Volkswirtschaft umzuwandeln. Wir sind aber fest überzeugt, daß Tatkraft und Wille der neuen Führung mit Unterstützung aller arbeitswilligen Kräfte sehr bald einen schrittweisen Wiederaufbau unseres staatlichen und wirtschaftlichen Lebens herbeiführen kann …

Die Kammer ruft den gesamten Handwerkerstand des Bezirke Lüneburg und Stade auf, einig und verantwortungsfreudig am Neuaufbau der Handwerkswirtschaft im Schutze einer starken und mittelstandsfreundlichen Nationalregierung mit allen Kräften mitzuarbeiten. Deshalb ermahnt sie das gesamte selbständige Handwerk, bei den bevorstehenden Neuwahlen am 5. und 12. März sein Wahlrecht restlos im Sinne des nationalen Wiederaufbaus auszuüben.“

Aus Gründen, die alle mit den Forderungen dieses Bündnisses von NSDAP und Kampffront kompatibel waren (Herstellung einer „wirtschaftlichen Stärke“ unter Ausschaltung hemmender Faktoren, eines Großdeutschland, einer neuen militärischen Macht, einer deutschen Volksgemeinschaft, einer „erwachenden Nation Deutschland“ u. a.) wurde auch vom Bürgertum Lüneburgs die Demokratie zugunsten nationalistisch-faschistischer Politik zerschlagen. Der öffentliche Aufruf in den Lüneburgschen Anzeigen zum „Tag der erwachenden Nation“ (dem Tag der Reichstagswahlen am 5. März 1933) mit der Aufforderung, die NSDAP und ihre Helfer zu wählen („Auch in Lüneburg nimmt das nationale Deutschland die Macht endgültig in Besitz“) zeigt wie kein zweites Dokument die verschiedenen Abteilungen des Bürgertums in ihrem Drang zur faschistischen Lösung der Krise. Zu diesem Zeitpunkt wurde ihre Politik bereits in bestimmten Punkten realisiert:

2.2.1933: Demonstrationsverbot für die Opposition; 4.2.1933: Notverordnung Hindenburgs „Zum Schutz des deutschen Volkes": drastische Einschränkungen der Versammlungs-, Rede- und Pressefreiheit für die antifaschistische Opposition; 8.2.1933: Beschluss über die Vorrangigkeit der Bedürfnisse der Reichswehr vor denen für zivile Maßnahmen bei der Vergabe von öffentlichen Mitteln; 12.2.1933 Blutsonntag von Eisleben: 500 SA-Leute richten auf einer Versammlung der Roten Hilfe ein Blutbad an; 17.2.1933: „Schießerlass Görings": Bei Zusammenstößen dürfen die Staatsorgane mit der Schusswaffe gegen Antifaschisten/-innen vorgehen, ohne dass sie dafür zur Verantwortung gezogen werden; 24.2.1933 SA, SS und Stahlhelm werden "Hilfspolizei". Für sie gilt ebenfalls der Schießerlass Görings; 27.2.1933 Reichstagsbrand wird als Vorwand für eine Terrorwelle gegen Nazi- Gegner benutzt; 28.2.1933: Hindenburg erlässt die Notverordnung „Zum Schutz von Volk und Staat": Aufhebung der Grundrechte der Weimarer Verfassung, verschärfte Strafbestimmungen, Einführung der Schutzhaft.
Um auch die Zerschlagung der Gewerkschaftsbewegung zu realisieren, riefen Lüneburgs Handel und Industrie in einer LA-Anzeige am 9.3.1933 zur Wahl der Kampffront auf. Der Arbeitgeberverband stellte zu diesem Zweck für die fußlahmen Wähler/-innen die Logistik bereit.

Tag der erwachenden Nation!

4. März 1933

Die nationale Bewegung fordert auf zur Beteiligung an den Kundgebungen, die am Sonnabend als dem Vortag der Befreiung Deutschlands überall in deutschen Gauen veranstaltet werden. Ueberall werden die Freiheitsfeuer auf den Bergen lodern. Auch in Lüneburg nimmt das nationale Deutschland die Macht endgültig in Besitz!

Das neue Deutschland marschiert am Sonnabend durch Lüneburg

Antreten um 8 Uhr 30 am Schießgraben!

Einwohner Lüneburgs!

Niemand darf fehlen! Flaggen heraus!

Arbeitgeber, gebt Euren deutschen Brüdern in Euren Betrieben rechtzeitig frei, damit jeder Deutsche in Lüneburg an der Kundgebung teilnehmen kann!

Einig im Bekenntnis zur Nation:

NSDAP. Kampffront Schwarz-weiß-rot.

Arbeitgeberverband Lüneburg e. V., — Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband — Freiwillige Sanitätskolonne vom Roten Kreuz — Freiwilliges Schützenkorps — Hannoverscher Kriegerverein — Kreishandwerkerbund Lüneburg Kreiskriegerverband Lüneburg — Lüneburger Sportklub — Sportvereinigung Eintracht — Männerturnverein von 1848 — Treubund von 1848 — Verein ehem. 16er Dragoner — Verein Lüneburger Kaufleute.

Handel und Industrie wählt am Sonntag, dem 12. März

die Liste der alten und erprobten Bürgervorsteher, der alten Vorkämpfer für die Erhaltung der Privatwirtschaft

Liste 5

Kampffront Schwarz-weiß-rot.

Wagen

für kranke und gebrechliche Wähler der

Liste 5 (Kampffront Schwarz-weiß-rot)

stehen kostenlos zur Verfügung. Sie sind rechtzeitig möglichst sofort, unter Angabe der Wohnung und der Zeit im Büro des Arbeitgeberverbandes Lüneburg e. V., Gartenstraße 105, Fernsprecher Nr. 3479, anzufordern.

Innergewerkschaftlicher Klassenkampf

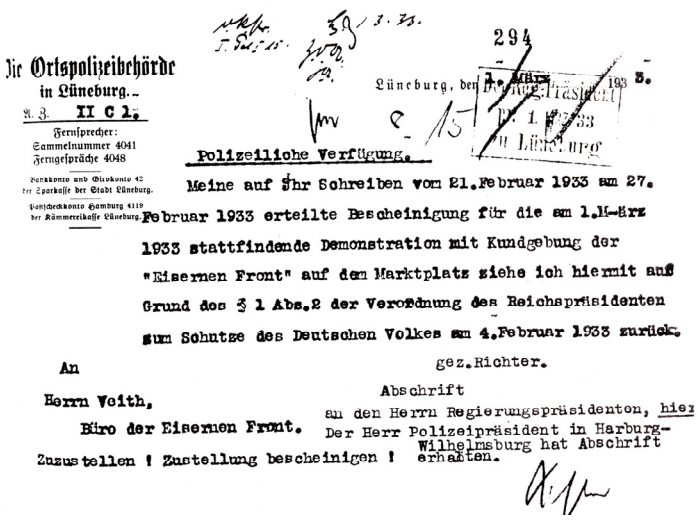
Wenngleich im kulturellen Bereich, bei den persönlichen Bekanntschaften und nachbarschaftlichen Kontakten die Beziehungen zwischen den Lüneburger Sozialdemokraten und Kommunisten recht eng waren, wurde doch der politische Trennungsstrich scharf gezogen – auch innerhalb der Gewerkschaft. Die organisatorische Bindung auch des örtlichen des ADGB an die SPD war derart stark, dass die KPD als Partei (im Unterschied zur persönlichen Einzelmitgliedschaft) keine Chance hatte, im Rahmen der Institutionen des ADGB als Ansprechpartner anerkannt zu werden. Insofern handelte es sich beim ADGB nicht um eine Einheitsgewerkschaft im Sinne einer gleichberechtigten Mitgliedschaft von Vertretern unterschiedlicher Parteien wie wir sie heute kennen, sondern um eine sozialdemokratische Richtungs-Gewerkschaftsorganisation, was auch bereits in der Besetzung der Büroräumlichkeiten des Volkshauses deutlich wird: Neben dem ADGB und den Einzelgewerkschaften waren hier die Geschäftsräume der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Bündnispartner zu finden, nicht aber jene der Kommunistischen Partei.

Diese enge Anbindung des ADGB an die SPD führte zum einen zu einer teilweisen Entpolitisierung der Gewerkschaft, weil von ihr die Sozialdemokratie als der politische Arm der organisierten Arbeiterbewegung definiert wurde und zum anderen zu einer Unterordnung der Gewerkschaftsbewegung unter die Ziele und die Politik der SPD. Die vollständige Identifikation der SPD und des ADGB mit den Institutionen der Weimarer Republik schuf eine Situation, in der auch die Politik dieser Institutionen legitimiert wurde und eine Gegenwehr rein rhetorischen Charakter annahm: Als beim Staatsstreich am 20. Juli 1932 die von der SPD dominierte geschäftsführende Regierung des Freistaates Preußen abgesetzt, durch einen Reichskommissar ersetzt wurde und die Reichsregierung die Regierungsmacht unter von Papen an sich zog, antwortete die SPD nicht mit zwingenden Massenaktionen, sondern lediglich mit juristischen Mitteln (die unwirksam blieben) im Glaube an eine Wahrhaftigkeit der Weimarer Institutionen.

Der Tätigkeitsbericht der Lüneburger SPD für das Jahr 1932 bemerkt dazu:

„*Die am* 20. *Juli unter der Regierung Papen vorgenommene verfassungswidrige Amtsenthebung der preußischen Regierung sowie die Aufhebung des SA- und SS- Verbotes und der damit einsetzende Terror brachten eine starke Unsicherheit in die Wählerschaft, die auch im Wahlergebnis ihren Ausdruck fand. ...Die Agitation war stark durch Notverordnungen gehemmt. Bis Mitte Januar war sogar das Tragen politischer Abzeichen verboten. Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel konnten nur wenig durchgeführt werden. Die Versammlungen bedurften selbst während der Wahlzeit polizeilicher Anmeldung und Genehmigung. Plakate und Flugblätter mussten der Behörde vorher zur Kenntnis gegeben werden. Zeitweilig war jede politische Tätigkeit durch den 'Burgfrieden' untersagt. Im Kreis Lüneburg vergrößerten sich die Lokalschwierigkeiten hauptsächlich durch den Terror des 'Stahlhelms'. In wichtigen Orten konnten keine Versammlungen abgehalten werden. Trotz aller Schwierigkeiten kann auch in diesem Jahre festgestellt werden, dass wir nirgends mit den Gesetzen in Konflikt geraten sind.*"

Das Festhalten am Legalitätsprinzip war selbst jetzt noch ungebrochen (der Bericht wurde Anfang 1933 geschrieben), als die Gegenseite schon längst die Legalität verlassen hatte. Die Orientierung auch des Lüneburger Ortsvereins auf die nächsten Reichstagswahlen, die - so die Hoffnung - Hitler den Niedergang bereiten würden, blendete aus, dass bereits im Vorfeld dieser Wahlen den Arbeiterparteien keine Freiheiten mehr gegeben und die Kommunisten bereits verfolgt wurden. Nur wenige Wochen später wurde das Erscheinen der Lüneburger SPD-Zeitung „Volksblatt für Lüneburg und Umgegend“ und eine Demonstration der „Eisernen Front“ verboten.


Die Ortspolizeibehörde
in Lüneburg.
II C 1.
Fernsprecher:
Sammelnummer 4041
Fernsprüche 4048
Bankkonto und Giokonto 42 der Sparkasse der Stadt Lüneburg.
Postscheckkonto Hamburg 4119 der Kämmereikasse Lüneburg.

294

Lüneburg, den 1. März 1933.

Polizeiliche Verfügung.

Meine auf Ihr Schreiben vom 21. Februar 1933 am 27. Februar 1933 erteilte Bescheinigung für die am 1. März 1933 stattfindende Demonstration mit Kundgebung der "Eisernen Front" auf dem Marktplatz ziehe ich hiermit auf Grund des § 1 Abs. 2 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des Deutschen Volkes am 4. Februar 1933 zurück.

gez. Richter.

An
Herrn Veith,
Büro der Eisernen Front.
Zuzustellen ! Zustellung bescheinigen !

Abschrift
an den Herrn Regierungspräsidenten, hier
Der Herr Polizeipräsident in Harburg-Wilhelmsburg hat Abschrift erhalten.

Heino Grabow 1983

Dennoch schätzten die Sozialdemokraten die reale faschistische Gefahr als lediglich vorübergehende Erscheinung ein: „Adolf Hitler wird sich schon bald totlaufen. Das kann nicht lange dauern," sagt in der Schröderstraße SPD-Sekretär Karl Marquardt zu seinem Genossen Grabow von der Holzarbeitergewerkschaft."(LZ v. 29.1.1983)

Franz Holländer

Im Unterschied zur Sozialdemokratie identifizierten sich die Kommunisten nicht mit der Weimarer Republik. Für sie war der Weimarer Staat im Unterschied zum Kaiserreich ein zwar mit bürgerlichen Rechten versehener, aber immer noch kapitalistischer Staat. Sie wollten die Entmachtung des Kapitals, den Sozialismus.

Die feindliche Haltung der Kommunisten gegenüber den Sozialdemokraten resultierte aus dieser wesentlichen politischen Differenz.

Oft haben die Kommunisten zu spüren bekommen, wie dieser Weimarer Staat in der Grundlage beschaffen war, sei es bei der Produktion der Arbeitslosen, der zunehmenden Verelendung eines großen Teils der arbeitenden - und arbeitslosen - Bevölkerung oder sei es durch die direkte Konfrontation im Berliner Wedding oder anlässlich des " Altonaer Blutsonntages ". Auch die Lüneburger Kommunisten mussten die Erfahrung mit diesem Staatsapparat machen.

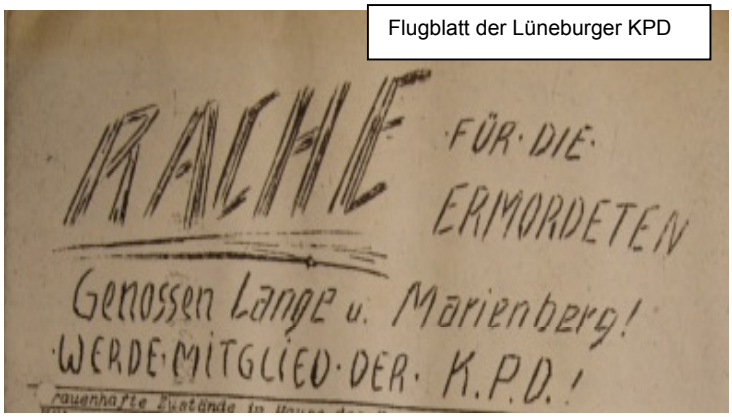
Franz Holländer berichtete:

„1930/31war es, da waren wir mit einer Reihe von Genossen zu einer Parteiversammlung in Lauenburg. Auf der Rückfahrt mit dem Lastwagen sind wir aus Richtung Scharnebeck/ Erbstorf um ca. 22 Uhr kurz vor Lüneburg von der Polizei angehalten worden. Es war bei der Bahn auf der Erbstorfer Landstraße. Die Polizei hat den Wagen durch Schießerei angehalten. Wir hatten zwar auch Waffen dabei (für alle Fälle und für unseren Saalschutz), aber die hatte der Genosse Pfeiffer in der Aktentasche, und der ist mitsamt der Tasche gleich in die Ilmenau geflohen. Außerdem hätten wir nichts ausrichten können.

Bei dieser Schießerei der Polizei - sie schossen ohne Aufruf - sind mehrere unserer Leute angeschossen worden. Emil Lange starb an Ort und Stelle; Albert Marienberg wurde so schwer angeschossen, dass er einige Wochen später im Krankenhaus starb.

Ich war auch dabei. Ich bin aber zum Glück - wie andere auch - im Tumult hintenherum der Polizei entwischt. Albert Marienberg haben wir dann in einer Beerdigungsdemonstration zu Grabe getragen."

Diese und andere Erfahrungen mit der Staatsmacht, deren Handlungen von der SPD legitimiert wurden (das Volksblatt stellte sich auf die Seite „ihrer Polizei“) führte bei den Kommunisten zu der fatalen und selbstisolierenden Formel von der SPD als den „Sozialfaschisten“, die einen Kampf gegen die SPD-Führung aggressiv begründete und ein Bündnis dieser Parteien unmöglich machte.



Flugblatt der Lüneburger KPD

Der Kampf gegen den Faschismus wurde isoliert geführt von der SPD und dem ADGB mit legalen Mitteln, die kaum mehr angewandt werden konnten und insgesamt unwirksam waren, von den Kommunisten mit Mitteln des „zivilen Widerstands“, was sie regelmäßig mit der Ordnungspolizei in Berührung brachte und weshalb sie von den Gerichten „nach Recht und Ordnung“ als „Widerstands gegen die Staatsgewalt“ oder „Einschränkung der Rechte Dritter“, nämlich der Nazis, abgestraft wurden.

Dabei versuchten die Lüneburger Kommunisten sehr phantasievoll die scharfen Strafrechtsbestimmungen zu unterlaufen, wie auf dem nebenstehenden Foto von Ende 1932 zu erkennen ist: Selbst in der Zeit, als öffentliche Aufrufe der KPD genehmigt werden mussten, konnte der Slogan „Arbeiter werden ermordet – Die Nazis sind bis an die Zähne bewaffnet – Setzt euch zur Wehr!“ als Transparentaufschrift von der Lüneburger Ordnungspolizei nicht untersagt werden. Geschickt entwarf der Lüneburger Kunstmaler Otto Brix deshalb drei Transparente und hob darauf durch Groß- und Fettdruck bestimmte Begriffe hervor. Als sich die Kommunisten nach der Demonstration zur Kundgebung mit diesen Transparenten nebeneinander stellten, kam der gewünschte und verbotene Slogan zum Vorschein „ARBEITER BEWAFFNET EUCH“.

Dem gemeinsamen Block von Rechtskonservativen und Nazis stand die gespaltene Arbeiterbewegung gegenüber. Lediglich in wenigen Aktionen fanden die Arbeiter in Lüneburg zusammen in einer „proletarischen Einheitsfront gegen Nazistrolche“, worüber die verbotene und illegal herausgebrachte Zeitung der KPD, die „Norddeutsche Zeitung“ im März 1931 in ihrer Diktion berichtete:

Von S.P.D. Schönfelder Verboten.

3. Verbots Ausg.

Norddeutsche Zeitung

Organ der K.P.D

ERSCHEINT TROTZ VERBOT - „NUN ERST RECHT.

Proletarische Einheitsfront.

gegen Nazistrolche, Reichsbannerjugend und Kampfbundjugend kämpfen gemeinsam.

Am Dienstag, den 24. d. Mts. war eine Naziversammlung im "Tivoli". Wenn wir hier im "romantischen" Lüneburg auch bislang sehr wenig von der braunen Pest merkten, so stand dem doch entgegen der Nazimord in vielen anderen Orten. Klassensolidarität beherrschte die Strasse.

Schon am frühen Abend vollbrachten Jugendgenossen des Reichsbanners ein schönes Husarenstückchen. 2 Kameraden des "Jungba" entrissen dem Nazifahnenträger die seidene Fahne des Gaues "Nordhannover" (nicht die Lüneburger, wie die Käseblätter schrieben). Die alarmierte Polizei konnte nur die Fahnenstange wieder "erobern".

Etwas später marschierte die Reichsbannerjugend geschlossen zum "Tivoli". Die K.J. und die Jungstaffel des Kampfbundes gegen den Faschismus rückten geschlossen an. Beim "Tivoli" fand dann eine regelrechte Verbrüderung statt. Es nützte nichts, dass ein Reichsbanner-Schufo-Bonze die Jugend zurückziehen wollte. Willig fügten sich die Reichsbannerjugend den Anordnungen der Kampfbundleitung und der Leitung des "verbotenen" R.F.B.

Die gesamte Tag- und Nachtpolizei schützte die Nazis vor wohlverdienten Prügeln. Das "Tivoli" wurde von der gemeinsamen Front der empörten Jungarbeiter umstellt. Erst der Uebermacht der Polizei gelang es, die Jungarbeiter zum Rückzug zu zwingen. Ein Reichsbannerkamerad erhielt eine Säbelverletzung am Kopf.

Der zum Säubern des Schützenplatzes bestimmte Flitzer musste schleunigst das Weite suchen. Ein Steinhagel regnet auf die Severingpolizei herab. Der Polizeifahrer wurde an der Schulter verletzt. Die Polizei schoss scharf, doch keiner wich zurück.

Erst als weitere 2 Flitzer in Sicht kamen, muss von uns der Platz geräumt werden.

18 Polizeibeamte suchen mit Karabiner bewaffnet das Gelände ab, ohne jemand zu finden.

Die Nazi S.A. verdrückt sich auf dem Umwege über den Blümchensaal-Wilschenbrook.

Recht so, Kameraden vom Reichsbanner. Besinnt Euch auf Euer Klassenbewusstsein. Nicht die Severing, Hörsing usw. sind eure Kameraden sondern die Kameraden der roten Front.

Zieht Eure Konsequenz aus dem Verhalten der arbeiterfeindlichen Reichsbannerleitung.

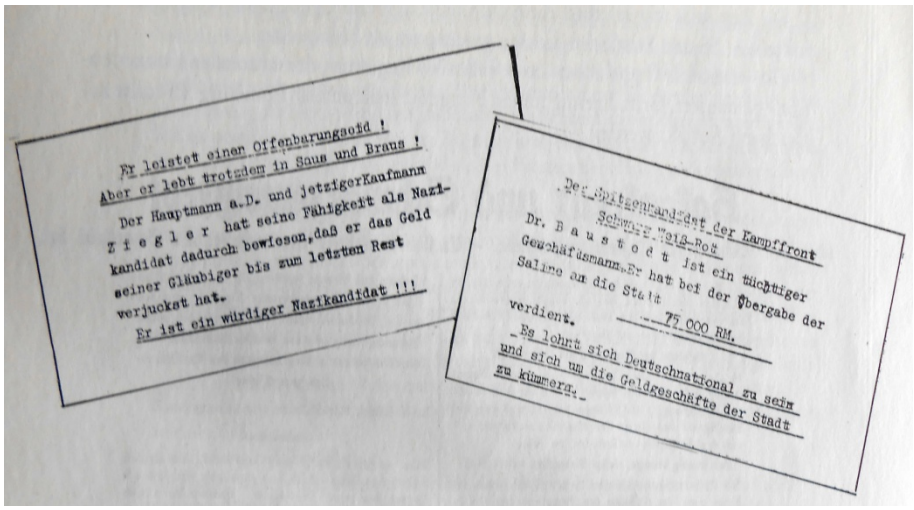
Schluss mit den Arbeitermördern des 1. Mai 1929 in Berlin.

Schluss mit H ö r s i n g, dem Henker der Januartage 1919 und des Mitteldeutschen Aufstandes.

Hinein in den Kampfbund gegen den Faschismus, der antifaschistischen Einheitsfront.

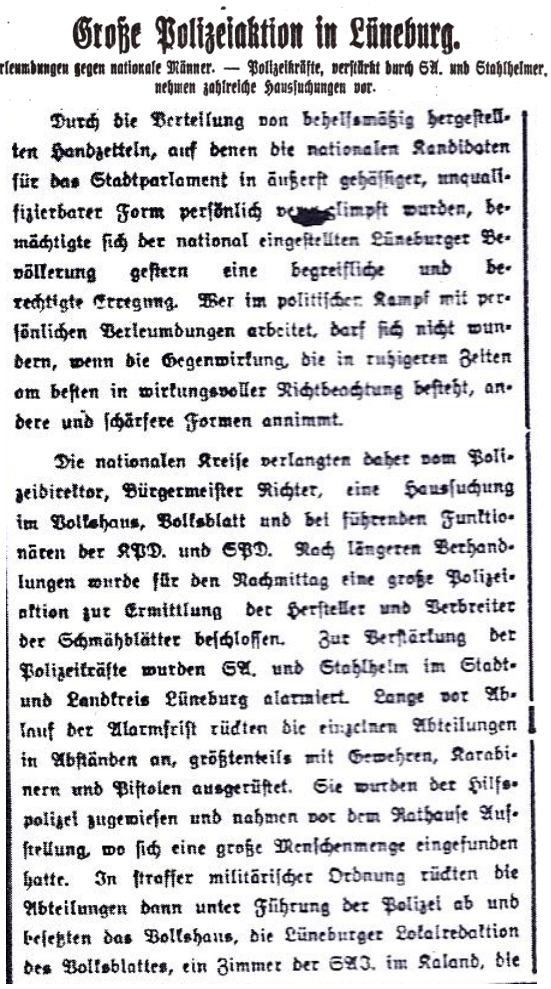
Angriffe auf das Volkshaus im März/April 1933

Unmittelbar vor der Gemeinderatswahl startete die SPD eine Aktion, in der sie die Kandidaten der rechtsbürgerlichen Parteien bloßstellte. Sie wies dabei besonders auf die wirtschaftlichen Vorteile hin, die vor allem verschiedene Stahlhelm- und DNVP-Kandidaten sich durch ihre politische Einflussnahme in der Vergangenheit verschaffthatten.Von einem Genossen aus dem Rathaus erhielt SPD-Geschäftsführer Karl Markwardt bestimmte Hintergrundinformationen über diese Kandidaten. Markwardt besprach die Aktion mit dem


Er leistet einer Offenbarungseid !
Aber er lebt trotzdem in Saus und Braus !
Der Hauptmann a.D. und jetzigerKaufmann
Z i e g l e r hat seine Fähigkeit als Nazi-
kandidat dadurch bewiesen,daß er das Geld
seiner Gläubiger bis zum letzten Rest
verjuckst hat.
Er ist ein würdiger Nazikandidat !!!

Der Spitzenkandidat der Kampffront
Schwarz-Weiß-Rot
Dr. B a u s t e d t ist ein tüchtiger
Geschäftsmann.Er hat bei der Übergabe der
Saline an die Stadt
verdient. 75 000 RM.
Es lohnt sich Deutschnational zu sein
und sich um die Geldgeschäfte der Stadt
zu kümmern.

Kreisvorsitzenden Kloodt.: „Da Genosse Sindt, Bleckede, gerade eine neue Schreibmaschine bekommen hatte, schlug ich vor, dort die Handzettel-Matrizen zu schreiben und bei uns im Büro die Abzüge zu machen.“ Die Schreibmaschine sollte anschließend sofort wieder an die Lieferfirma zurück gehen, damit die Herstellung der Flugblätter von der Polizei nicht identifiziert werden konnte. Hans Kloodt fuhr mit dem Fahrrad nach Bleckede und beschrieb die Wachsbögen. Etwa 2000 Abzüge wurden anschließend im SPD-Parteibüro in Lüneburg angefertigt, „die in der Nacht von 15 Reichsbannerkameraden in Hausbriefkästen, Wirtschaften auf Schulhöfen usw. verteilt wurden. Am anderen Morgen war der Inhalt unserer Angriffe Stadtgespräch.“


Große Polizeiaktion in Lüneburg.

Verleumdungen gegen nationale Männer. — Polizeikräfte, verstärkt durch SA. und Stahlhelmer, nehmen zahlreiche Haussuchungen vor.

Durch die Verteilung von behelfsmäßig hergestellten Handzetteln, auf denen die nationalen Kandidaten für das Stadtparlament in äußerst gehässiger, unqualifizierbarer Form persönlich verunglimpft wurden, bemächtigte sich der national eingestellten Lüneburger Bevölkerung gestern eine begreifliche und berechtigte Erregung. Wer im politischen Kampf mit persönlichen Verleumdungen arbeitet, darf sich nicht wundern, wenn die Gegenwirkung, die in ruhigeren Zeiten am besten in wirkungsvoller Nichtbeachtung besteht, andere und schärfere Formen annimmt.

Die nationalen Kreise verlangten daher vom Polizeidirektor, Bürgermeister Richter, eine Haussuchung im Volkshaus, Volksblatt und bei führenden Funktionären der KPD. und SPD. Nach längeren Verhandlungen wurde für den Nachmittag eine große Polizeiaktion zur Ermittlung der Hersteller und Verbreiter der Schmähblätter beschlossen. Zur Verstärkung der Polizeikräfte wurden SA. und Stahlhelm im Stadt- und Landkreis Lüneburg alarmiert. Lange vor Ablauf der Alarmfrist rückten die einzelnen Abteilungen in Abständen an, größtenteils mit Gewehren, Karabinern und Pistolen ausgerüstet. Sie wurden der Hilfspolizei zugewiesen und nahmen vor dem Rathause Aufstellung, wo sich eine große Menschenmenge eingefunden hatte. In straffer militärischer Ordnung rückten die Abteilungen dann unter Führung der Polizei ab und besetzten das Volkshaus, die Lüneburger Lokalredaktion des Volksblattes, ein Zimmer der SAJ. im Kaland, die Filialen des Konsumvereins und die Wohnungen von Funktionären.

Die angrenzenden Straßen wurden durch Postenketten abgeriegelt und jeglicher Verkehr gesperrt. Die Fenster der benachbarten Häuser mußten geschlossen werden.

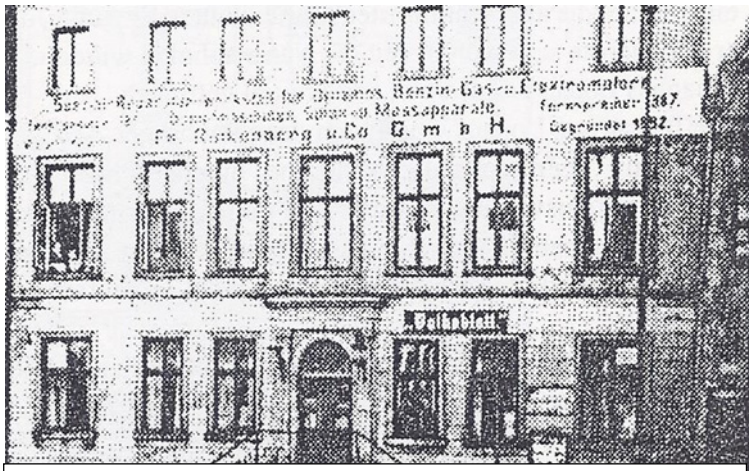
Wie sehr bereits zu diesem Zeitpunkt die „nationalen Kreise“ (NSDAP, Stahlhelm und DNVP) ihren politischen Einfluss geltend machen konnten, geht aus einem Bericht der LA vom 11.3.1933 hervor (s. Artikel links).

Die Sturmabteilungen der Lüneburger "nationalen Verbände" besetzten und durchsuchten am 10. und 11. März 1933 nun alles, was sich ihnen aus den Reihen der Arbeiterorganisationen anbot: das Volkshaus, die Lüneburger Lokalredaktion, Vertriebs- und Geschäftsstelle des Volksblattes, die Räumlichkeiten der sozialistischen Arbeiterjugend, der kommunistischen Jugend Deutschlands (KJVD), die Filialen des Konsumvereins " Einheit " und die Wohnungen von SPD- und KPD- Mitgliedern.

Das Volkshaus war eines der ersten Ziele dieser Aktion. Immerhin galt es doch für die Nazis und ihre bürgerlichen Bündnispartner, die Interessens-organisation der Arbeiter, ihrer Hauptgegner, entscheidend zu schwächen und ihren demokratischen Widerstand zu brechen.

Die Lokalredaktion des Lüneburger Volksblattes in der Neuen Sülze war den Nazis schon deshalb ein Dorn im Auge, weil das Volksblatt zu jenem Zeitpunkt das letzte regelmäßig erscheinende legale oppositionelle Blatt in Lüneburg war. Zwar wurden schon ab Anfang Februar dort

mehrfach Durchsuchungen der Geschäftsräume vorgenommen, aber nie in einem solchen Umfang. Am 27. März 1933 wurde auch das Volksblatt verboten.



Redaktion des Volksblattes Am Sande 18, ab ca. 1929 Neue Sülze 32

Frau Käthe Krüger berichtet über diese Aktion der Nazis und ihres politischen Anhangs vom 10. März:

"Mein Vater, Johannes Lopau, war Lüneburger Lokalredakteur des Lüneburger Volksblattes, Stadtrat, SPD-Mitglied, Vorsitzender der Maurergewerkschaft und früher schon – 1918/19- Mitglied des Lüneburger Arbeiter- und Soldatenrates. Die Redaktion des Volksblattes war in der Neuen Sülze. Dort war auch die Wohnung meines Vaters.
… Ich wohnte zwar nicht mehr bei meinen Eltern, aber ich war oft in der Redaktion meines Vaters. Ich war nämlich politisch aktiv in der Arbeiterwohlfahrt und der SPD. Ich hatte deshalb auch viel in den Redaktionsräumen zu tun.

Die größte Hausdurchsuchung wurde bei uns dann am 10. März von Polizeimeister Mußgiller, SA und Stahlhelm durchgeführt. Um mögliche Zeugen auszuschalten, wurde von diesen Leuten der gesamte Straßenkomplex Waagestraße - Katzenstraße - Neue Sülze - An der Münze abgesperrt. Da kam dann keiner mehr rein. So konnte niemand zuschauen und sehen, was bei uns hier passierte.
Gegen die Durchsuchung unserer Räume konnten wir überhaupt nichts tun. Schon deshalb nicht, weil auch die SA-Leute ja alle stark bewaffnet waren…
Es wurden nun sozialistische Bücher und Broschüren und so was beschlagnahmt. .. Sie interessierten sich natürlich auch besonders für Anschriftenkarteien und Korrespondenzen und nahmen diese Sachen mit; sowohl aus den Geschäftsräumen als auch die Privatpost aus der Wohnung meiner Eltern, die gleich hinter den Redaktionsräumen lag. Die Wohnung hatten die Leute nämlich gleich mit untersucht.
Diese Karteien hatten für die Nazis natürlich eine große Bedeutung, denn so sind sie an die Anschriften fast aller Lüneburger SPD-Mitglieder und Sympathisanten gekommen und wussten nun genau, wen sie auf ihre schwarzen Listen eintragen mussten und gegen wen sie wegen SPD-Mitgliedschaft vorgehen konnten."

Herr Karl Diedrich schildert den Vorgang, wie er ihn seinerzeit miterlebt hat:
"Ich war damals 14 Jahre alt und besuchte die Abgangsklasse der Heiligengeistschule .. Mein Großvater hatte damals eine kleine Schuhmacherei in der Kuhstraße und ich musste oft in meiner Freizeit die … reparierten Schuhe austragen. Damals war es noch so, dass den Herrschaften die reparierten Schuhe ins Haus oder ins Büro gebracht wurden.
Ich erinnere mich daran, dass ich eines Tages, am Nachmittag, von meinem Großvater den Auftrag bekam, dem Postrat Pressentin die Schuhe auf die Post zu bringen. Das Postamt war damals noch Auf dem Meere, Ecke Neue Sülze.

Ich zog also los Richtung Schröderstraße und wollte in die Katzenstraße, aber ich kam nicht durch - überall Polizeisperren. Ich versuchte es dann über die Münze und Waagestraße, aber auch dort war alles abgesperrt. Ich kam nicht bis zur Post durch und musste dann umkehren. Ich wusste nicht, was da nun los war. Man sprach wohl mal darüber, dass es Hausdurchsuchungen gab wegen verbotener Literatur. Aber was nun in diesen Gebäuden vor sich ging, wusste ich nicht.

Große Polizeiaktion in Lüneburg.

Verleumdungen gegen nationale Männer. — Polizeikräfte, verstärkt durch SA. und Stahlhelmer, nehmen zahlreiche Haussuchungen vor.

Die zuständige amtliche Stelle gibt über die Aktion folgenden kurzen Bericht aus:

„Am Freitag mittag wurden kleine Wahlzettel mit schmutzigen persönlichen Verleumdungen einer großen Zahl von Angehörigen der Rechtsparteien verteilt. Da die Verteiler außerordentlich geschickt vorgingen und die Zettel nur durch Türritzen schoben oder an Kinder gaben, war es leider nicht möglich, bei der Verteilung jemand abzufassen. Es handelt sich um derart gemeine Anwürfe, daß die in den national gesinnten Kreisen der Stadt darüber ausgelöste Erregung durchaus verständlich war. Am Nachmittag fanden von der Polizei mit Unterstützung einer erheblich verstärkten Hilfspolizei zahlreiche Durchsuchungen statt. Ueber das Ergebnis kann noch nichts mitgeteilt werden. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen. Weitere Durchsuchungen finden noch statt."

In der Schule haben wir noch tagelang darüber gesprochen und Vermutungen geäußert. Irgendwie schien das alles sehr gefährlich zu sein. Man ließ lieber die Finger davon, als zu protestieren oder was zu unternehmen.

Nach dieser großen Nazi-Aktion u. a. gegen das Volksblatt wurde die Redaktion geschlossen. Es war nun nicht mehr möglich - ohne Verhaftungen und Gefahren für das eigene Leben zu riskieren -, ein oppositionelles Blatt herauszugeben, zumal durch die Reichsverordnungen eine wahrheitsgemäße Berichterstattung schon längst nicht mehr möglich war.
Der Konsumverein „Eintracht" mit seinen Filialen war ebenfalls Ziel der Nazi-Aktion, waren doch die Konsumvereine eng verbunden mit der Lüneburger Arbeiterbewegung. Hausdurchsuchungen wurden deshalb in der Geschäftsstelle des Konsums, In der Rübekuhle 7, durchgeführt (Geschäftsführer war das SPD- Mitglied Sander) als auch in den Filialen Auf dem Meere, in der Grapengießerstraße (Seiteneingang IHK) und in der Vereinsbäckerei In der Rübekuhle.

Auch bei der Jagd auf einzelne Funktionäre der Lüneburger Arbeiterorganisationen wurden z.T. ganze Straßenzüge von der Polizei abgeriegelt. In der Altstadt, der traditionellen „roten Hochburg" wurde z.B. in den Straßen Auf dem Meere und Auf der Altstadt Haus für Haus durchsucht. Auch in der Ritterstraße, wo eine ganze Reihe von KPD- Mitgliedern wohnte, wurde ähnlich vorgegangen.

SPD-Geschäftsführer Karl Markwardt, der an diesem Tage zunächst außerhalb zu tun hatte, erinnert sich:
„Kaum war ich wieder zu Hause, als
aus den umliegenden Gemeinden die SA, der Stahlhelm und sonstige Nazifreunde zu Fuß und mit Wagen und Autos einzogen und das Volkshaus besetzten. Sie waren fast alle bewaffnet mit Jagd- oder anderenGewehren. Am Abend machten sie mit viel Lärm noch einen Umzug durch die Stadt; am nächsten Morgen war das
Volkshaus wieder frei.“

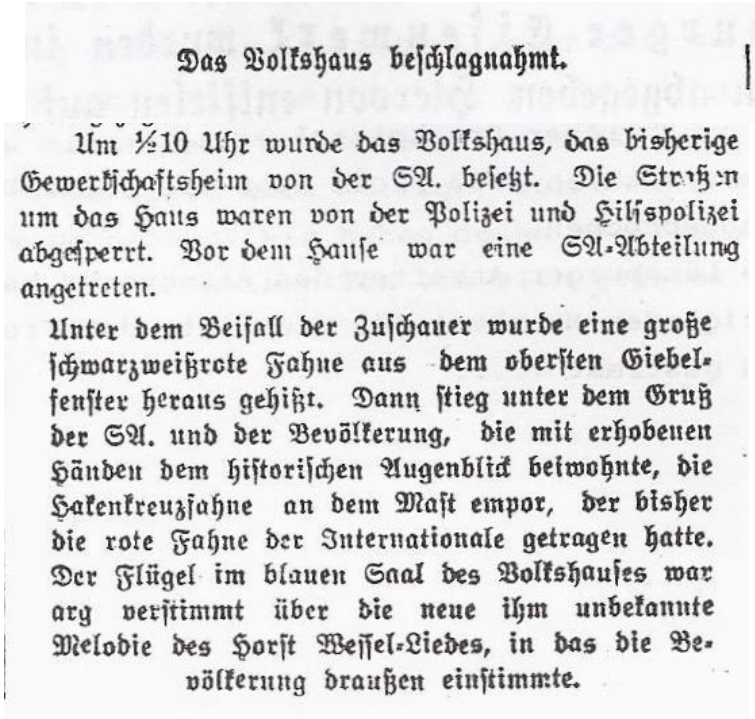
Am 13. März, einen Tag nach der Reichstagswahl, machten die „Lüneburgischen Anzeigen“ das Ergebnis dieser Großrazzia bekannt:

"Leider ist es noch nicht gelungen, Verfasser und Verbreiter der Schmähschriften festzustellen. Verbotene Gegenstände wurden außer einigen Gummiknüppeln nicht aufgefunden."
Nach den Reichstags- und Kommunalwahlen am 5. und 12. März 1933 gingen die Nazis und Rechtskonservativen dazu über, soziale Einrichtungen der Werktätigen (Genossenschaften, Sozialversicherungen, etc.) auf

Auf Veranlassung des Reichskommissars Einicke-Hannover, der für die Orts- und Landkrankenkassen, sowie die Arbeitslosen eingesetzt ist, fand heute früh eine Kontrolle der Allgemeinen Ortskrankenkasse für die Stadt Lüneburg statt. Als vorläufiger Kommissar für die Krankenkasse wurde der Nationalsozialist Ludwig Schale vom Reichskommissar eingesetzt. Der Geschäftsführer Hesse, der Kassierer Behrens, der Buchhalter Claßen und der Vollziehungsbeamte Sommer wurden wegen Verdunkelungsgefahr in Schutzhaft genommen.

Bei der sofort erfolgten Kassenrevision wurde nach vorläufiger Feststellung ein Fehlbetrag festgestellt.

Bei den in Schutzhaft genommenen Personen wurde eine Haussuchung durchgeführt. Zu der Aktion war SA.- und Stahlhelmhilfspolizei in größerem Aufgebot herangezogen worden.



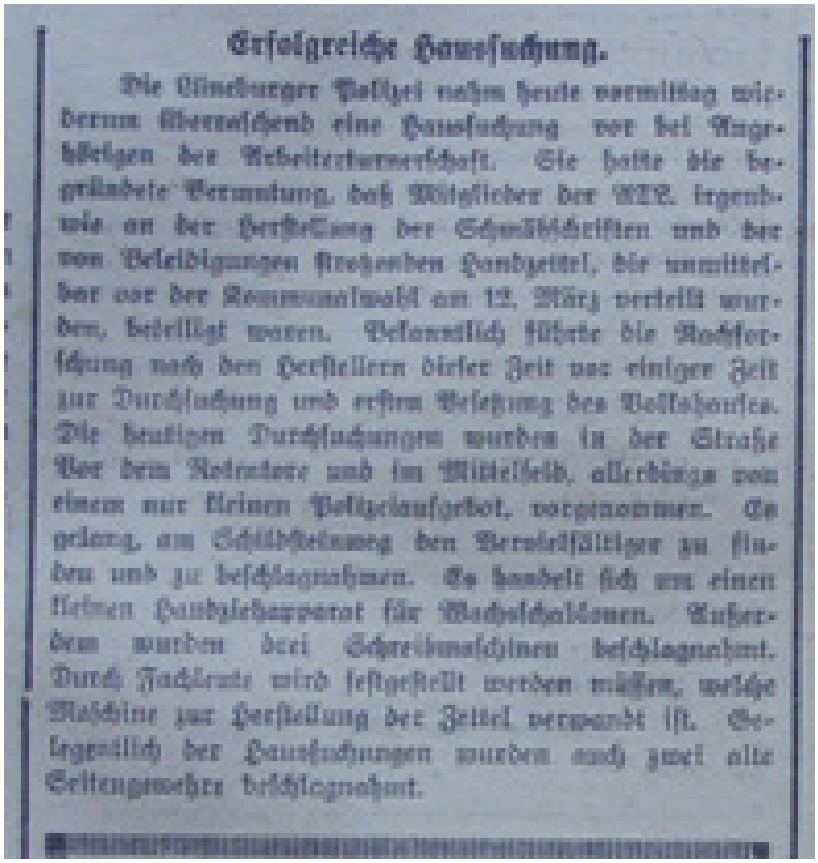
Das Volkshaus beschlagnahmt.

Um ½10 Uhr wurde das Volkshaus, das bisherige Gewerkschaftsheim von der SA. besetzt. Die Straßen um das Haus waren von der Polizei und Hilfspolizei abgesperrt. Vor dem Hause war eine SA-Abteilung angetreten.

Unter dem Beifall der Zuschauer wurde eine große schwarzweißrote Fahne aus dem obersten Giebelfenster heraus gehißt. Dann stieg unter dem Gruß der SA. und der Bevölkerung, die mit erhobenen Händen dem historischen Augenblick beiwohnte, die Hakenkreuzfahne an dem Mast empor, der bisher die rote Fahne der Internationale getragen hatte. Der Flügel im blauen Saal des Volkshauses war arg verstimmt über die neue ihm unbekannte Melodie des Horst Wessel-Liedes, in das die Bevölkerung draußen einstimmte.

örtlicher Ebene zu zerschlagen. Überwiegend wurden diese von Gewerkschaftlern und Sozialdemokraten geführt. Die Lüneburger Allgemeine Ortskrankenkasse (AOK) in der Katzenstraße wurde deshalb am 24. April von der Polizei sowie von der SA und von Stahlhelmern als Hilfspolizisten „in größerem Aufgebot“ besetzt und die leitenden Angestellten verhaftet und „wegen Verdunkelungsgefahr“ in Schutzhaft genommen, neben den im LA-Artikel (rechte Spalte) genannten Personen auch das AOK-Vorstandsmitglied Ernst Schwartz (Buchdruckermeister). Während die AOK-Mitarbeiter Wilhelm Behrens, Ernst Schwartz und Friedrich Clasen das Gefängnis am Abend des 24. April wieder verlassen konnten, blieben Heinrich Hesse und Friedrich Sommer einen weiteren Tag im Gefängnis eingesperrt. Sie mussten schließlich freigelassen werden, weil ihnen, entgegen der Mitteilung der LA, kein Fehlverhalten vorgeworfen werden konnte.

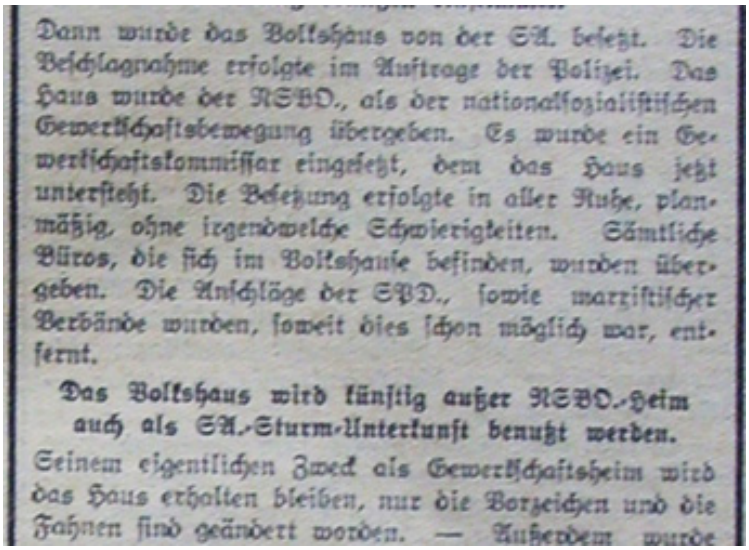
Sofort im Anschluss an diese Razzia bei der AOK und die Verhaftungen von Mitarbeitern wurde gegen 9.30 Uhr das Volkshaus von der SA besetzt und beschlagnahmt. Polizei und deren Hilfskräfte sperrten auch hier die Umgebung des Volkshauses weiträumig ab, und sie überließen es der SA, das Gewerkschaftshaus unter ihre Kontrolle zu bringen. Wie die LA berichtete, wurde das Haus von der NSBO übernommen und ein NS-Gewerkschaftskommissar eingesetzt, dem das Volkshaus von nun an unterstand. Sämtliche Büros des Gewerkschaftshauses wurden überprüft, Plakate der SPD und Gewerkschaften von den Wänden gerissen. Zwar hatten die gewerkschaftlichen Büro-Mitarbeiter noch die Möglichkeit, ihre Arbeitsstätten zu besuchen, aber sie mussten sich von der SA kontrollieren lassen. Scheinbar wurde im Eingangsbereich des Volkshauses von den „nationalen Kräften“ eine Art Wache mit Materiallager eingerichtet: Die LA berichteten, dass „Lüneburger Patrioten vom Landvolk“ von der Bezirksregierung verlangten, dass die angebrachten Bilder des ehemaligen Reichspräsidenten Friedrich Ebert im Sitzungssaal der Regierung entfernt werden sollten. Diese wurden, der „neuen Zeit entsprechend“, durch die Anbringung von Portrait-Fotos des Reichskanzlers Adolf Hitler ausgetauscht, die nunmehr „den würdigen Schmuck des Raume



Erfolgreiche Haussuchung.

Die Lüneburger Polizei nahm heute vormittag wiederum überraschend eine Haussuchung vor bei Angehörigen der Arbeitersportverschaft. Sie hatte die begründete Vermutung, daß Mitglieder der KPD. irgendwie an der Herstellung der Schmähschriften und der von Beleidigungen strotzenden Handzettel, die unmittelbar vor der Kommunalwahl am 12. März verteilt wurden, beteiligt waren. Bekanntlich führte die Nachforschung nach den Herstellern dieser Zeit vor einiger Zeit zur Durchsuchung und erneuten Besetzung des Volkshauses. Die heutigen Durchsuchungen wurden in der Straße Vor dem Neutore und im Mittelfeld, allerdings von einem nur kleinen Polizeiaufgebot, vorgenommen. Es gelang, am Schildsteinweg den Vervielfältiger zu finden und zu beschlagnahmen. Es handelt sich um einen kleinen Handabzugsapparat für Wachsschablonen. Außerdem wurden drei Schreibmaschinen beschlagnahmt. Durch Fachleute wird festgestellt werden müssen, welche Maschine zur Herstellung der Zettel verwandt ist. Gelegentlich der Haussuchungen wurden auch zwei alte Seitengewehre beschlagnahmt.

bilden.“ Die Landvolk-Abordnung „erwarb … bei der SA-Wache im Volkshauses (dieses) Hitlerbild.“


Dann wurde das Volkshaus von der SA. besetzt. Die Beschlagnahme erfolgte im Auftrage der Polizei. Das Haus wurde der NSBO., als der nationalsozialistischen Gewerkschaftsbewegung übergeben. Es wurde ein Gewerkschaftskommissar eingesetzt, dem das Haus jetzt untersteht. Die Besetzung erfolgte in aller Ruhe, planmäßig, ohne irgendwelche Schwierigkeiten. Sämtliche Büros, die sich im Volkshause befinden, wurden übergeben. Die Anschläge der SPD., sowie marxistischer Verbände wurden, soweit dies schon möglich war, entfernt.

Das Volkshaus wird künftig außer NSBO.-Heim auch als SA.-Sturm-Unterkunft benutzt werden.

Seinem eigentlichen Zweck als Gewerkschaftsheim wird das Haus erhalten bleiben, nur die Vorzeichen und die Fahnen sind geändert worden. — Außerdem wurde

Am Nachmittag desselben Tages holten die Nazis bei ihrer Jagd auf die Nazi-Opposition aus dem Bereich der Gewerkschaft mit ihren bürgerlichen Hilfstruppen zu einem weiteren Schlag aus: Sie ließen das gesamte Mittelfeld zwischen den Straßen Auf der Höhe und dem Oedemer Weg absperren (Ernst-Braune-Siedlung), um dort Haus für Haus Wohnungsdurchsuchungen vorzunehmen. Es handelte sich um eine Wohngegend, in der überwiegend sozialdemokratische Gewerkschaftler ihre Wohnungen hatten. Die LA teilte mit: „Es wurden im gesamten Viertel sehr intensive Haussuchungen vorgenommen.“

Im Zuge dieser Massenrazzien wurden zwei weitere Lüneburger Gewerkschaftler festgenommen: der Führer des sozialdemokratisch orientierten „Reichsbanners schwarz-rot-gold“ (der Reichsbanner hatte seinen Sitz im Volkshaus) Gustav Voß und ebenfalls der langjährige SPD-ler Hermann Alexander. Beide blieben bis nach der endgültigen Zerschlagung des ADGB, bis zum 3. Mai, im Lüneburger Gerichtsgefängnis eingesperrt. Beschlagnahmt wurden bei dieser Razzia lediglich einige kommunistische und sozialdemokratische Druckschriften älteren Datums (die SPD war zu jener Zeit noch nicht verboten) und fünf Pistolen. Für diese Waffen konnten zwar jeweils die entsprechenden Waffenscheine vorgewiesen werden, jedoch wurde deren Gültigkeit kurzerhand von den Nazis aberkannt und „zurückgezogen, da für die Besitzer kein Bedürfnis zur Waffenführung mehr anerkannt werden kann.“ (LA)

Beschlagnahmt wurden hingegen alle aufgefundenen Fahnen der Republik mit ihren Farben schwarz-rot-gold. Diese Symbolik der parlamentarischen Demokratie, die das Lüneburger rechtsorientierte Bürgertum seit jeher bekämpft hatte, wurde nun ebenso verfolgt wie ihre Protagonisten: Während die Nazis mit ihren Hilfstruppen die großflächige Razzia im Viertel durchführten, beauftragte Wilhelm Alexander seinen Sohn, die „Fahne der Republik“ hervorzuholen und sie ostentativ an ihrem Haus anzubringen. Die Fahne wurde beschlagnahmt, W. Alexander verhaftet. Der konterrevolutionäre Charakter der Geschehnisse im Jahre 1933 kann kaum besser nachgewiesen werden: Wilhelm Alexander war der Vorsitzende des Lüneburger Arbeiter- und Soldatenrates im Jahre 1918/1919.
Die Rücknahme der erkämpften bürgerlichen Freiheiten und gewerkschaftlichen Rechte befeierte die Lüneburger Wirtschaft mit der bedeutsamen Symbolik, dem Konterfei des Republikgegners Hindenburgs und des Nazi-Vorsitzenden Hitler in den ehemals gutbürgerlichen Lüneburgschen Anzeigen des Verlages von Stern, dem Bündnis von Rechtskonservativismus und Faschismus.

Die unterschiedlichen Interessenslage und politischen Absichten zwischen dem Bürgertum und der Arbeiterschaft während dieser entscheidenden Wochen im März/April 1933 wird durch die Betriebsratswahlen angezeigt. Während der NSDAP im Bereich der Stadt Lüneburg gemeinsam mit ihrem rechtskonservativen Bündnispartner bei den Wahlen zum Rat die Macht zugesprochen wurde, zeigt das Wahlverhalten bei den Betriebsratswahlen die politischen Absichten der Arbeiterschaft:

Bei den im März 1933 beginnenden Wahlen errangen die Freien Gewerkschaften bei einer reichsweiten Zwischenzählung 6777 der ausgezählten Betriebsratsmandate, die Nazi-NSBO lediglich 1083, woraufhin die Wahlen ausgesetzt wurden.

Über die Ergebnisse der Betriebsratswahlen beim Lüneburger Eisenwerk berichteten die Lüneburgschen Anzeigen am 18.3.1933.

* Bei den Betriebsratswahlen beim Lüneburger Eisenwerk wurden insgesamt 217 Stimmen abgegeben. Hiervon entfielen auf die Liste der Freien Gewerkschaften 183, und auf eine nationalsozialistische Liste 27 Stimmen. 7 Stimmen waren ungültig. Demnach entfallen auf die Freien Gewerkschaften 6 Sitze, auf die Nationalsozialisten 1 Sitz. Das Werk beschäftigt gegenwärtig etwa 250 Arbeiter. In früheren Jahren wurde nur eine Liste aufgestellt, so daß es eines Wahlaktes nicht bedurfte.

(Lüneburgsche Anzeigen vom 18. 3. 1933)

Eine Übersicht über die Wahlen im Reichsmaßstab lieferte die Gewerkschafts-Zeitung am 29.4.1933:

Neuwahl der Betriebsräte 1933

Nachdem die Neuwahl der Betriebsräte im ganzen Reich durch amtliche Verfügungen der Länderregierungen *ausgesetzt* worden ist, kann in absehbarer Zeit ein Gesamtergebnis der Wahlen nicht erwartet werden.

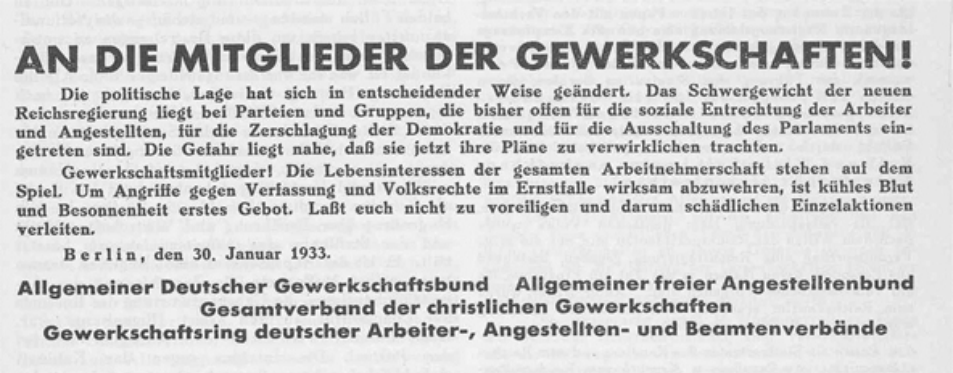
Soweit dem ADGB. Berichte über das Ergebnis der bereits stattgefundenen Wahlen zu den Arbeiterräten zugeleitet wurden, erhalten *die freien Gewerkschaften nahezu drei Viertel der Mandate* in den Arbeiterräten.

Nach den vorliegenden Berichten sind in 1387 Betrieben 9235 Arbeiterratsmitglieder gewählt worden. Davon erhielten die Listen der:

	Mandate	v. H.
freien Gewerkschaften	6 777	73,4
christlichen Gewerkschaften	693	7,6
Hirsch-Dunckerschen Gewerksch.	55	0,6
RGO.	450	4,9
Syndikalisten	3	—
NSBO.	1 083	11,7
sonstigen Vereinigungen	96	1,0
nichtorganisierten Vertreter	78	0,8
Zusammen	9 235	100,0

Wenn die vorliegenden Zahlen auch nur einen kleinen Teil der insgesamt zu wählenden Arbeiterräte wiedergeben, dürften sie doch im Hinblick auf das Gesamtergebnis als *repräsentativ* anzusehen sein. Sie beweisen, daß die freien Gewerkschaften das Vertrauen der Belegschaften genießen. Das Ergebnis vom Jahre 1931, in welchem die Listen der freien Gewerkschaften 83,6 v. H. der gewählten Arbeiterräte erhielten, wäre in ruhigen Zeiten spielend erreicht worden.

Dr. Karl Lauschke (Ver.di): Kampflose Kapitulation



AN DIE MITGLIEDER DER GEWERKSCHAFTEN!

Die politische Lage hat sich in entscheidender Weise geändert. Das Schwergewicht der neuen Reichsregierung liegt bei Parteien und Gruppen, die bisher offen für die soziale Entrechtung der Arbeiter und Angestellten, für die Zerschlagung der Demokratie und für die Ausschaltung des Parlaments eingetreten sind. Die Gefahr liegt nahe, daß sie jetzt ihre Pläne zu verwirklichen trachten.

Gewerkschaftsmitglieder! Die Lebensinteressen der gesamten Arbeitnehmerschaft stehen auf dem Spiel. Um Angriffe gegen Verfassung und Volksrechte im Ernstfalle wirksam abzuwehren, ist kühles Blut und Besonnenheit erstes Gebot. Laßt euch nicht zu voreiligen und darum schädlichen Einzelaktionen verleiten.

Berlin, den 30. Januar 1933.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund Allgemeiner freier Angestelltenbund
Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften
Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände

Mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler wurde nach Ansicht der freien Gewerkschaften zwar eine "sozialreaktionäre und arbeiterfeindliche Regierung" berufen, deren überwältigende Mehrheit "offen für die soziale Entrechtung der Arbeiter und Angestellten, für die Zerschlagung der Demokratie und für die Ausschaltung des Parlaments" eintrat, aber nichtsdestotrotz wurden die Mitglieder aufgefordert, "kühles Blut und Besonnenheit" zu bewahren, und dazu angehalten, von "voreiligen und schädlichen Einzelaktionen" abzusehen.

Einzelne Proteststreiks, wie in Lübeck, richteten sich gegen die gewaltsamen Übergriffe der Nazis, versuchten aber nicht, einen Regierungswechsel herbeizuführen. Die Weimarer Reichsverfassung galt unverändert, und mit den Mitteln, die sie bot, glaubte man, auch dem Spuk ein Ende bereiten zu können.

Von der Wahl am 5. März erhofften sich die Gewerkschaften eine politische Wende, auch wenn die Möglichkeiten einer freien Meinungs-und Willensbildung mehr und mehr eingeschränkt wurden. Auch die Gewerkschaftspresse war davon betroffen, wie das Beispiel der "Gewerkschaft" zeigt, dem Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs, das am 18. Februar vorübergehend verboten wurde, nachdem darin Gedanken über eine "Einheitsfront aller Werktätigen" zur Abwehr drohender arbeiterfeindlicher Maßnahmen geäußert worden waren.

Grund bzw. Vorwand für das Verbot war ein Leserbrief des Kollegen Grothe aus Berlin in der Ausgabe vom 11. Februar 1933:

STIMMEN AUS KOLLEGENKREISEN

ADGB., SPD. und KPD. müssen sich zusammenfinden

Aus unserer Bewegung

"Stimmen aus Kollegenkreisen:
ADGB., SPD. und KPD. müssen sich zusammenfinden
Zwischen der SA. und dem Stahlhelm als den außerparlamentarischen Organisationen der Regierung Hitler-Hugenberg-Seldte ist eine Einigung erzielt worden, zu dem ausgesprochenen Zweck, die sozialen Erungenschaften der Arbeiterklasse zu beseitigen und deren Organisationen, insbesondere die Gewerkschaften, zu vernichten. Diesen drohenden Maßnahmen der faschistischen Reaktion gilt es jetzt eine einheitliche und geschlossene Abwehrfront der Arbeiterklasse gegenüberzustellen!
Unsere Organisation muß sich die Aufgabe stellen, alles zu tun, um an der Schaffung einer Einheitsfront mitzuarbeiten. Wir erachten es als unbedingte Pflicht, daß sich ADGB., SPD. und KPD. als die wichtigsten Arbeiterorganisationen sofort zu Besprechungen zusammenfinden, um eine Basis zu finden, auf der es möglich ist, trotz grundsätzlicher und taktischer Differenzen in der Stunde der höchsten Gefahr eine Einheitsfront aller Werktätigen zu organisieren. Höchste Alarmbereitschaft und ständige Kampfbereitschaft ist das Gebot der Stunde. Alle unsere Kollegen müssen schon jetzt dazu übergehen, in den Betrieben und auf den Arbeitsnachweisen unter Einbeziehung aller gewerkschaftlichen und politischen Organisationen und Gruppierungen Aktionsausschüsse zu bilden und die Arbeiterschaft zum politischen Massenstreik zur Beseitigung dieser reaktionären Hitler-Regierung zu mobilisieren. Nur wenn es gelingt, die Arbeiterschaft für diesen Kampf zu mobilisieren und in Bewegung zu setzen, wird es auch gelingen, alle Angriffe auf die Arbeiterklasse abzuwehren und deren Organisationen vor der Zerschlagung und Vernichtung zu retten.
H. Grothe, Berlin"

So enttäuschend der Wahlausgang war, da sie der von Hitler geführten Regierung die absolute Mehrheit verschaffte, so nahmen die Gewerkschaften die eingetretenen parteipolitischen Machtverschiebungen doch hin und mahnten ihre Mitglieder weiterhin zur "Disziplin und Besonnenheit" trotz des nationalsozialistischen Terrors, der nach dem Reichstagsbrand erheblich zugenommen hatte. Sie glaubten, sich auf tarif- und sozialpolitische Aufgabenfelder zur Wahrung der Arbeitnehmerrechte zurückziehen zu können, und vertrauten darauf, daß auch unter den enorm verschlechterten politischen Verhältnissen auf gewerkschaftliche Organisationen im Grunde nicht verzichtet werden könne.

9. März 1933: SA stürmt Münchner Gewerkschaftshaus

Das Münchner Gewerkschaftshaus in der Pestalozzistraße wird durch SA gewaltsam gestürmt und besetzt. Im Vertrauen auf ihre Führung und auf die Hilfe der Polizei verzichten die Gewerkschafter auf eine Gegenwehr. Doch der Schutz bleibt aus.

Die sich mehrenden Fälle, daß gewählte Betriebsräte widerrechtlich abgesetzt und entlassen würden, nahmen die Gewerkschaften zum Anlaß zu betonen, daß die Tätigkeit der Betriebsräte dem Wohl der Volkswirtschaft diene und "nichts mit Politik zu tun" habe.
Seinen guten Willen an einer grundsätzlichen Neuregelung des Gewerkschaftswesens hatte der Bundesvorstand bereits dadurch signalisiert, daß er sich aus der engen Bindung an die Sozialdemokratie gelöst hatte, und um seine Bereitschaft, mit dem "neuen Staat" zusammenzuarbeiten, zu unterstreichen, stimmte er mehr und mehr in die Beschwörung nationaler, volksgemeinschaftlicher Werte und Ideen ein. In einer Erklärung hob er am 5. April den Wert seiner "nationalen Erziehungsarbeit" hervor und betonte, daß gewerkschaftliche Arbeit "stets den freiwilligen Einsatz der Arbeiterschaft für das Ganze des Volkes" bedeute. Und nur wenige Tage später bekräftigte er seine Absicht, sich "in den Dienst des neuen Staates zu stellen", erklärte sich bereit, "an dem von der Regierung geplanten berufsständischen Aufbau der deutschen Wirtschaft mitzuarbeiten", und empfahl von sich aus die Einsetzung eines Reichskommissars für die Gewerkschaften.

Die Anbiederung der gewerkschaftlichen Führung an das Nazi-Regime gipfelte schließlich im Aufruf zum 1. Mai. Darin begrüßte sie, daß dieser Tag nun endlich zum gesetzlichen "Feiertag der nationalen Arbeit" erklärt worden sei, und forderte die deutschen Arbeiter darüber hinaus auf, an den von der Regierung veranlaßten Feiern als "vollberechtigtes Mitglied der deutschen Volksgemeinschaft" teilzunehmen. Um die Organisation über die Regierungszeit der Nazis hinweg zu retten, wie lange sie im Endeffekt auch dauern möge, war die Führung bis an den Rand der Selbstaufgabe gegangen, konnte damit jedoch nicht verhindern, daß die Gewerkschaftshäuser am 2. Mai gestürmt und die Gewerkschaften verboten wurden. Die Widerstandskraft der Mitglieder war schon lange vorher gebrochen und konnte nicht mehr mobilisiert werden.

Vorbereitung auf den 1. Mai:Propaganda und Direktiven

„Der … geplante Feiertag der nationalen Arbeit wird vom Geist des Nationalsozialismus getragen sein…“ (Reichsminister Göbbels)

Am 10. April 1933 wurde von der Reichsregierung per Gesetz der 1. Mai zum „Tag der deutschen Arbeit“ erklärt. Der rechtsbürgerliche Block von DNVP und DVP, der am 15.4.1919 noch gegen die Einführung eines arbeitsfreien 1. Mai Sturm lief und das damalige Gesetz zum Scheitern brachte, unterstützte jetzt die Nazis.

Es verging kaum ein Tag, an dem die Lüneburger Presse nicht über die Vorbereitungen berichtete.

Zwar waren die ersten Ziele der Faschisten bereits umgesetzt, jedoch die Arbeiterschaft noch nicht in das NS-System integriert, die Macht der NSDAP noch labil und nicht vollständig gefestigt. Das wollten die Nazis mit den nationalsozialistischen Feiern am 1. Mai 1933 ändern.

Für die Vorbereitung wurden von der Regierung Verantwortliche eingesetzt. Der für den Wahlkreis 15 (Ost-Hannover) berufene Kommissar Kühn (NSDAP- Gaupropagandaleiter) setzte einen Ausschuss ein, dem u.a. Vertreter der Polizei, der SA, NSDAP, NSBO, SS, Stahlhelm, NS-Beamtenschaft und HJ angehörten. Außerdem der Führer des Landesverbands der DNVP, Oberstleutnant a. D. von Natzmer aus Lüneburg.

Repräsentanten der Lüneburger DNVP: Oberst a.D. Julius von Brauns, Oberstleutnant a. D. Cecil von Natzmer (Dragoner-Traditionsverein), Senator Hermann Reichenbach (Fassfabrik), Bäckermeister Bostelmann, Obermeister Handwerksamt Merz, Studienrat Matthaei, die Rechtsanwälte Mangoldt, Baustedt und Müller.

Für den Regierungsbezirk Lüneburg wurde als Unterkommissar Wilhelm Burmeister (NSDAP-Senator, IHK-Präsident) ernannt, der am 22. April im „Hotel Zum Schießgraben“ (heute: „Hotel Bergström“) vor Vertretern der Innungen, der „nationalen Verbände“ etc. den Ablauf des Feiertags vorschrieb:

Alle Belegschaften sollen sich in den Betrieben um 9.00 Uhr einfinden, wo ein „nationales Mitglied“ die Bedeutung des Tages würdigen soll. Als Ausklang war ein „Heil!“ auf

Einzelnummer 15 Pfennig.

Lüneburgsche Anzeigen

Zeitung für den Regierungsbezirk Lüneburg

Amtliches Kreisblatt für den Stadt- und Landkreis Lüneburg

Telegrammadresse: Anzeigen, Lüneburg. Donnerstag, den 13. April 1933. Fernsprecher: Geschäftsstelle 3335. Schriftleitung 4567. 123. Jahrgang

Der Feiertag der nationalen Arbeit.

Zur Vorbereitung des Feiertags der nationalen Arbeit

Vor dem Feiertag der nationalen Arbeit

Vom Sinn der deutschen Arbeit.

Ein Tag der Feier und der Besinnung.

Erlaß des Reichswehrministers an die Reichswehr.

Das Wichtigste vom Tage.

Das endgültige Festprogramm in Lüneburg.

Die amtliche Zeiteinteilung.

Montag, den 24. April 1933.

Der Feiertag der deutschen Arbeit.

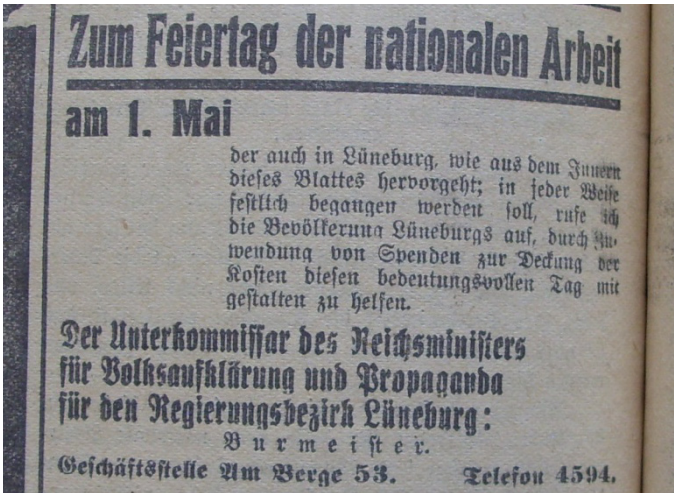
Die Festfolge in der Stadt Lüneburg

Die Veranstaltungen am 1. Mai.

Richtlinien für den Feiertag der nationalen Arbeit.

Der Tag der nationalen Arbeit.

Erste Sitzung des Festausschusses. — Alle müssen zu würdiger Ausgestaltung beitragen.


Zum Feiertag der nationalen Arbeit am 1. Mai

der auch in Lüneburg, wie aus dem Innern dieses Blattes hervorgeht; in jeder Weise festlich begangen werden soll, rufe ich die Bevölkerung Lüneburgs auf, durch Zuwendung von Spenden zur Deckung der Kosten diesen bedeutungsvollen Tag mit gestalten zu helfen.

Der Unterkommissar des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda für den Regierungsbezirk Lüneburg:

Burmeister.

Geschäftsstelle Am Berge 53. Telefon 4594.

Hindenburg und Hitler vorgesehen sowie die Hissung der Hakenkreuz- und der schwarz-weiß-roten Fahne.

Eine Kundgebung Am Markt und ein Festumzug sollte stattfinden. „Um den demonstrativen Charakter gegen die marxistische Verseuchung des deutschen Arbeiters besonders zu betonen, werden Transparente mit Inschriften wie „Gegen den internationalen Marxismus…“, „Gegen Klassenkampf und Standesdünkel – für die deutsche Volksgemeinschaft“ mitgeführt, die von der NSBO geliefert werden.“ Gewerkschaftsfahnen mitzuführen wurde verboten, jene der vaterländischen Verbände, Sport- und Kriegervereine waren erwünscht.

Sonderseite der Lüneburgschen Anzeigen

Am 25.4. tagte der NS-Festausschuss im „Hotel Stadt Hamburg“ (Am Sande, heute: „Das Stadthaus“). Es wurden Unterausschüsse gebildet, die von den bekannten Lüneburger Gewerkschaftsgegnern geleitet wurden. Für die Organisierung des Aufmarschs und der Ordner z. B. war neben dem SA-Mann Goretzki (Regierungsobersekretär) der Rechtsanwalt Heinrich Ernst von der DVP zuständig. Auch die IHK beteiligte sich an der Vorbereitung und Durchführung mit ihrem Syndikus (gleichzeitig Arbeitgeberverbands-Sprecher) Mackensen und stellte ihre Büros in der Hindenburgstraße zur Verfügung.

Von den NS-Organisatoren wurde vorgeschrieben, dass die Teilnehmer an den Umzügen nicht in ihren gewerkschaftlichen Organisationen auftreten dürfen, sondern nur in ihren Berufsgruppen: Unternehmensführung, Meister, Facharbeiter, Gesellen und Lehrlinge eines Betriebes gemeinsam. Schilder zur Kennzeichnung von Gewerkschaften wurden ebenso verboten wie das Tragen solcher Abzeichen. „Kriegsauszeichnungen werden selbstverständlich gern gesehen.“

Alle Anstrengungen wurden von den Nazis unternommen, damit an diesem Tag nicht mehr die Werktätigen für ihre Interessen als abhängig Beschäftigte demonstrieren, sondern alle Lüneburger/-innen eine gemeinsame deutsche Volksgemeinschaft befeiern. Auch die Schüler/-innen aller Lüneburger Schulen ab dem 12. Lebensjahr wurden aufgefordert, an dem Umzug teilzunehmen unter der Führung der HJ. „Hierbei ist der Anordnung des Leiters Heinz Wichmann (Sohn des Lüneburger Kripo-Chefs, d. V.) unbedingt Folge zu leisten.“ Selbst die Kranken und Invaliden wurden zum Aufmarsch gehetzt. Sie sollten sich melden bei „Syndikus Mackensen, Industrie- und Handelskammer, Hindenburgstraße. Sie werden mit Autos und Wagen im Zuge gefahren…“

„Das offizielle Festzeichen vom Tag der nationalen Arbeit“ (LA)

Außerdem sollen sich alle Umzugs-Teilnehmer bei der NSDAP-Geschäftsstelle zuvor ein entsprechendes Ansteckzeichen besorgen und bei der NS-Frauenschaft (Frl. Koczula, Grapengießerstraße) eine Erinnerungsplakette kaufen. Alle Betriebe und Verwaltungen wurden genötigt, die amtlichen Flaggen (Hakenkreuzflagge und Schwarz-weiß-rote Flagge) anzubringen und ihre Teilnahme vorab zu melden. Es wurde vorgeschrieben, dass „dafür Sorge zu tragen (ist), dass die gesamte Belegschaft an den Kundgebungen der nationalen Regierung teilnimmt…“(LA)

Plakette zum 1. Mai 1933

Als unverhohlene Drohung kündigte die LA an: „Der Tag der nationalen Arbeit soll ein Volkstag sein, an dem jeder deutsche Volksgenosse zeigen soll, ob er sich in die Volksgemeinschaft einordnen will… Der Unterkommissar wird nachprüfen, ob der Wunsch der Regierung befolgt wird. Ebenso hat er Mittel in der Hand, evtl. geplante Sonderaktionen zu unterdrücken.“

Lüneburgsche Anzeigen

Einzelnummer 15 Pfennig.

Zeitung für den Regierungsbezirk Lüneburg

Amtliches Kreisblatt für den Stadt- und Landkreis Lüneburg

Erscheint wochentäglich. Beilagen: Das Sonntagsblatt „Erika", „Haus, Hof und Garten", „Deutscher Wald", „Rundfunk der Woche". Druck und Verlag der v. Sternschen Buchdruckerei i. m. b. H., Lüneburg, Am Sande 31. Verantwortliche Schriftleiter: Dr. Friedrich Allerding, Erich Brandt. Verantwortlich für sämtliche Anzeigen: Ernst Hoffmann.

Bezugspreis monatlich ohne Boten- und Bestellgeld 2.60 Mark. Anzeigenzeilenpreis achtgespaltene Grundzeile oder deren Raum für den Stadt- und Landkreis 0.25 Mark, Reklamezeile 1.00 Mark; für auswärtige Anzeigen 0.30 Mark, Reklame 1.00 Mark. Nachweisungen 0.25 Mark. Anzeigenannahme bis 10 Uhr vormittags. Postscheckkonto Hamburg Nr. 12558.

Nummer 100. Telegrammadresse: Anzeigen, Lüneburg. Sonnabend, den 29. April 1933. Fernsprecher: Geschäftsstelle 3333. Schriftleitung 4567. 123. Jahrgang

Vor dem Feiertag der nationalen Arbeit

Vom Sinn der deutschen Arbeit.

Von Hans Deetjen.

Der 1. Mai wird in Zukunft im Leben der Deutschen eine ganz besondere Bedeutung gewinnen. Aus einem Tage internationaler utopischer Hoffnungen, einem Tage unwürdiger Parteiwirtschaft, soll ein Ehrentag der deutschen Arbeit werden. Vom Geburtsjahre der nationalen Revolution an wird an jedem 1. Mai das hohe Lied auf den deutschen Hand- und Geistesarbeiter, auf die Baumeister des neuen Deutschland erklingen. Der täglichen Arbeit soll im Leben unseres Volkes der Ehrenplatz eingeräumt werden. An diesem Tage soll auch der Geringste unter uns stolz sein auf seiner Hände Arbeit und ihren Wert im Gefüge der Nation erkennen lernen.

Der eigentliche Sinn jeder Arbeit ist, sich mit seiner ganzen Kraft einzusetzen als Glied im großen Zusammenhang des Geschehens, nicht für sich, sondern für das Ganze. Wir alle dienen der Zukunft der Nation. Nicht das ist der Sinn unseres Lebens, sich den Genüssen der Welt hinzugeben, sondern durch Leisten und Wirken, Schaffen und Werden in wahrhaft schöpferischer Entfaltung unser Leben zu erfüllen. Das heißt wahrhaft heroisch leben. Johannes Müller, der Vorkämpfer für die Erneuerung deutscher Lebensführung, hat einmal gesagt: „Zum heroischen Leben gehört Einordnung, Unterordnung, Auf-sich-nehmen, Tragen, Dienen und Sich-umsetzen in Leben für andere, für das Ganze. Denn je gewaltiger wir bedrängt werden von der Zeit, je Furchtbareres über uns hereinbricht, umsomehr Möglichkeiten des Lebens gibt es für uns, umsomehr können wir wachsen in all dem Furchtbaren, das dann aufhört, für uns furchtbar zu sein und fruchtbar zu werden beginnt." So auch will der Tag der deutschen Arbeit aufgefaßt sein, als ein Tag des Besinnens auf die in uns deutschen Menschen schlummernden inneren Kräfte, die es bis zum Letzten zu entfalten gilt, zur Ausbildung einer sittlichen Persönlichkeit und zum Wohle von Volk und Nation.

Und nicht das ist der Sinn dieses festlichen Tages, nun völlig in der täglichen Arbeit aufzugehen. Der Mensch ist nicht der Arbeit wegen da, sondern die Arbeit ist des Menschen wegen da. Sie soll nicht zu einer Tretmühle werden. Wir sollen uns nicht als Räder in einem mechanischen Getriebe fühlen, als Menschen, die nur aus Broterwerb und „Kampf ums Dasein" arbeiten. Das hieße den Sinn der Arbeit entwerten. Die Arbeit darf uns niemals so weit verschlingen, daß wir darüber hinaus unsere Aufgaben in der Familie, in der Heimat und im Volk vernachlässigen. Das Wort der Bibel „Im Schweiße deines Angesichts sollst du dein Brot essen" will nicht als eine Strafe aufgefaßt sein, sondern als Ausdruck einer ewigen Naturordnung, als eines Gesetz menschlicher Lebensverfassung. Die Arbeit soll den Menschen als das Rückgrat des Lebens zusammenhalten und dem Volk, das arbeitet, die notwendige Geschlossenheit geben.

Wir arbeiten nicht jeder für uns, sondern Alle für Einen und Einer für Alle. Gerade wir Deutschen sind vom Schicksal dazu bestimmt, uns aus dieser Nacht in eine bessere Zukunft hindurchzuarbeiten. Diese Erkenntnis fordert von uns, daß wir uns jederzeit der Gemeinschaft gegenüber verantwortlich fühlen, sie fordert, daß wir die Arbeit unserer Mitmenschen achten und nicht gedankenlos über sie hinweggehen. In Zeiten, wie wir sie jetzt durchleben, muß die deutsche Arbeit geachtet und geehrt werden. Ueberflüssige Auslandserzeugnisse haben keinen Platz mehr im deutschen Lande. Darum soll als Frucht des 1. Mai auch die Erkenntnis reifen: Der deutschen Arbeit gebührt der Ehren…

Ein Tag der Feier und der Besinnung.

Erlaß des Reichswehrministers an die Reichswehr.

Der Reichswehrminister gibt folgenden Erlaß an die Reichswehr bekannt:

„An die Reichswehr!

Der 1. Mai als Tag der nationalen Arbeit soll auch für die deutsche Wehrmacht ein Tag der Feier und der Besinnung sein.

Wie wir Soldaten von jedem Deutschen Verständnis für unsere soldatische Arbeit erwarten, die dem ganzen Volke dient, so ist für uns die hohe Wertung aller nichtsoldatischen deutschen Arbeit selbstverständliche Pflicht.

Ein starkes Deutschland muß wehrhaft sein. Ein wehrhaftes Deutschland ist aber nicht zu denken ohne tiefe innere Verbundenheit zwischen der Wehrmacht und dem ganzen Volke und ohne tätige Mithilfe des deutschen Arbeiters. Was der deutsche Arbeiter schafft, wird der deutsche Soldat schützen, und beide sind einig in ihrem Ziel: Alles für Deutschland!

gez. von Blomberg."

Hindenburg an die deutsche Jugend.

Aufmarsch sämtlicher Berliner Schulen.

Wie das Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda bekanntgibt, ist, einem Wunsche des Herrn Reichspräsidenten entsprechend, die Kundgebung am Morgen des 1. Mai im Lustgarten als eine Kundgebung deutscher Jugend und mithin als eine Kundgebung werdenden deutschen Lebens gedacht. Hindenburg, noch ein Sohn der alten Zeit, Repräsentant der Traditionen und Leistungen des alten Deutschland, reicht an dem Tage, an dem die Jugend unseres Volkes öffentlich kundgibt, daß sie einig in ihrem Willen ist, der neuen Generation die Hand. Er hat es sich deshalb nicht nehmen lassen, am Morgen des 1. Mai in einer gewaltigen Kundgebung im Berliner Lustgarten persönlich das Wort zu ergreifen und der deutschen Jugend seinen Gruß zu entbieten.

An dem Aufmarsch beteiligen sich sämtliche Berliner Schulen, die Volksschulen, die Realschulen, die Gymnasien und neben und mit den Schulen werden die Jungarbeiter, die Lehrlinge und die jungen Arbeitslosen marschieren. Wenn dann am Morgen dieses 1. Mai der Jubel heller Kinderstimmen den ehrwürdigen Feldmarschall und Reichspräsidenten umbrandet, dann wissen wir, dieser neue Staat Adolf Hitlers hat auch die Jugend erfaßt, und wem die Jugend folgt, dem gehört die Zukunft.

Dienststrafgewalt für SA. und SS.

Erlaß des obersten SA-Führers.

Das Gesetz über die Dienststrafgewalt für SA und SS ist nur kurz; es hat folgenden Wortlaut:

„Die Mitglieder der SA und SS unterliegen einer öffentlich-rechtlichen Dienststrafgewalt nach Maßgabe der Vorschriften, die der Reichskanzler als oberster SA-Führer erläßt."

In der Begründung wird als Zweck des Gesetzes bezeichnet, „Verstöße gegen Zucht und Ordnung in geeigneter Weise ahnden zu können."

Die Adolf-Hitler-Straße in Lüneburg.

Sonderaufnahme der L. A.

Heute morgen wurden die Schilder in den umbenannten Straßen ausgewechselt.

Das Wichtigste vom Tage.

Der Reichskanzler hat in Gegenwart des Reichsministers des Auswärtigen den russischen Botschafter empfangen.

Die deutsche Regierung hat der französischen Regierung offiziell mitgeteilt, daß auch die Hakenkreuzfahne eine Nationalfahne des Reiches sei; damit können die deutschen Botschafts- und Konsulargebäude beide Fahnen hissen.

Franz Seldte hat sämtliche Gau- und Kreisführer des Stahlhelm-Bundes aus ganz Deutschland zu Sonntag, den 30. April, 13 Uhr, zu einem Appell im Großen Saal des Reichsarbeitsministeriums bestellt.

Der Reichsinnenminister hat den Reichstagsabgeordneten v. Tschammer-Osten (NSDAP.) zum Reichssportkommissar ernannt.

Ab 1. Oktober wird die Militärgerichtsbarkeit, die 1918 beseitigt wurde, wieder eingeführt werden.

Die Reichstagsfraktion der DNVP. bildete unter Vorsitz des Abg. Stadtler einen Sozialpolitischen Aktionsausschuß.

Der Vorstand des Gewerkschaftsbundes der Angestellten hat dem Bundesführer Roessiger unbeschränkte Vollmacht zur Durchführung der Gleichschaltung aller Bundesgliederungen und Organe erteilt. Die entsprechende Durchführung ist schon im Gange.

Der außerordentliche Afa-Bundes-Gewerkschaftskongreß hat die Auflösung des Afa-Bundes beschlossen.

Die polnische Hetze gegen die deutsche Minderheit droht sich zu überschlagen. Besonders in Oberschlesien kam es erneut zu zahlreichen Terrorakten.

Der österreichische Heeresminister Vaugoin ist anläßlich seines 12jährigen Jubiläums als Minister zum General befördert worden.

Die Besprechungen zwischen Herriot und Roosevelt in Washington sind ebenfalls beendet. Ein nichtssagendes Communiqué bezeichnet das Ergebnis als „wertvoll für die Zukunft".

Bei Besprechung der Sicherheitsfrage in Washington soll Herriot verlangt haben, daß Deutschland zehn Jahre lang seine Rüstungen auf dem Versailler Stand lasse, dann sei Frankreich zu einer „drastischen Abrüstung" in zwei Abschnitten bereit, wenn Amerika seine Sicherheit garantiere.

Der deutsche Botschafter in Washington hat im amerikanischen Rundfunk eine Aufklärungsrede über die deutsche Politik gehalten.

Der amerikanische Senat hat die Bill, die die Zahlung der Kriegsschuldenraten in Silber vorsieht, angenommen.

Zwischen Chinesen und Japanern sind in Nordchina wieder heftige Kämpfe im Gange.

Ein Erlaß Görings

über die Zuständigkeit bei Verhaftungen.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der preußische Ministerpräsident Göring in seiner Eigenschaft als Innenminister an alle nachgeordneten Behörden am 28. April folgenden grundsätzlichen wichtigen Erlaß über die Zuständigkeit für Verhaftungen gerichtet:

„In jüngster Zeit sind mir wiederholt Fälle bekannt geworden, in denen hierzu nicht befugte Stellen, auch einzelne Dienststellen des Ministeriums, Verhaftungen von Personen angeordnet und durchgeführt haben, obwohl hierzu hinreichende Veranlassung nicht gegeben war. Auch ist bei mir des öfteren zur Sprache gebracht worden, daß solche Stellen, unter mißbräuchlicher Benutzung meines Namens, mir unterstellte Behörden, insbesondere polizeiliche Dienststellen, unberechtigt mit Weisungen versehen haben, Festnahmen auszuführen.

Ich ersuche, nachdrücklichst darauf hinzuweisen, daß die Befugnis zur Festnahme lediglich den ordentlichen Polizeibehörden zusteht, die ihre Entschließung auf Grund der ihnen zu unterbreitenden Vorgänge nach pflichtmäßiger Prüfung nach eigenem Ermessen zu treffen haben. Aufträge zu Festnahmen haben

Die heutige Nummer enthält 12 Seiten, die Beilage „Haus, Hof und Garten" und das Sonntagsblatt „Erika".

1.Mai 1933: „Tag der nationalen Arbeit“

Wie stark die NS-Propaganda und der betriebliche Druck auf die Beschäftigten wirkte, wird am Beispiel der Lüneburger Holzarbeiter-Gewerkschaft deutlich: Zwei Tage nach Inkrafttreten des 1.-Mai-Gesetzes beschloss die Mitgliederversammlung der Verwaltungsstelle, den Vormittag dieses jetzt arbeitsfreien 1. Mai gemeinsam zu verbringen und einen „Morgenspaziergang zu machen, Ziel: Hasenburg“. Durch die Zustimmung der Arbeitgeber zum Konzept der Nationalsozialisten, betriebsweise diesen „Tag der nationalen Arbeit“ zu begehen und deren zeitlichen und organisatorischen Ablauf zu unterstützen, mussten schließlich die Holzarbeiter auf ihrer Mitglieder-versammlung am 30. April konstatieren: „Durch die veränderte Lage vom 1. Mai, daß viele Koll. gezwungen sind, an der von der Reichsregierung veranstalteten Feier teilzunehmen, hat der Vorstand beschlossen, den Spaziergang am 30. April zu machen.“ An dieser noch selbstbestimmten Unternehmung aber nahmen immerhin noch 83 Kollegen teil, die sich am nächsten Tag bei Holz-Herbst und anderen Firmen des holzverarbeitenden Gewerbes in der ersten Gruppe des Umzuges in die Nazi-Schau einreihen mussten.

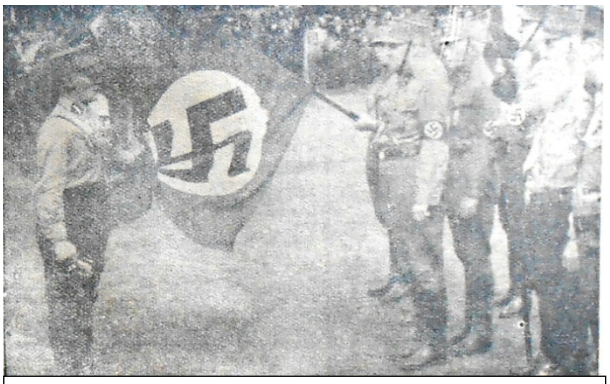
Zunächst hatten sich alle „Belegschaftsmitglieder“ an ihren Arbeitsstellen pünktlich um 8.00 Uhr einzufinden. „Da steht der Arbeiter neben dem Fabrikherrn, der Chef neben dem Angestellten.“(LA), um das „Fest der deutschen Volksgemeinschaft“ zu eröffnen. Hier schwor ein „Betriebsobmann“ der Faschisten die Mitarbeiter/-innen auf die Volksgemeinschafts-Ideologie ein und wurde „ein dreifaches Sieg – heil“ auf Hindenburg und Hitler ausgerufen.

Beschäftigte eines Lüneburger Kleinbetriebes

Auch das Reiterregiment 13 in der Lüner Kaserne (Traditionsregiment der Lüneburger „Dragoner“) trat zu diesem Zeitpunkt zum „Reichswehr-appell“ an. Der Standortälteste, Rittmeister Major Baron Digeon von Mentelon, wies mit Blick auf den Kriegsbeginn 1914 unumwunden drauf hin, „dass das deutsche Volk stets zu gemein-samen Wollen sich zusammen gefunden hat, wenn es galt, einem großen Ziele zu dienen. Bei Kriegsbeginn hatte alle Stände, alle Berufs-klassen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Offiziere und Reiter sich zum gemeinsamen Kampfe für Deutschland zusammen gefunden… Die Ansprache klingt aus mit dem Wunsch, dass Deutschland durch … treue Pflichterfüllung wieder groß und mächtig wird, mit einem Hurra auf den… deutschen Wehrgeist.“ (LA)
Der Hitler-Jugend (HJ) und der Sturmabteilung der NSDAP (SA) wurde an diesem 1. Mai ein besonderer Programmpunkt gewidmet: Um 10.45 Uhr pflanzte die HJ drei „Hitler-Eichen“ an der Lindenstraße, die nunmehr Adolf-Hitler-Straße hieß.
„Der Führer der Hitler-Jugend Unterprimaner Wichmann spricht: „… Aber dieser 1. Mai ist nicht jener, an welchem der Marxismus seine Demonstrationen des Klassenkampfes … einst abhielt, … Arbeiter … reichen sich die Hände und … kennen nur noch ein Ziel – Deutschland! Arbeit und Kampf ist die irdische Verpflichtung eines jeden … Eine Welt von Feinden hat uns geknechtet und in Fesseln geschlagen, aber den Willen zum Kampf … nicht nehmen können…. Die jungen Menschen wollen Soldaten und Arbeiter sein, und weil sie Soldaten sind, wollten sie den Frieden – aber nicht den Frieden in Knechtschaft, sondern den der Freiheit. – Und das Schönste ist der Sieg. „Das Mark unserer Ehre ist die Treue“. Treu wie die Eichen will auch die Jugend sein, treu dem Vaterlande und dem Führer Adolf Hitler.“ Mit diesem Treugelöbnis weihte er die Eichen Gott und dem Führer Adolf Hitler zu ehren: „Unsere Arbeit sei Kampf – Unser Friede sei Sieg – Unsere Ehre sei Treue.““(LA)

HJ-Führer Wichmann: „Unser Friede sei Sieg!“

Mit ähnlichen Nazi-Slogans wurden anschließend auf dem damaligen Sportplatz an den Reeperbahnen die Fahnen der Lüneburger SA-Stürme 25/16 und 21/16 (Reserve) geweiht: „Deutschland soll leben, auch wenn wir sterben müssen!“ (Standartenführer Herwig aus Bevensen), „Dir schwören wir Treue, Mann für Mann“, „In Treue fest!“ und „Alles für Deutschland“ (Truppführer Requardt, Peters und Stackmann). „Unter den neuen Fahnen soll gekämpft werden mit Zähigkeit, Beharrlichkeit, Disziplin und Pflichterfüllung in Treue zu Volk und Vaterland. Sieg heil auf Deutschland und seine Führer Hindenburg und Hitler.“(LA)



SA-Führer Herwig:
„Deutschland soll leben, auch wenn wir sterben müssen!“

Im Unterschied zu den stark gesicherten Einzelveranstaltungen (der Oberbürgermeister sprach zudem im Rathaus, der IHK-Vorsitzende in der MTV-Turnhalle) verlief der Umzug und die Kundgebung auf dem Marktplatz nicht so reibungslos,wie sich das die Nazis vorstellten. Es begann mit unterschwelligen Protesten, die sofort geahndet wurden: Der Spielmannszug der Arbeiterturnerschaft Lüneburg (ATL) wurde kurz nach seinem Vorbeimarsch an einer „Prominentenbühne“ in Höhe des heutigen Redaktionshauses der LZ Am Sande aus dem Demonstrationszug zum SA-Standartenführer Herwig zitiert. Herwig setzte dort sofort den Führer des ATL- Spielmannzuges, Hein Walsche, ab. Begründung: Der Spielmannzug sei in Fünfer-Reihen marschiert und habe eine große Pauke mitgeführt. Beides sei marxistisch. Ebenfalls habe der Stabführer des ATL-Spielmannzuges beim Vorbeimarsch an den Führern der örtlichen nationalen Gruppierungen an der Prominentenbühne seinen Stab nicht gesenkt.

Der 1.-Mai-Umzugswagen der Stadtsparkasse Lüneburg

Über einen weiteren Zwischenfall berichtete der Lüneburger Kommunist Franz Holländer: *"Es ging schon am* 1. *Mai 1933 los, dass alle die Hitler-Fahne grüßen mussten oder aber kassiert wurden und in den Knast kamen. Vor allem in der Altstadt, dort wo die Arbeiter wohnten, achteten die Nazis genau darauf, dass alle, die bei der Mai- Demonstration am Straßenrand standen, den Hitler-Gruß nachmachten. Diese Fahne und dieser Gruß war bei uns natürlich verhasst, bedeuteten sie doch für uns Verbot, Gefängnis, Folter, Terror und Krieg. Einer von denen, die diesen Faschistengruß nicht nachmachten, als die Nazis durch die Altstadt kamen, war Franz Käding. Er war Leiter der KPD-Pioniergruppe, unserer Kinderorganisation.“* Franz Käding wurde auf der Stelle verhaftet und wurde bis zum 6. Mai im Gerichtsgefängnis eingesperrt. Drei Monate später wurde er in das AEL-Moringen, dann in das KZ Sachsenhausen verbracht.

Als am Nachmittag des 1. Mai sich die Lüneburger Volksgemeinschaft auf dem Marktplatz versammelte, um nun den Höhepunkt des Tages zu erleben, nämlich der Übertragung der groß angekündigten Propaganda-Rede Adolf Hitlers zu lauschen, die über eine Lautsprecheranlage nach dort übertragen werden sollte, gab es ein Fiasko: Während am Vormittag noch dort die Reden von Hindenburg und Goebbels störungslos angehört

Die Volksgemeinschaft sammelt sich auf dem Lüneburger Marktplatz

werden konnten, funktionierte am Nachmittag die Anlage nicht mehr. Etwa 7.000 Personen (nach Angaben der LA) erlebten jetzt keinen „glorreichen Auftritt des Führers“, sondern lediglich Sprachfetzen aus den Lautsprechern. Als die Menge unruhig wurde, eilte der Nazi-Bürgervorsteher Dobert ans Mikrophon, stammelte einige Worte und beendet die Kundgebung „mit einem dreifachen Siegheil! auf Hindenburg und Hitler.“(LA v.)
Zwar beeilte sich die für die Lautsprechenanlage verantwortliche Firma „Radio-Müller“ zu erklären, dass sie keine Schuld an diesem technischen Versagen trage, jedoch konnte man sich noch gut an den 20. Juli des Vorjahres erinnern, als Hitler auf dem MTV-Sportplatz seine Redehalten wollte und die Lautsprecheranlage nicht reibungslos funktionierte, „wodurch auf der Rednertribüne ein mittelschweres Chaos entstand.“ Ob aber wie am 20.7.1932 auch am 1.5.1933 „gewisse Fachleute“ dieses Fiasko mutig inszeniert hatten, ist nicht überliefert.

Während das bürgerlich-nationale Lüneburg (die Lüneburgschen Anzeigen sprechen von 8.000 Personen) den Nazis zujubelte und sich zu Faschismus und Volksgemeinschaft bekannte, gab es auch „das andere Lüneburg“: Frauen und Männer, die an diesem Tage und am Tag zuvor bereits unübersehbar Bürgersteige und Hauswände mit antifaschistischen Parolen versahen, die heimlich Flugblätter verteilten und vor der Volksgemeinschafts-Ideologie dieses 1. Mai, vor dem Nazi-Rassismus und dem bevorstehenden Krieg warnten. Diese tapferen Menschen zeigten deutlich, dass es selbst an diesem Tag einen Nazi-Widerstand gab. Die Machtfrage aber war entschieden, die Polizei und ihre bürgerlichen und NS-Hilfstruppen machten verstärkt Jagd auf die Oppositionellen, nahmen sie fest, steckten sie in Gefängnisse wie den beteiligten Kommunisten Otto Koslowki, der bis zum 1.11.1933 eingesperrt blieb, seinen Widerstand anschließend fortsetzte und später wegen „Hochverrats“ zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

* In Schutzhaft genommen wurden heute morgen vier Personen, die in dem Verdacht stehen, hochverräterische illegale Druckschriften verbreitet zu haben und auch höchstwahrscheinlich für das Beschmieren der Häuser mit aufreizenden Schriften am nationalen Feiertag in Frage kommen.

* In Schutzhaft genommen. Die Polizei nahm zwei Personen kommunistischer Richtung fest, die in Verdacht stehen, am Tage der nationalen Arbeit vervielfältigte Flugblätter, die von den „revolutionären Arbeitern Lüneburg“ herausgegeben waren, in Vorgärten und in Häusern verteilt zu haben.

Feste Arbeit am Fest der Arbeit.

Von kommunistischer Seite waren am Montag morgen auf Bürgersteigen, an Hauswänden und Zäunen Schriften angebracht, in denen für die Rotfrontkämpferbund geworben und gegen den Tag der Nationalen Arbeit Stellung genommen wurde. Die Polizei griff zu einem einfachen aber nachhaltigen Mittel. Sie holte verschiedene Kommunisten, die unter Aufsicht der Polizei selbst diese Schmiererei wieder beseitigen mußten. Den „Arbeitern“ am Tag der Arbeit wurde anheim gegeben, sich von denen bezahlen zu lassen, die die Malereien angebracht haben.

Die Häme, mit der das einst größte bürgerliche Blatt am Ort wie die Lüneburgschen Anzeigen über diese Festnahmen der Nazi-Gegner berichteten, zeigt an, inwieweit bereits zu diesem Zeitpunkt das von Sternsche Verlagshaus in das NS-System integriert war und ihre wirtschaftliche Zukunft an der Seite der Faschisten sah – nicht anders als die meisten anderen Geschäftsleute und Unternehmer der Stadt, deren Ziel nun mit der Entmachtung der Gewerkschaften erreicht war.

In einem Rückblick auf das Jahr 1933 schreibt Kreissparkassen-Direktor Hörstmann im Lüneburger Kreiskalender, was für die Faschisten und ihre bürgerlichen Helfer nunmehr „selbstverständlich“ war:

„Und als fast selbstverständlich wurde empfunden, daß am nächsten Tag die NSBO. überall die Freien Gewerkschaften übernahm, die sog. Volkshäuser besetzte und ähnliches mehr.“

Für die Lüneburgschen Anzeigen berichteten die Redakteure Hans Kretzer, Ulrich Werther und Erich Brand am 2. Mai 1933 auf 2 ½ Seiten über den Verlauf des 1. Mai in Lüneburg. In das Format der heutigen Landeszeitung übertragen handelte es sich um Berichte von insgesamt etwa 6 LZ-Seiten Länge. Über die Betriebsversammlung in ihrer eigenen Zeitung berichten die Autoren:

„Pünktlich um 8 Uhr treffen sich die Belegschaften in den Betrieben…

In der v. Sternschen Buchdruckerei …

Der Betriebsobmann spricht kurz zur Bedeutung des Tages: „Wie jedes Jahr in den letzten Jahrzehnten feiern wir auch heute wieder den 1. Mai … Und doch ist ein gewaltiger Wandel eingetreten. Bisher war der 1.Mai ein Tag des Kampfes, der nach dem Willen der Führer die ganze Arbeiterschaft der Welt vereinen sollte im Gedanken an zu erkämpfende Rechte und Ziele. Alle Opfer haben es aber nicht erreichen können, diesen Tag zu einem wirklichen Festtag zu machen. Selbst der Umsturz von 1918 schuf in Deutschland nur ein heilloses Durcheinander – hier war der 1. Mai Feiertag, dort waren die Kundgebungen verboten oder erschwert. Der so viel verlästerten nationalen Regierung blieb es vorbehalten, wenige Wochen nach ihrem Amtsantritt zu einem wirklichen Feiertag zu machen, an dem ohne jeden Lohnausfall die deutschen Arbeiter der Stirn und der Faust die deutsche Arbeit ehren sollen. Nicht mehr vom Kampf ist die Rede, im Gegenteil – der Tag, an dem das ganze Volk sich ehrt, an dem es der Arbeit die Ehre gibt, die ihr gebührt, dieser Tag steht im Zeichen der nationalen Verbundenheit aller Stände und Berufe zu einem einigen Deutschland. Äußerlich findet diese Wandlung darin Ausdruck, dass zum ersten Mal in der Geschichte des 1.Mai der Fabrikherr mit dem Arbeiter, … der Arbeitgeber mit dem Arbeitnehmer zusammen den Tag der deutschen Arbeit feiern. Undenkbar erschien dies noch vor kuzer Zeit…So soll uns der Tag, an dem ein ganzes Volk die Arbeit feiert, die Arbeit, die uns an der Volksgesamtheit, den jeder an dem ihm bestimmten Platz erfüllt, mehr sein als nur ein Tag des Feierns. Er soll den Willen des nationalen Deutschland zum Ausdruck bringen, dass der Arbeiter ein vollwertiges, vom ganzen Volk geachtetes und geehrtes Glied der deutschen Volksgemeinschaft werden soll. Er soll weiter bekunden, dass alle Stände zusammen gehören, dass keiner ohne den anderen leben kann. Dieser Weg zu Volksgemeinschaft wird dann die Wahrheit eines Wortes des Reichskanzlers erweisen: „Die Rückkehr des deutschen Arbeiters in die Arme seines Vaterlandes ist das Fanal der Freiheit.“ In diesem Sinne wollen wir den getreuen Eckart des deutschen Volkes, unseren greisen Reichspräsidenten von Hindenburg und den jungen Kanzler des Reiches, Adolf Hitler, ehren.“
Das dreifache Heil auf Reichspräsident und Reichskanzler verklingt. Dann versammelt sich alles vor dem altehrwürdigen Gebäude, um gegenwärtig zu sein, wie an den Masten hochgehen die Fahnen des neuen Deutschland, wie lustig im Frühlingswind die Farben schwarz-weiß-rot und das Hakenkreuz-Banner flattern…“

Gut einen Monat später und nach einer weiteren größeren Aktion, der symbolischen Verbrennung von „undeutschen Bücher“ linker und/oder jüdischer Autoren/-innen durch die Nazis am 10. Mai, inserierte der v. Sternsche Verlag werbewirksam:

Lüneburgschen Anzeigen 12.6.'33

Amtliches Kreisblatt für den

Undeutsche Bücher werden verbrannt! — Unsere gelesen!

Kaufen Sie sich für Ihre Sommerreise:

Das Rathaus zu Lüneburg
von Wilh. Reinecke, Bilder u. Buchschmuck von Arthur Illies, RM. 10.50

Vom alten Schlag
von Johanna Gennerich, ein Heide-Altländer-Roman, das einzige erzählende Buch vom alten Lande ..... RM. 5.00

Kloster Lüne
eine Erzählung aus Lüneburgs Reformationszeit von Wilh. Jastram, 4.00

Vor 250 Jahren
ein Heimatroman aus Hamburgs Vergangenheit im Zusammenhang mit der Lüneburg Heide von Wilh. Jastramm ..... RM. 4.00

Verlag: v. Sternsche Buchdruckerei G. m. b. H., Lüneburg, Am Sande 30/31.

2. Mai 1933: Besetzung des Volkshauses

Noch während der Nazi-Vorbereitungen auf die volksgemeinschaftlich ausgerichteten 1.-Mai-Feiern wurde mit den offiziellen Vorbereitungen zur Zerschlagung der freien Gewerkschaften für den 2. Mai begonnen. Im Rundschreiben des NSDAP-Stableiters Ley vom 21. April heißt es:

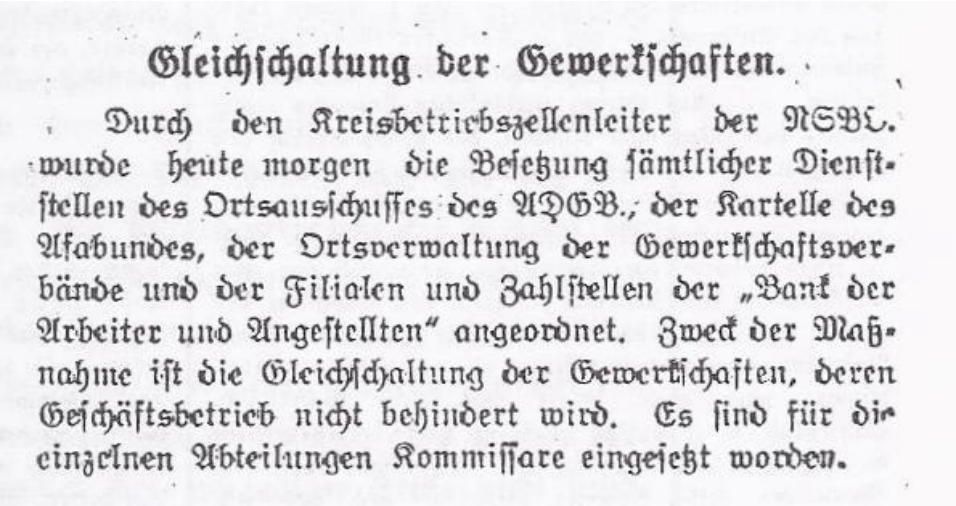
"Im wesentlichen richtet sich die Aktion gegen den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) und den Allgemeinen Freien Angestellten- Bund (AFA-Bund). ... Verantwortlich für die Durchführung der Gleichschaltungsaktion in den einzelnen Gebieten sind die Gauleiter. Träger der Aktion soll die NSBO sein. SA bzw. SS ist zur Besetzung der Gewerkschaftshäuser und der Inschutzhaftnahme der infrage-kommenden Persönlichkeiten einzusetzen."

Besetzung des Gewerkschaftshauses in Berlin am Engelufer

Am 2. Mai 1933 besetzten in ganz Deutschland SA- und SS-Trupps die Häuser der Gewerkschaften, ihre Büros, die Gebäude ihrer Banken und Zeitungen. Führende Funktionäre wurden in „Schutzhaft" genommen und in KZs eingeliefert.

Über den Ablauf der Besetzung des Volkshauses in der Schröderstraße und damit der endgültigen Zerschlagung der Lüneburger Freien Gewerkschaften berichtet ein damaliger Gewerkschaftssekretär, Hans Beecken (Leiter des Freigewerkschaftlichen Jugendkartells):

„Am 2. Mai drang der Obmann der NSBO (Nationalsozialistische Betriebszellen- Organisation) Becker mit zwei SA-Leuten morgens um 7 Uhr in meine Wohnung ein - ich lag noch im Bett - und befahl mir: 'Sie müssen mitkommen!' Den offenen Wagen hatten sie zu meiner Mitnahme schon vor der Tür stehen. Wir sind dann zum Volkshaus (Gewerkschaftshaus). Dort haben diese NSDAP-Leute - und weitere Leute, die dort warteten - sämtliche Gegenstände durchsucht und beschlagnahmt. In der 1.Etage hatten verschiedene Einzelgewerkschaften ihre Büros, z.B. der Deutsche Metallarbeiterverband, der Deutsche Holzarbeiterverband, der Deutsche Fabrikarbeiterverband und der Baugewerkschaftsbund.



Gleichschaltung der Gewerkschaften.

Durch den Kreisbetriebszellenleiter der NSBO. wurde heute morgen die Besetzung sämtlicher Dienststellen des Ortsausschusses des ADGB., der Kartelle des Afabundes, der Ortsverwaltung der Gewerkschaftsverbände und der Filialen und Zahlstellen der „Bank der Arbeiter und Angestellten" angeordnet. Zweck der Maßnahme ist die Gleichschaltung der Gewerkschaften, deren Geschäftsbetrieb nicht behindert wird. Es sind für die einzelnen Abteilungen Kommissare eingesetzt worden.

Auch an jenem 2. Mai waren die Gewerkschaftssekretäre dort. Sie hatten ja ihre Arbeit zu verrichten. Natürlich haben wir schon vorher geahnt, dass die Nazis uns auflösen und auch das Guthaben unserer Gewerkschaft beschlagnahmen wollten. Deshalb hatten wir auch schon so manche Einrichtungsgegenstände und Finanzen sichergestellt. Die Nazis interessierten sich natürlich vor allem für die Adressenkarteien. Andere Akten schmissen sie bei dieser Aktion einfach auf die Straße.

Einige unserer Genossen (Gewerkschaftssekretäre), ich auch, wurden an diesem Tage einfach entlassen mit den Worten: 'Für euch ist Feierabend!' Führende Gewerkschaftsmitglieder wurden verhaftet und für Monate in 'Schutzhaft' genommen... Den Krautmann - er war Vorsitzender des Fabrikarbeiterverbandes - holten die Nazis Mitte des Jahres und steckten ihn in eine 'Pflegeanstalt.“

Die Interessenvertretung der abhängig beschäftigten Menschen hörte somit auf zu existieren. Von nun an gab es keine freien Gewerkschaften mehr.

Gewerkschaftsbüros bleiben bestehen.

Im Zusammenhang mit der großen Gleichschaltung der Gewerkschaften im Reiche wurden gestern auch in Lüneburg sämtliche Büros und Zahlstellen der Gewerkschaften besetzt. Der Geschäftsbetrieb wurde von der NSBO. übernommen. Sämtliche Gewerkschaftsführer haben sich bereiterklärt, nach Anordnung des eingesetzten Unterkommissars weiter zu arbeiten. Der Geschäftsbetrieb in den Gewerkschaftsbüros erleidet keinerlei Unterbrechungen. Beiträge können nach wie vor eingezahlt werden. Die Kontensperre für die Kunden der Bank für Arbeiter und Angestellte wird voraussichtlich nach Klärung der Fragen am Donnerstag abend wieder aufgehoben. Gerüchte, nach denen Lüneburger Gewerkschaftsführer in Schutzhaft genommen, aber wieder entlassen seien, werden von zuständiger Stelle nicht bestätigt. Es sind keine Führer der Gewerkschaften in Schutzhaft gewesen.

Karl Markwardt, der als Lüneburger SPD-Geschäftsführer tätig war und sein Büro ebenfalls im Volkshaus hatte, befand sich am 2. Mai in Hamburg zu einer Partei-besprechung. Als er Kenntnis bekam von der Volkshaus-Besetzung fuhr er„… mit dem nächsten Zug nach Lüneburg. Mein erster Gang war zum Volkshaus. Am Sande traf ich unseren Genossen Jansikowski, ein absolut zuverlässiger Mann. Ich gab ihm alle meine Wertsachen und Papiere und bat ihn, im Volkshaus auf mich zu warten. Sollte meine Haftnahme erfolgen, so möchte er die Sachen meiner Frau übergeben und ihr sagen, was geschehen sei. Die beiden Büros, aber auch das Volkshaus, welches ja Eigentum der Gewerkschaften war und Braunes Büro hatte ebenfalls die SA besetzt.“ Zwar konnte Marquardt an diesem 2. Mai noch das Volkshaus wieder verlassen, aber am 28.Mai wurde er verhaftet und für mehrere Monate im Lüneburger Gerichtsgefängnis gefangen gehalten.

Auch alle Lüneburger Konsumvereine wurden an diesem Tage von SA-Truppen besetzt. Ein wichtiger Konkurrent für den Lüneburger Lebensmittel-Einzelhandel wurde somit ausgeschaltet.

Schließung des Konsumvereins.

Auf Anordnung des Lüneburger Kommissars wurden gestern sämtliche Verkaufsstellen der Konsum- und Produktivgenossenschaft Einigkeit geschlossen. Vor den Eingängen wurden SA.-Wachen aufgestellt. Die Verkaufsstelle auf dem Meere bleibt einstweilen bis nach Verkauf der verderblichen Waren geöffnet. Das Zentralbüro des Vereins auf der Wachsbleiche ist von dem Büropersonal selbst geschlossen worden. Der Konsumverein bleibt bis auf weiteres geschlossen, da seine Tätigkeit angesichts der vielen Lebensmittelgeschäfte in Lüneburg für überflüssig angesehen wird.

Einzelnummer 15 Pfennig.

Lüneburgsche Anzeigen

Zeitung für den Regierungsbezirk Lüneburg

Amtliches Kreisblatt für den Stadt- und Landkreis Lüneburg

[Er]scheint wochentäglich. Beilagen: Das Sonntagsblatt „Erika", „Haus, Hof und Garten", [D]eutscher Wald", „Rundfunk der Woche". Druck und Verlag der v. Sternschen Buchdruckerei [G.] m. b. H., Lüneburg, Am Sande 31. Verantwortliche Schriftleiter: Dr. Friedrich Allerding, Erich Brandt Verantwortlich für sämtliche Anzeigen: Ernst Hoffmann.

Bezugspreis monatlich ohne Boten- und Bestellgeld 2.60 Mark. Anzeigenzeilenpreis acht gespaltene Grundzeile oder deren Raum für den Stadt- und Landkreis 0.25 Mark, Reklamezeile 1.00 Mark; für auswärtige Anzeigen 0.30 Mark, Reklame 1.00 Mark. Nachweisungen 0.25 Mark Anzeigenannahme bis 10 Uhr vormittags. Postscheckkonto Hamburg Nr. 12558.

[N]ummer 103. Telegrammadresse: Anzeigen, Lüneburg. **Donnerstag, den 4. Mai 1933.** Fernsprecher: Geschäftsstelle 3333. Schriftleitung 4567. **123. Jahrgang**

Die Gewerkschaften Adolf Hitler unterstellt.

Zusammenfassung aller Arbeiter- und Angestelltenverbände. — Errichtung eines Reichsstandes des deutschen Handwerks. [S]taatskommissar Dr. Maretzki tritt zur NSDAP. über. — Deutsch-polnische Aussprache. — Mandschukuo will Sachalin besetzen.

Die neue Arbeitsfront.

Wie der NSK. vom Leiter des Aktionskomitees zum [S]chutze der deutschen Arbeit, Dr. Ley, mitgeteilt wird, [h]aben der Gesamtverband der christlichen Gewerk[sch]aften, der Gewerkschaftsring deutscher Angestellten-, [Ar]beiter- und Beamtenverbände (Hirsch-Duncker), der [D]A., der RDA. und andere Verbände sich

bedingungslos der Führung Adolf Hitlers und den Anordnungen des Aktionskomitees zum Schutze der deutschen Arbeit unterstellt.

[He]ute würden mit dem DHV. als letztem Verband Ver[h]andlungen stattfinden. Es sei zu hoffen, daß auch diese [O]rganisation den Geist der Zeit erkenne und sich dem [gr]oßen Werke einfüge. Damit wäre zum ersten Mal, so [fäh]rt die NSK. fort, in der deutschen Arbeiterbewegung

die Zusammenfassung aller Arbeiter- und Angestelltenverbände erreicht und eins der größten Werke [v]ollendet, die die Geschichte des deutschen Arbeitertums zu verzeichnen habe.

Wie der Leiter des Aktionskomitees weiter mit[teil]t, hat er, nachdem sich die Verbände bedingungslos [u]nd vorbehaltlos der NSDAP. unterworfen haben, die [Pfl]icht, die sachlichen und fachlichen Kräfte aus diesen [O]rganisationen zur Mitarbeit heranzuziehen. Schon [a]uf dem in der nächsten Woche stattfindenden großen [Ar]beiter-Kongreß in Berlin werde dieser Wille zum [A]usdruck gebracht werden.

Die neuen Führer der Gewerkschaften.

Dr. Ley hat angeordnet, daß der Führer der Arbei[t]erverbände, Walter Schumann, die gesamte Leitung des [A]llgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Ge[s]amtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutsch[la]nds, des Gewerkschaftsringes Deutscher Angestellten-, Arbeiter- und Beamtenverbände sowie kleinerer Ver[b]ände übernimmt. Die Kontrolle über die Kassen- und Finanzeinrichtungen der oben genannten Verbände über[n]ehmen der Schatzmeister der Arbeiterverbände Paul Bringmann und der Leiter der Arbeiterbank Karl Müller. Sämtliche organisatorischen Fragen werden vom Organisationsleiter des Aktionskomitees Reinhold Muchow erledigt, während die Leitung der gesamten Gewerkschaftspresse in den Händen des Propaganda[le]iters des Aktionskomitees Hans Biallas liegt. In einer weiteren Anordnung weist Dr. Ley darauf hin, daß einige unverantwortliche Elemente im Arbeitgeberlager die gewaltige Einheitsaktion in der Arbeiter- und An[ge]stelltenschaft dazu benutzen, um zu Tarifkündigungen zu schreiten und damit ihrer Profitgier zu dienen. Ich [war]ne und erkläre, fährt Dr. Ley fort,

daß bis zur endgültigen Verschmelzung der deutschen Arbeitsfront alle Tarifverträge unbedingt innezuhalten sind,

[un]d bitte die verantwortlichen Leitungen der NSBO. [i]n den Betrieben, im Wiederholungsfalle mir unver[z]üglich an die Zentralstelle, Berlin C, Inselstraße 6, Mitteilung zu machen. Einzelverhandlungen allge[me]iner Art, die Abschließung von Tarif- und Wirt[sch]aftsverträgen usw. sind streng untersagt und werden [fort]an nur zentral vom Aktionskomitee zum Schutze der deutschen Arbeit geführt.

Sicherstellung der Rechte der Arbeiterschaft.

Da in einem Teil der Oeffentlichkeit Zweifel dar[ü]ber aufgetaucht sind, ob die von der Nationalsozialisti[sc]hen Partei durchgeführte Aktion gegen die Gewerk[sch]aften mit den Absichten der Regierung übereinstimme, wird von maßgebender Seite darauf hingewiesen, daß diese Aktion gegen die Gewerkschaften durchaus dem vom Kanzler proklamierten Kampf entspricht. Die Reichs[re]gierung steht auf dem Standpunkt, daß es nicht mög[li]ch ist, wenn der Marxismus in den Gewerkschaften ver[st]eckt, gewissermaßen getarnt, weiterbestehen bleibt. Es handelt sich bei diesen Maßnahmen gegen die Gewerk[sch]aften in keiner Weise auch um irgendeinen Schritt gegen die Arbeiter als solche; im Gegenteil soll alles getan werden, um die Rechte der Arbeiterschaft sicherzustellen.

„Deutschnationale Front".

Parteivorstandssitzung der Deutschnationalen.

Wie das VDZ.-Büro meldet, ist der deutschnationale Parteivorstand am Mittwoch mittag im Reichstage zu einer Tagung zusammengetreten, an der die Fraktionen des Reichstages, des Landtages und des Staatsrates sowie die deutschnationalen Mitglieder des Reichsrates auf Anordnung des Parteiführers Hugenberg geschlossen teilnahmen. Der Parteiführer Minister Dr. Hugenberg wurde am Eingang zum Reichstagsgebäude von einer Ehrenkompagnie der Kampfgemeinschaft junger Deutschnationaler sowie einer Ehrenwache empfangen. Die Beratungen des Parteivorstandes begannen mit einem politischen Bericht des Parteiführers Dr. Hugenberg und zahlreichen Berichten über die Lage in den verschiedenen Gebieten des Reiches. In später Abendstunde wurde einstimmig

eine Entschließung

angenommen, in welcher darauf hingewiesen wird, daß die ungeheure Aufgabe des inneren Aufbaues und die Deutschland drohenden außenpolitischen Gefahren ein auf gegenseitiges Vertrauen gegründetes Zusammenarbeiten aller Gliederungen der nationalen Front verlangen. Die Deutschnationale Volkspartei erhebe für ihre Angehörigen und Kameraden den selbstverständlichen

Anspruch auf volle Gleichberechtigung

auf allen Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Lebens. In der Entschließung heißt es dann zum Schluß:

Da der Parteienstaat von Weimar und sein System der Vergangenheit angehören, nennt sich die Deutschnationale Volkspartei — entsprechend einer vom Parteiführer schon in der Vorstandssitzung im Dezember gegebenen Anregung — künftig „Deutschnationale Front".

Am Donnerstag treten die Landesführer, Landesjugendführer und Landesgeschäftsführer der Deutschnationalen Volkspartei im Reichstagsgebäude zusammen. Diese Beratungen sollen mit einem politischen Bericht des Abg. Schmidt-Hannover, des Vorsitzenden der Reichstagsfraktion, eingeleitet werden. Auf dieser Tagung sollen auch Maßnahmen für die praktische Arbeit der Landesverbände unter besonderer Berücksichtigung der Berufs- und Betriebsgruppenarbeit erörtert werden.

Reichskommissare

für die deutsche Wirtschaft.

Der Reichswirtschaftsminister hat Dr. h. c. Wagener und Möllers ermächtigt, als Kommissare des Reiches für die übrige Wirtschaft, mit Ausnahme der Landwirtschaft, diejenigen Maßregeln zu ergreifen, die zur Aufrechterhaltung eines ruhigen Ganges der Wirtschaft erforderlich sind, insbesondere die dazu nötigen personellen Anordnungen in den Verbänden zu treffen. Sie werden auch ermächtigt, mit Zustimmung des Reichswirtschaftsministers in einzelnen Gebieten Kommissare einzusetzen.

Staatskommissar Dr. Maretzki tritt zur NSDAP. über.

Ein Schreiben an Hugenberg.

Staatskommissar Dr. Maretzki, einer der ältesten Kämpfer gegen den Marxismus, hat gestern dem Reichsminister Dr. Hugenberg in einem Schreiben seinen Austritt aus der DNVP. mitgeteilt und gleichzeitig erklärt, daß er sich der NSDAP. anschließen werde. Dr. Maretzki war einer der Deutschnationalen, der der nationalsozialistischen Bewegung seit längerer Zeit nahesteht und der wegen seiner Teilnahme am Kapp-Putsch aus seinem damaligen Amt als Bürgermeister in Lichtenberg verdrängt war. Seit der deutschen Erhebung hat Dr. Maretzki als kommissarischer Bürgermeister der Reichshauptstadt durch sein energisches Durchgreifen insbesondere in den städtischen Gesellschaften sich als Kämpfer der nationalen Revolution bewährt. Am 21. April d. J. richtete Dr. Maretzki an Minister Dr. Hugenberg ein Schreiben, in dem er darauf hinwies, daß sich in den unteren Gliederungen beider nationaler Parteien ungeachtet des einheitlichen Zusammenwirkens der obersten Führer Spannungen, Reibereien und Gegensätze geltend machten. Die Ursache dieser bedrohlichen Entwicklung sei der Wettbewerb der nationalsozialistischen und deutschnationalen Organisationen um ihren Anteil an Einfluß und Macht. Dabei zeigten sich die Organisationen der Nationalsozialisten überall den Deutschnationalen zahlenmäßig, wie auch in der aggressiven Stoßkraft weit überlegen. Die deutschnationalen Gruppen gerieten allgemein in eine unerträgliche und auf die Dauer unhaltbare Abwehrstellung, umsomehr, als die Jugend nur in ganz verschwindendem Maße zu den Deutschnationalen halte. Die Gegensätze in der nationalen Front müssen daher unverzüglich dadurch beseitigt werden, daß alle für die nationale Erneuerung wesentlich deutschen Menschen unter einheitlicher Führung geeint werden. Nach dem Sieg der nationalen Revolution unter Führung Adolf Hitlers wirke die Aufrechterhaltung zweier nationaler Parteien störend auf die Einheit der Nation.

In einem weiteren Schreiben vom 2. Mai teilt Dr. Maretzki dem Minister Dr. Hugenberg mit, daß er auf seinen Brief vom 21. v. Mts. bezüglich Verschmelzung der beiden Parteien keinen Bescheid erhalten habe. Die Ablehnung seines Standpunktes habe sich aber in der Zwischenzeit aus der Stellungnahme der DNVP. ergeben. Dr. Maretzki teilt dann seinen Austritt aus der Partei und seinen Uebertritt zur NSDAP. mit.

Rücktritt des Stahlhelm-Landesführer Hannover.

Baron v. Alten Kommissar.

Der Stahlhelm-Landesführer Hannover, Generalleutnant a. D. Exz. v. Henning auf Schönhoff, ist vor einigen Tagen aus persönlichen Gründen von seinem Amte zurückgetreten. Mit seiner Einstellung zur politischen Haltung des Stahlhelm B.d.F. hat dieser Schritt nichts zu tun.

Der „Stahlhelm" gibt folgenden Befehl seines ersten Führers Seldte bekannt:

„Ich beauftrage den stellvertretenden Gauführer des Gaues Hannover-Stadt, Rittmeister a. D. Baron von Alten-Ricklingen, als bevollmächtigten Kommissar des Bundes mit der Führung des Landesverbandes Hannover bis zur endgültigen Regelung."

Kyffhäuserbund im neuen Deutschland.

General von Horn bei Ministerpräsident Göring.

Reichsminister Göring empfing am 2. Mai den Präsidenten des Kyffhäuser-Bundes, General der Artillerie von Horn. Es fand eine längere Aussprache statt über die Stellung des Kyffhäuserbundes im neuen Deutschland. Es wurde vereinbart, daß dort sogleich Verhandlungen des Bundesvorstandes mit der Leitung der NSDAP. beginnen sollen. — Auf Sonntag, 7. Mai, ist eine außerordentliche Sitzung des Gesamtvorstandes des Deutschen Reichskriegerbundes Kyffhäuser nach Berlin einberufen worden.

Beurlaubung von Lehrkräften

an den Universitäten Berlin und Köln.

Kultusminister Rust hat auf Grund des Beamtengesetzes folgende Lehrkräfte mit sofortiger Wirkung beurlaubt: Universität Berlin: Professor Dr. Chajes, Professor Dr. Rona, Professor Dr. Friedrich Franz Friedmann, Professor Dr. Friedenthal, Professor Dr. Franz Blumenthal, Professor Dr. Birbaum, Dozent Dr. Konrad Cohn, Professor Dr. Mittwoch, Professor Dr. Pokorny, Professor Dr. Richter, Professor Dr. Schur, Professor Dr. Jollos, Professor Dr. Walter Norden, Pofessor Dr. Hans Pringsheim, Professor Dr. Hermann Großmann und Dozent Dr. Otto Lipmann. — Den Dozenten Dr. Fritz Baade, Dr. Balogh, Dr. Kurt Haentzschel, Walter Lande und Professor Dr. Wolff-Eisner sind die ihnen erteilten Lehraufträge mit sofortiger Wirkung entzogen worden. — Universität Köln: Professor Schmalenbach, Professor Schmidtmann, Professor Spitzer, Professor Cohn-Vossen, Professor Braunfels, Professor Lips, Professor Esch, Professor Beyer und Professor Honigsheim.

Technische Hochschule Aachen: die Professoren Hopf, Fuchs, Meusel, Matner, Levy sowie die Privatdozenten Strauß und Pick.

Das Wichtigste vom Tage.

Der Reichskanzler empfing den Großindustriellen Krupp von Bohlen-Halbach und den Fabrikanten Röchling-Saarlouis.

Die angesetzte Kabinettssitzung wird heute um 4.15 Uhr mit einer politischen Aussprache im Rahmen einer Ministerbesprechung eingeleitet werden.

Die Technische Hochschule Stuttgart hat den Reichskanzler Adolf Hitler zum Ehrendoktor ernannt „als den Mann, der durch seinen sieghaften Kampf für deutsche Art den Boden bereitet hat, auf dem allein eine deutsche Baukunst wieder wachsen kann".

Bei einer Aussprache zwischen Dr. Goebbels, Eltz v. Rübenach und Dr. Dorpmüller wurde festgestellt, daß Angriffe gegen die Reichsbahn wegen ihrer Haltung in der Arbeitsbeschaffungsfrage völlig unbegründet sind.

Der Deutsche Bankbeamtenverein verlangt Neueinstellungen im Bankgewerbe, um Ueberarbeit der Angestellten zu vermeiden.

Der Generalsekretär des Völkerbundes hat die Einladungen zur Weltwirtschaftskonferenz am 12. Juni nach London verschickt. Die Einladung ist an 66 Staaten, darunter acht Nichtmitgliedsstaaten des Völkerbundes, ergangen.

Premierminister Macdonald ist gestern aus Amerika wieder in London eingetroffen.

Das amerikanische Repräsentantenhaus hat die Inflationsbill mit 307 gegen 86 Stimmen verabschiedet.

Das neue deutsch-englische Zollabkommen tritt am Montag, 8. Mai, in Kraft.

Zeppelin-Luftschiffe im Großkampf.

Wir beginnen in den nächsten Tagen mit einer spannenden Artikelreihe über die Angriffe deutscher Marineluftschiffe auf England. Es handelt sich um bebilderte Tatsachenberichte nach dem Kriegstagebuch eines Mitkämpfers, des Obermaschinistenmaats Pitt Klein.

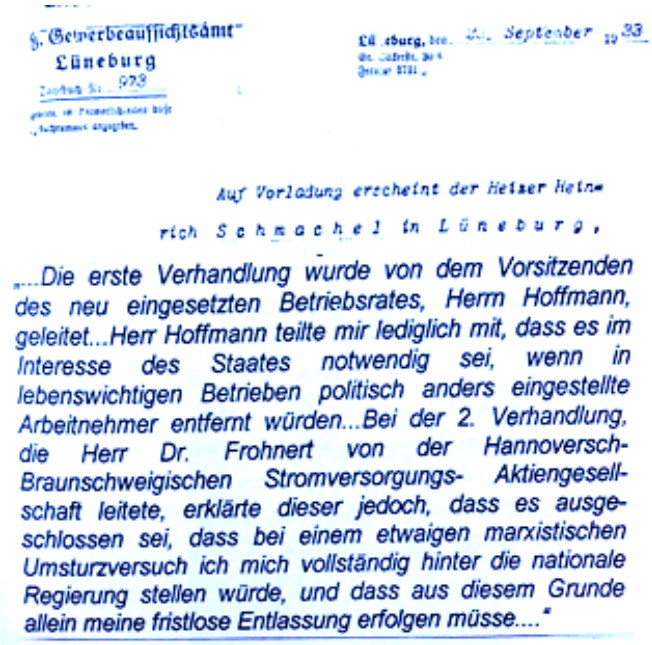
Die Schriftleitung.

Reichsstand des deutschen Handwerks.

Gleichschaltung mit der nationalen Regierung.

In einer außerordentlichen Vollversammlung des Reichsverbandes des deutschen Handwerks in Berlin wurde die Gleichschaltung mit der nationalen Regierung vollzogen. Etwa 40 Innungen und Verbände waren erschienen und boten mit ihren Fahnen und Standarten einen bunten farbenfreudigen Anblick. Es wurde beschlossen, den Sitz des Verbandes, der als Reichsstand des deutschen Handwerks die Reform der Berufsorganisation durchzuführen hat, nach Berlin zu verlegen. An den Reichskanzler wurde eine Adresse gerichtet.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten und die Beilage „Haus, Hof und Garten"



„Gewerbeaufsichtsamt"
Lüneburg

Lüneburg, den 21. September 1933

Auf Vorladung erscheint der Heizer Heinrich Schmachel in Lüneburg,

„...Die erste Verhandlung wurde von dem Vorsitzenden des neu eingesetzten Betriebsrates, Herrn Hoffmann, geleitet...Herr Hoffmann teilte mir lediglich mit, dass es im Interesse des Staates notwendig sei, wenn in lebenswichtigen Betrieben politisch anders eingestellte Arbeitnehmer entfernt würden...Bei der 2. Verhandlung, die Herr Dr. Frohnert von der Hannoversch-Braunschweigischen Stromversorgungs- Aktiengesellschaft leitete, erklärte dieser jedoch, dass es ausgeschlossen sei, dass bei einem etwaigen marxistischen Umsturzversuch ich mich vollständig hinter die nationale Regierung stellen würde, und dass aus diesem Grunde allein meine fristlose Entlassung erfolgen müsse...."

Verhaftungen und Entlassungen von Gewerkschaftskollegen

Nachdem der Lüneburger ADGB zerschlagen war, mussten die Lüneburger Gewerkschaftsvorständler auch um ihren Arbeitsplatz fürchten, denn viele von ihnen waren als (z. T. freigestellte) Mitarbeiter bei der Stadt Lüneburg oder in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes tätig, der mit dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" (auch die Arbeiter/-innen und Angestellten waren betroffen) vom 7. April 1933 personell „gereinigt" wurde.
Diese „Säuberungsaktionen" z. B. beim damaligen staatlichen Energie-Versorgungsunternehmen „Lüneburger Kraft-, Licht- und Wasserwerk" führten zu fristlosen Entlassungen u. a. von A. Gerhardt und H. Schmachel. Gerhardt war SPD-Mitglied ab 1927 und Vorsitzender einer Einzelgewerkschaft.

Heinrich Schmachel war der Vorsitzende des Lüneburger Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, langjähriges SPD-Mitglied, Mitglied im Rat der Stadt und Bürgervorsteher. Als Betriebsratsvorsitzender des Energie-Versorgungsunternehmens wurde er von seiner beruflichen Tätigkeit als Heizer freigestellt und konnte auch deshalb das Amt des ADGB-Vorsitzenden wahrnehmen.

Weitere Entlassungen von Gewerkschaftsführern gab es (nach Angaben von K. Markwardt) bei der Stadtverwaltung (Ernst Braune, Ernst Schwartz, A. Krüger), bei der Post (Bierwisch und Rudolph) und bei der Schulverwaltung.

In den Tagen nach dem 2. Mai wurden im Zuge der Zerschlagung des ADGB und des Verbotes der SPD (offiziell am 22. Juni) eine Reihe sozialdemokratischer Gewerkschaftler festgenommen, unter ihnen Karl Markwardt, der Geschäftsführer der Lüneburger SPD. In seinen Lebenserinnerungen beschreibt er seine „erste und längste" Haft (1944 wurde er nochmals festgenommen):

„Meine erste und längste Verhaftung:

Am Sonnabend, den 28. Mai 1933 bekam ich für den Nachmittag eine Vorladung der Kriminalpolizei… Ich wusste nicht, was sie von mir wissen wollten.
Vorsichtshalber packte ich mir das wichtigste ein. Neben Rasier- und Waschzeug nahm ich auch meine Pfeife und Tabak mit.
Die Vernehmung und das schriftliche Protokoll dauerten etwa zwei Stunden. Ich beantwortete ihre Fragen lang und breit, soweit mir meine Antworten nicht schaden konnten. Schließlich merkte ich, was sie wissen wollten, erstens den Namen und die Adresse des Genossen, an den meine Post nach Hannover ging und zweitens, welche Gelder ich noch nach der Beschlagnahme des Parteivermögens eingenommen hätte.
Zum ersten Punkt sagte ich, dass ich im Augenblick nicht die Anschrift wüsste, da laufend die Adressen gewechselt würden.
Zum zweiten Punkt , soweit Geld in Frage käme sei nichts mehr eingegangen….Dann erklärte man mir, dass ich verhaftet sei und morgen früh der Richter entscheiden würde, ob ich in Untersu

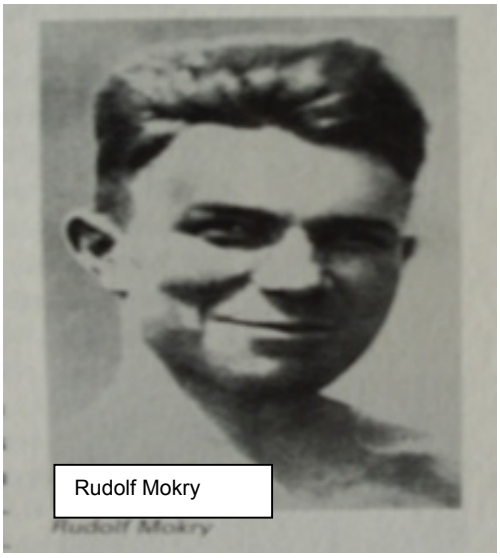
Karl Markwardt, Nachkriegsaufnahme

Durch verschiedene Besuche kannte ich das Gefängnis, aber es ist etwas ganz anderes, dort einen Besuch zu machen oder die erste Nacht in einer solchen Zelle allein zu sein mit der Gewissheit, dass morgen früh der Richter den Haftbefehl bestätigt.

So geschah es auch und ich bekam eine Zelle, die nach Westen lag und wenig Sonne hatte. Das alte Gefängnis war sehr primitiv, aber auch dieses war, wie ich später merkte, ein Vorteil.
Der Tag verlief mit Aufstehen, Kaffee trinken, ½ Stunde Rundgang im Gefängnishof, Mittagessen und Abendbrot. Um 21 Uhr ging das Licht aus. Bücher bekam ich, aber schließlich schmerzten die Augen. Also Abwechselung schaffen und in der Zelle, soweit es ging, ein bisschen Gymnastik treiben…
Etwa nach 11 Tagen, am Dienstag nach Pfingsten, kam ich in eine Zelle auf dem gleichen Gang, aber nach Osten gelegen. Sie war mit einem Gefangenen belegt. Die Zelle hatte die übliche Einrichtung, nur auf dem Fußboden lag ein zweites Bett.
Nachdem der Wärter gegangen war, machten wir uns bekannt. Er hieß Rudi Mokri und war Mitglied der Kommunistischen Partei, wohnte in Wilhelmsburg und war verheiratet. Ich hatte gleich das Gefühl, dass er ein anständiger Kerl sei und wir gut miteinander auskommen würden. Im Auftrage seiner Partei habe er an einer Zusammenkunft der Lüneburger KP in Böhmsholz teilgenommen. Von der Polizei, wahrscheinlich durch Verrat, sei die Besprechung überrascht und einige seiner Parteifreunde und er verhaftet worden. Was nun geschehen würde, wüßte er auch nicht. Nachdem ich Rudi meinen Beruf und den Grund meiner Verhaftung mitgeteilt hatte, kam als erfreuliches Ergebnis heraus, dass er in Wilhelmsburg am Köhlbrand wohne und meine Schwiegereltern gut kannte. Der Kontakt war also hergestellt.
Ich schlief auf der eisernen Bettstelle und er baute abends sein Bett auf dem Fußboden…

<u>Haussuchungen in Lüneburg</u>
Im Laufe des Vormittags nahm die Polizei bei verschiedenen Funktionären der SPD in Lüneburg Haussuchungen vor. Bei dem Parteisekretär Markwardt wurden Schriftstücke und Drucksachen beschlagnahmt.
(Lüneburgsche Anzeigen vom 27.6.1933)

Die dicken Mauern und Eisengitter verhinderten nicht, dass wir erfuhren, welche Gefangene auf unserem Flur waren, und wenn neue eingeliefert wurden gingen die Namen gleich durch alle Zellen. Außerdem hatten die alten Eisentüren unten am Fußboden soviel Spielraum, dass nicht nur einfache Briefe sondern auch mit Tabak gefüllte durchgeschoben wurden. Es waren auch einige Kommunisten auf unserem Flur. Bekamen wir nun mündlich, bei der Essensausgabe oder beim Rundgang, Wünsche nach Tabak, Briefpapier oder Schreibzeug usw. so bemühten wir uns, zu helfen.
Beim täglichen Rundgang auf dem Gefängnishof, er dauerte … eine halbe Stunde, mussten wir im Abstand von zwei Metern gehen. Wenn auch das Sprechen nicht erlaubt war, so wurde doch geflüstert und beim Runter- und Raufgehen gab es auch die Möglichkeit Worte zu wechseln und gewünschte Dinge (heimlich auszutauschen). Der Rundgang war für uns auch deshalb wichtig, weil wir dann erfuhren, wer noch in Haft war. Allerdings kam es vor, dass der Gefängnisdirektor nach Schluß des Rundgangs die Häftlinge von den Wärtern nach verbotenen Sachen abtasten ließ, aber auch hier gab es Kniffe, so dass nichts gefunden wurde. Im Übrigen wurde in der Zeit des Rundgangs alle Zellen kontrolliert.
Mokri und ich verstanden uns gut. Welchen Beruf er hatte, weiß ich nicht mehr, aber ich vermutete, dass er Angestellter der KP war. Die Verhältnisse im Hamburger Hafen kannte er gründlich. Seine Handschrift war gut, er spielte Schach und war ein ausgezeichneter Turner.
Wir haben nie eine Debatte über unsere politische Bindung an die SPD oder KPD gehabt, keiner konnte oder wollte den anderen … bekehren. …
Jeden Abend wurde eine halbe Stunde Gymnastik gemacht. Wir zogen uns dazu nackt aus und am Schluß war ich müde und schlief schnell ein. Die Wärter hatten wir unterrichtet, sie machten keine Einwände.
Zweimal stellte ich den Antrag auf Haftentlassung, beide Male ohne Erfolg. Erst am 21. Juli wurde mir mitgeteilt, dass die Untersuchungshaft aufgehoben sei, ich aber jetzt in Schutzhaft bleiben müsse. Nun hatte nicht mehr das Gericht, sondern die Nazis über mich zu entscheiden. Wohl wusste ich, dass grausame Taten von ihnen verübt wurden, aber das Wort „KZ“ war erst eine Drohung, bis langsam ihre Wahrheit erkannt wurde.

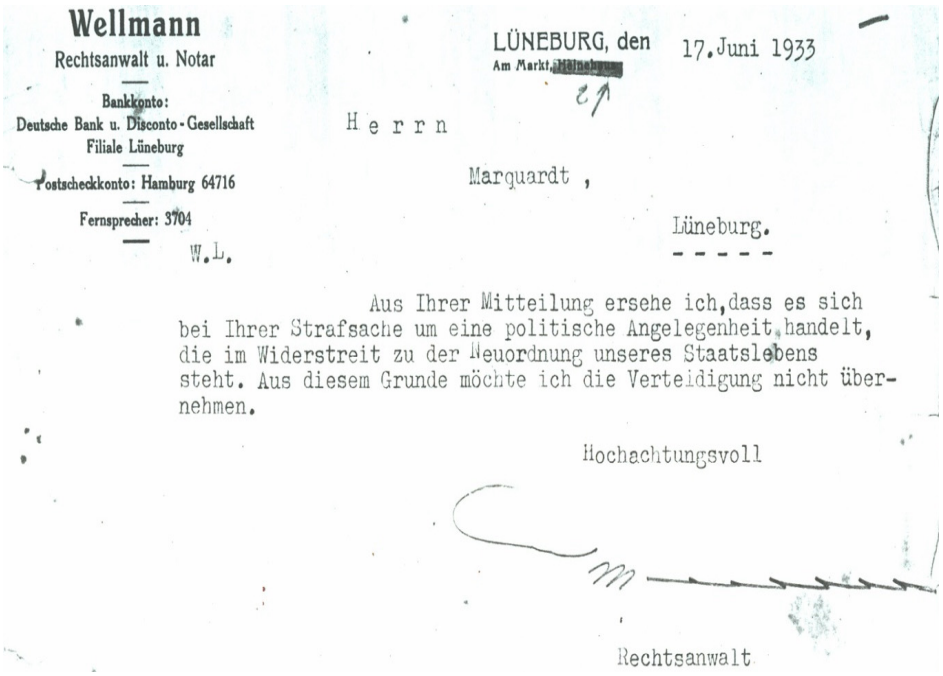

Rudolf Mokry

Im Gefängnis änderte sich für mich nichts, nur war fraglich ob ich bleibe, verlegt oder mit Entlassung rechnen konnte. Hannchen teilte mir mit, dass die Kriminalpolizei bei einer Hausdurchsuchung die Kiste mit den Broschüren beschlagnahmt habe …

Am 29.Juli bekam ich gegen 10 Uhr meine Haftentlassung. Ich rückte aber nicht sofort ab, sondern aß noch mit Mokri zusammen unser letztes gemeinsames Mittagessen. Es gab Bohnensuppe und dazu meine Mettwurst. Mokri wurde nach seinen Briefen im Oktober 1933 entlassen. Er besuchte uns vor seiner Abreise. Seine Frau und sein Sohn, die ihn einmal besuchten, waren auch bei uns zu Gast. Sein letzter Brief datiert vom 6. Februar 1934, dann riß die Verbindung ab, ich glaube nicht, dass er das Ende von Hitler erlebt hat, dazu war er politisch zu aktiv.

Meine Vermutung hat sich jetzt nach 35 Jahren bestätigt. Die Vereinigte Arbeitsgemeinschaft der Naziverfolgten in Hamburg gab im August 1968 eine Totenliste mit 1774 Namen heraus. Hierin fand ich verzeichnet:
„Mokri, Rudolf, geb. 24.April in Kloskow, Mecklenburg, Beruf Schlosser. Mit 26 Kameraden im KZ Sachsenhausen am 11. Oktober 1944 erschossen.“
Aus Vorsicht, mich nicht politisch zu belasten, hat er wohl keine Nachricht mehr gegeben…

Da ich unter der Anklage stand, rechtswidrig Gelder eingenommen und für die Partei verwendet zu haben, brauchte ich einen Anwalt. (Mir wurde)… Dr. Wellmann empfohlen, was meines Wissens falsch war… Ich hatte recht, Wellmann lehnte ab mit einem Schreiben. … Wann der Termin stattfand, weiß ich nicht mehr. …Es erfolgte Freispruch…



Wellmann
Rechtsanwalt u. Notar

Bankkonto:
Deutsche Bank u. Disconto-Gesellschaft
Filiale Lüneburg

Postscheckkonto: Hamburg 64716

Fernsprecher: 3704

W.L.

LÜNEBURG, den 17.Juni 1933
Am Markt, [redacted]

Herrn

Marquardt ,

Lüneburg.

Aus Ihrer Mitteilung ersehe ich, dass es sich bei Ihrer Strafsache um eine politische Angelegenheit handelt, die im Widerstreit zu der Neuordnung unseres Staatslebens steht. Aus diesem Grunde möchte ich die Verteidigung nicht übernehmen.

Hochachtungsvoll

Rechtsanwalt

Auch Hannchen (Tochter von Karl Markwardt, d. V.) stand unter Anklage. Die Ursache war folgende: Nachdem sich Mutter beim Wohlfahrtsamt gemeldet hatte, kam die Fürsorge um eine Nachprüfung unserer Verhältnisse vorzunehmen. Es gab eine Auseinandersetzung, in der Hannchen auch sagte, dass die Nazis in Hamburg dem Kommunisten Andre’ ein Auge ausgeschlagen hatten. Der Fürsorgemitarbeiter zeigte Hannchen an. Die Gerichtsverhandlung war in Hannover. …
Bei der Verhandlung war Andree’ als Zeuge nicht geladen und meines Wissens genügte ein Schreiben einer Hamburger Dienststelle, dass Hannchen wegen falscher Beschuldigung drei Wochen Gefängnis bekam. Sie wurde sofort nach dem Urteil … verhaftet …

Genosse Johannes Lopau wählte im Mai 1933 den Freitod durch Erschießen. Lopau war von Beruf Maurer und mit viel Fleiß und Mühe schrieb er als Lokalredakteur für die Lüneburger Ausgabe des Harburger Volksblattes. Am Dienstag, den 16. Mai 1933 war die Trauerfeier in seiner Wohnung in der Neuen Sülze 32. Seine letzte Fahrt ging anschließend rund um das Rathaus zur Bardowicker Straße und dann nach Hamburg zur Einäscherung. Da viele seiner Freunde und Weggefährten arbeitslos waren, hatte er ein großes Gefolge und, wenn ich nicht irre, gaben ihm die Fahnen der Gewerkschaften und auch die alte Parteifahne der Lüneburger Zementarbeiter aus dem Jahre 1863 den letzten Gruß.Es wurde Nacht über Deutschland und diese Trauerfeier der Ausklang einer siebzigjährigen erfolgreichen Lüneburger Arbeiterbewegung.“

Die NSDAP, SA, NSBO und DAF usurpieren das Volkshaus

Nach der Übernahme des Volkshauses wurde dieses Zentrum der Arbeiterbewegung mit ihren garantierten gesellschaftlichen Mitwirkungsmöglichkeiten in ein Zentrum der faschistischen Bewegung mit ihren vielen Organisationen umgewandelt. Am 16.6.1933 bereits wurde der zusätzliche Einbau von Büroräumlichkeiten im ersten Stockwerk beantragt. Sowohl die Organisationen der NSDAP mit ihrer Kreisleitung, den Ortsgruppen, der SA als auch die NS-Betriebszellen-Organisation (NSBO), ebenfalls mit Kreisleitung und Ortsgruppen, nutzen dieses Haus mit ihren Versammlungs- und Büroräumlichkeiten.Zusätzlich wurde die NS-Frauenschaft dort untergebracht.
Später wurde dieses Haus zum „Haus der Deutschen Arbeitsfront“ umgewandelt mit ihren zahlreichen Verwaltungsstellen und Ortsgruppen der DAF, der NS-Frauenschaftsleitung und einigen NSDAP-Leitungsstellen.

Lüneburger Adressbuch 1938:

16. **Haus d. Deutschen Arbeitsfront,** Gaststätten, große helle Säle, Gast- und Klubräume. Inh. Georg Wörndl. 4,14
NSDAP., Kreisleitung Lüneburg.
NSDAP., Kreisgericht Lüneburg-Stadt.
NSDAP., Ortsgruppe Lüneburg-Neuestor.
NSDAP., Amt f. Volksgesundheit (NS. Aerztebund).
NSDAP., Amt für Beamte.
DAF., Kreiswaltung Lüneburg. (NSBO.)
DAF., Rechtsberatungsstelle Abteilung Gefolgschaft.
DAF., Verwaltungsstelle und Selbsthilfe.
DAF., Rechtsberatungsstelle Abteilung Betriebsführer.
DAF., Abt. für Berufserziehung und Betriebsführung.
DAF., Ortsgruppe Lüneburg-Bardowickertor,
Ortsgruppe Lüneburg-Altenbrückertor,
Ortsgruppe Lüneburg-Neuestor,
Ortsgruppe Lüneburg-Sülztor.
DAF., Kreisbetriebsgemeinschaft Handel u. Handwerk (NS. Hago).
NS.-Kreisfrauenschaftsleitung.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP.).

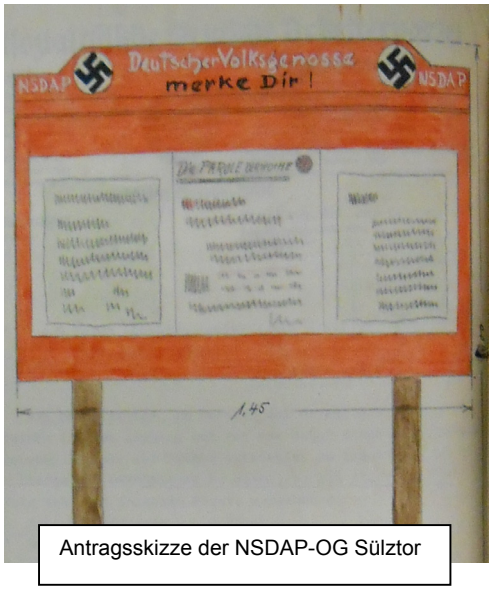
Kreisleitung Lüneburg Stadt Schröderstraße 16 (Haus der Deutschen Arbeit), Zimmer 5, Sprechstunden 18—19½ Uhr.
Ortsgruppe Bardowickertor Schröderstraße 16 (Haus der Deutschen Arbeit), Geschäftszeit 15—19 Uhr, ☎ 4240.
Ortsgruppe Altenbrückertor Schröderstraße 16 (Haus der Deutschen Arbeit), Geschäftszeit 15—19 Uhr, ☎ 4250.
Ortsgruppe Neuestor Schröderstraße 16 (Haus der Deutschen Arbeit) Geschäftszeit 15—19 Uhr, ☎ 4240.
Ortsgruppe Sülztor Schröderstraße 16 (Haus der Deutschen Arbeit), Geschäftszeit 15—19 Uhr, ☎ 4240.
SA.-Standarte 16 Schröderstraße 16 (Haus der Deutschen Arbeit), Zimmer 6—8, Sprechstunden 11—12 Uhr, ☎ 3437.
SA.-Sturmbann III/16, Schröderstraße 16 (Haus der Deutschen Arbeit), Geschäftszeit: 11—13 und 16—19 Uhr.
SA.-Sturmbann IV/16 Bardowickerstraße 32, Sprechstunden 11.30 bis 12.30 und 18.30—19.30.
SA.-Reiterstandarde 60, Kleine Bäckerstraße 11, Geschäftszeit von 9—13 und 15—18 Uhr, ☎ 3764.
SS.-Sturm 11/2/16 Auf dem Meere 41, Geschäftszeit 10—13 Uhr und 15—19 Uhr, ☎ 4240.
2. SS.-Sturm 11/17 SS.-Standarte Auf dem Meere 41, Geschäftszeit von 10—13 Uhr und 15—19 Uhr, ☎ 4232,
SA.-Marinesturm Lüneburg, Wilschenbrucherweg 61.

Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation (NSBO.).

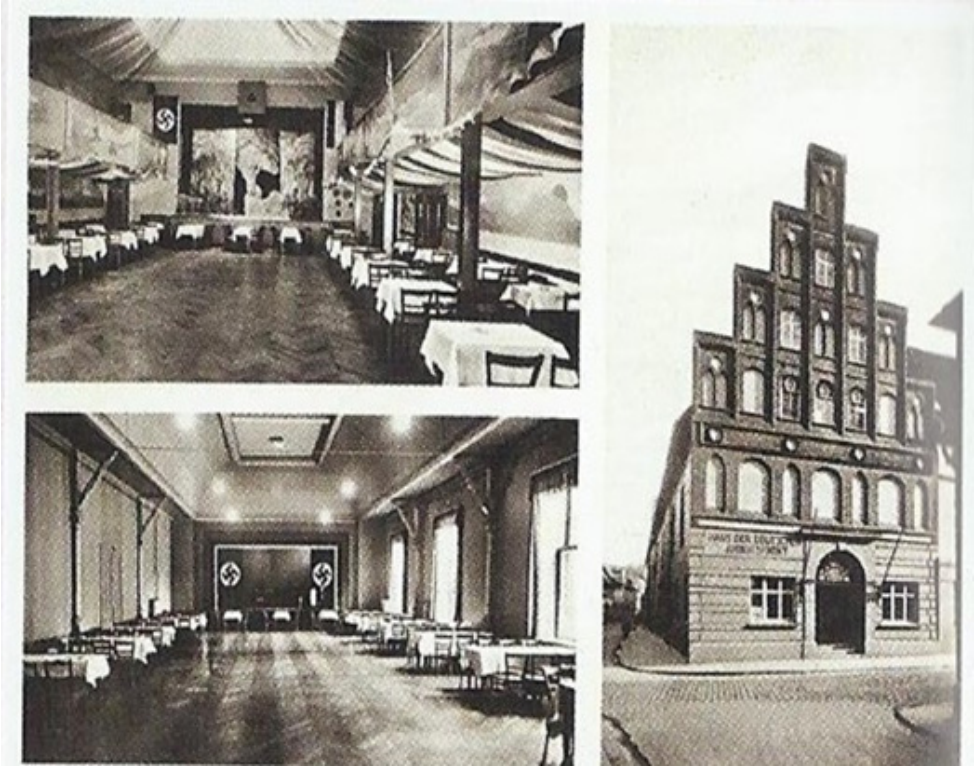
Kreisleitung Lüneburg Stadt und Land Schröderstraße 16 (Haus der Deutschen Arbeit), Zimmer 2, Geschäftszeit 9—13 und 17—19 Uhr, ☎ 4073.
Ortsgruppe Bardowickertor Schröderstraße 16 (Haus der Deutschen Arbeit), Zimmer 2, Geschäftszeit 9—13 und 17—19 Uhr, ☎ 4073.
Ortsgruppe Rotestor Schröderstraße 16 (Haus der Deutschen Arbeit), Zimmer 2, Geschäftszeit 9—13 und 17—19 Uhr, ☎ 4073.
Ortsgruppe Neuestor Schröderstraße 16 (Haus der Deutschen Arbeit), Zimmer 2, Geschäftszeit 9—13 und 17—19 Uhr, ☎ 4073.
Ortsgruppe Lünertor Schröderstraße 16 (Haus der Deutschen Arbeit), Zimmer 2, Geschäftszeit 9—13 und 17—19 Uhr, ☎ 4073.

Lüneburger Adressbuch 1933/1934

Auch im Außenbereich des Volkshauses wurden sogleich Veränderungen vorgenommen: Wo bislang noch ein Schaukasten des Kraft-Sport angebracht war (zwischen dem ersten und zweiten Erdgeschoss-Fenster in der Apothekenstraße) sollte nun auf Antrag der NSDAP-Ortsgruppe Sülztor, wie an verschiedenenanderen Orten des Stadtteils auch, eine „Merktafel“ über „verschiedene Bekanntmachungen der NSDAP“ informieren



Antragsskizze der NSDAP-OG Sülztor



Postkarte: Haus der deutschen Arbeitsfront

Die Betriebsordnung der Firma Brüning und Sohn (Goseburg) gibt Auskunft über die Ziele der „Betriebsführung“ („zum Nutzen von Volk und Staat“) und die Dauer der vorgeschriebenen wöchentlichen Arbeitszeit.
Mit dem am 30. Januar 1934 erlassenen „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ wurde das Führerprinzip in den Betrieben eingeführt und alle Mitbestimmungsrechte abgeschafft. Damit wurden die letzten noch verbliebenen demokratischen Rechte innerhalb der Betriebe beseitigt.

Mai 1938

Betriebsordnung

der Firma J. Brüning & Sohn, Aktiengesellschaft
Werk Lüneburg

Von dem unterzeichneten Betriebsführer wird nach Beratung im Vertrauensrat gemäß § 26 des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit die nachstehende Betriebsordnung erlassen:

1. Arbeitsverhältnis.

§ 1.

Im Betrieb arbeiten Betriebsführung und Gefolgschaft gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinsamen Nutzen von Volk und Staat.

4. Arbeitszeit.

§ 12.

Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden.

§ 13.

1. Schichteinteilung:
   a) soweit in einer oder in zwei Schichten gearbeitet wird:
      1. Schicht: 5³⁰—14⁰⁰ Uhr
      2. „ 14⁰⁰—22³⁰ „
   b) soweit in 3 Schichten gearbeitet wird:
      1. Schicht: 6—14 Uhr
      2. „ 14—22 „
      3. „ 22— 6 „

Die Publikationen der Lüneburger VVN-BdA sind zu erhalten im „Eine-Welt-Laden“ im Heinrich-Böll-Haus (Katzenstraße) für 3.- € oder zu bestellen unter vvn-bda-lg@web.de zum Preis von 5.- € (einschließlich Versandkosten).

Neuerscheinungen (ab 2001)
NS-Zwangsarbeit in Lüneburg – Briefe aus Polen (2001)
Die faschistische Verfolgung der Lüneburger Juden (2003)
Lüneburg Rechtsaußen: 1997 – 2003 (2004)
NS-Zwangsarbeit in Lüneburg – Briefe aus der Ukraine (2004)
Lüneburg 1933 – Widerstand und Verfolgung (2004)
DVD: Ehemalige NS-Zwangsarbeiter/-innen zu Besuch in Lüneburg (2005)
Schluss mit dem Militarismus! Wir fordern die Umbenennung der Hindenburgstraße! (2006)
Die Verfolgung der Lüneburger Sinti (2008)
Der Bergen-Belsen-Prozess in Lüneburg 1945 (2009)
NS-Verfolgung durch das Landgericht Lüneburg (2010)
Die Staatspolizeistelle Lüneburg – Täter und Strukturen (2011)
Von Gernika über Lüneburg nach Wielun, Zur Geschichte des Lüneburger Luftwaffen-Kampfgeschwaders 26 – eine Skizze (2012)
Hermann Reinmuth – Eine Erinnerung an den Beamten der Lüneburger Bezirksregierung, Widerstandskämpfer und KZ-Häftling (2012)
Wer war Landrat Albrecht? Ein Beitrag zur Diskussion um die Umbenennung der Lüneburger Landrat-Albrecht-Straße (2012)
Lüneburger „Gedenkkultur“ - Ein Beitrag zur Diskussion über die Gedenkanlage an der früheren Synagoge (2013)

In Vorbereitung (Arbeitstitel):
„Strömt herbei, ihr alten Krieger!“, Zur NS-Geschichte des 2. Hannoverschen Dragonerregiments Nr. 16
Kinder der NS-Zwangsarbeiter/-innen in Lüneburg und Umgebung
Das Ostpreußische Landesmuseum Lüneburg. Wie weit reicht der lange Arm der Rechtsaußen-Vertriebenenverbände?